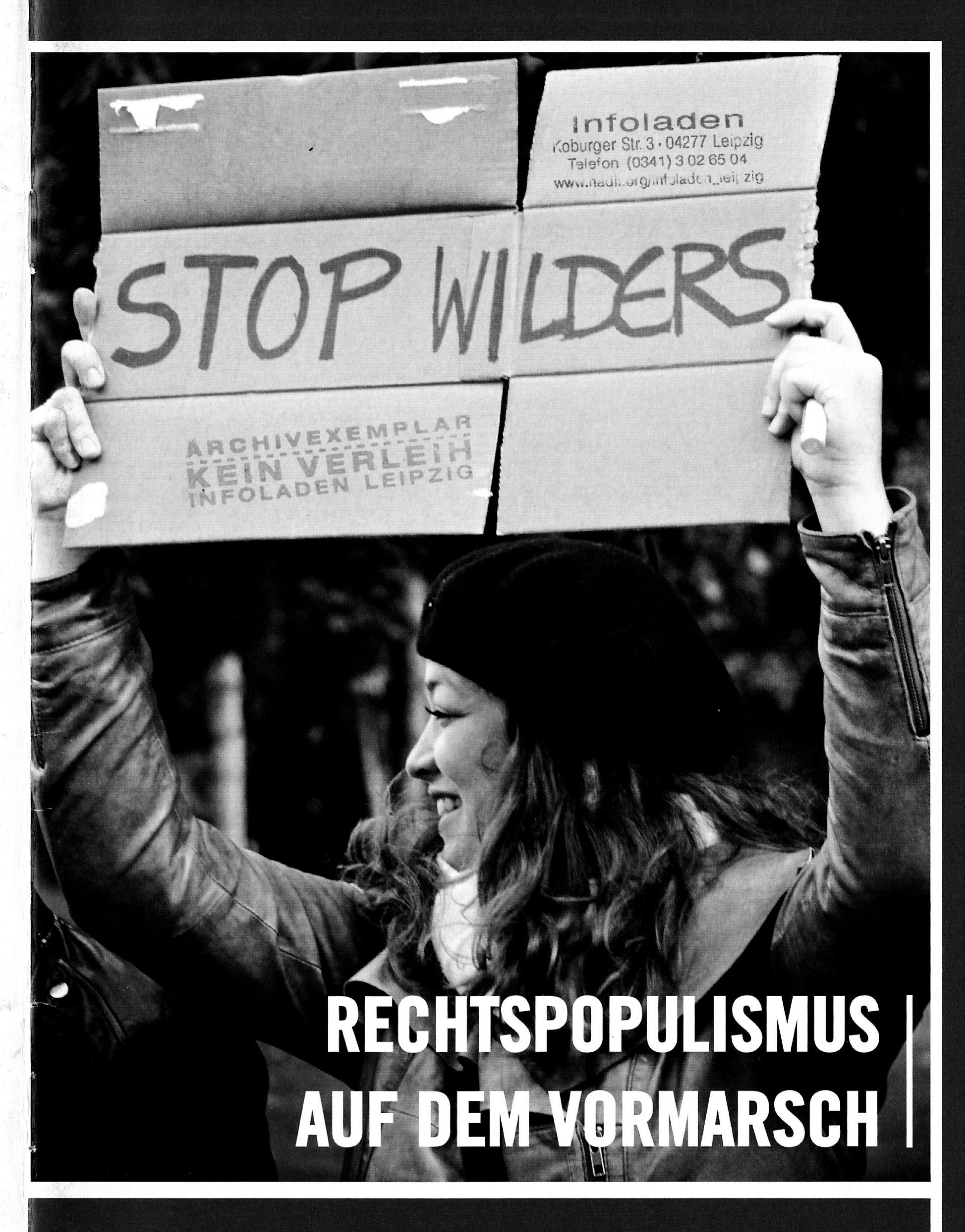
H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 127
Nov. | Dez. 10
2,50 Euro

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



RECHTSPOPULISMUS AUF DEM VORMARSCH

NAZIS **WAHLKAMPF MECKPOMM UND SACHSEN-ANHALT**
BRAUNZONE **PARTEINEUGRÜNDUNG?**
INTERVIEW **MIT LADISLAUS LÖBS**
INTERNATIONAL **RASSISMUS IN DER MONGOLEI**

SEITE 3

Wahlkampf MeckPomm 3

NAZIS

Wahlkampf Sachsen-Anhalt 4
Hoffmann und Oktoberfest 6
Aktivitäten Zweibrücken 7
Urteil Babic Prozess 8
NPD und DVU-Fusion 9
»Tag Deutscher Gemeinschaft« 9
Freie Kräfte Erzgebirge 10
Ein Jahr »Zuerst!« 11

BRAUNZONE

Wilders in Berlin 12
Parteigründung: »Die Freiheit« 13
Rezeption Sarrazin 14
10 Jahre IfS 15
»Jung Weikersheim« 16
Fictionreihe »Stahlfront« 17
Bildungsarbeit des VS 19

GESCHICHTE

Interview mit Ladislaus Löbs 20

INTERNATIONAL

Österreich: Zeitschrift »Umwelt« 21
Österreich: Wiener Landtagswahlen 22
Schweden: »Schwedendemokraten« 23
Niederlande: Regierungsbildung 24
Spanien: »Plataforma per Catalunya« 26
Frankreich: »Bloc Identitaire« 28
Mongolei: Rassismus 30

Rezensionen 31

EDITORIAL

»Wenn das, was ich sage rechtsradikal ist, sind zwei Drittel in der Bevölkerung rechtsradikal«, polterte CSU-Chef Horst Seehofer selbstbewusst auf dem CSU-Parteitag Ende Oktober in München. Damit reagierte er auf Kritik an seiner rassistisch gefärbten Stimmungsmache gegen MigrantInnen. »Wir müssen aufpassen, dass wir nicht das Sozialamt der ganzen Welt sind«, setzte er nach. Seehofer meint es ernst. Zugleich muss er als Parteichef aufpassen, dass sich rechts neben der Union keine Konkurrenz etabliert. Denn die Debatte um die rassistischen und sozialdarwinistischen Thesen Theo Sarrazins, dessen Buch seit Wochen auf Platz 1 aller Bestseller-Listen steht, läuft »erfolgreich«. Mehr als 20 Prozent der Menschen würden eine fiktive »Sarrazin-Partei« wählen. Und so versucht im Fahrwasser dieser Debatte nicht nur die extreme Rechte zu punkten. Der Staat soll schärfere Einwanderungsbegrenzungen vornehmen, MigrantInnen nach Nützlichkeit sortieren und die Anpassung an die »deutsche« Kultur schärfer sanktionieren, fordern weite Teile der Union und ihrer WählerInnen. Aber auch SPD-Chef Sigmar Gabriel macht sich lieber für die Deutschen als für die ArbeiterInnen stark. Der Zuzug von Fachkräften und MigrantInnen müsse so lange weiter beschränkt werden, bis zuerst die Deutschen in Arbeit gekommen seien. »Arbeit zuerst für Deutsche«, heißt das bei der NPD. Gabriel meint sicherlich etwas ganz anderes...

Die praktische Umsetzung der Thesen Sarrazins wird nicht allein dem Staat überlassen. In der Nacht zum 24. Oktober 2010 ermordeten in Leipzig zwei Männer einen 19-jährigen Iraker, nachdem sie ihn rassistisch beleidigt hatten. Einer der beiden mutmaßlichen Täter ist seit Jahren aktiver Neonazi. Ob aber eine politisch motivierte Tat vorliegt, wenn ein organisierter Neonazi einen Migranten rassistisch beleidigt und ersticht und später einen Pullover mit der Aufschrift »Kick off Antifascism« trägt, ist laut der zuständigen Staatsanwaltschaft bisher nicht klar.

Aber das Problem liegt in der »Mitte« der Gesellschaft. Das haben in den letzten Wochen erneut zwei Studien überdeutlich gemacht. Das Buch »Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010« zeigt das Anwachsen extrem rechter Einstellungen und deren Verfestigung. Fast jede/r Vierte wünscht sich eine »starke Partei«, die die »Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Mehr als 10 Prozent wollen einen »Führer«, der »mit harter Hand regiert«. Und mehr als 30 Prozent der Bevölkerung teilen rassistische Aussagen und fühlen sich »in einem gefährlichen Maß überfremdet«. Die Studie zeichnet ein erschreckendes Bild. Die »Entstehungsbedingungen« für diese Einstellungen sind in der »Mitte« der Gesellschaft zu suchen, darauf weisen die Autoren hin.

Zu einem ähnlichen Ergebnis auf einem ganz anderem Feld kommt die Studie »Das Amt und die Vergangenheit: Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik«. Sie zeichnet nach, wie das Amt maßgeblich die Ermordung der europäischen Juden während des deutschen Faschismus mitorganisierte und später dafür sorgte, dass NS-Täter ungeschoren davon kamen. Es wird klar: Die Täter waren die »normalen« diplomatischen Eliten Deutschlands, die auch vor und nach dem Nationalsozialismus treu ihren Dienst verrichteten. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« schrieb über den systematischen Massenmord an den europäischen Juden: Dafür »brauchte (es) schon den vollen Einsatz der Elite der deutschen Verwaltung, der am besten ausgebildeten, kultiviertesten Männer der damaligen Zeit. Sie gaben ihr Bestes«.

DERRECHTERAND widmet sich daher in dieser Ausgabe wieder den unterschiedlichen Strömungen der extremen Rechten. Neben dem Blick auf die organisierten Neonazis in NPD oder »Kameradschaften« berichten wir ausführlich über rassistische »Rechtspopulisten« wie Thilo Sarrazin und Geert Wilders, über die »Junge Freiheit« und das »Institut für Staatspolitik«. 2011 wollen gleich mehrere Rechtsparteien den Sprung in die Landesparlamente von Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Berlin schaffen. Deren Erfolgsaussichten beruhen dabei weniger auf der organisatorischen Stärke der extremen Rechten selbst als im Verhalten der »Mitte«.

FOTOS

Otto Belina (S. 3), Magazin Expo (S. 23), Matthias Zickrow (S. 1, 12, 13, 14), Alert! (S. 24), Bildarchiv **DRR** (S. 26).

TERMINE

Nächste **DERRECHTERAND**-Ausgabe:
Anfang Januar 2011.
Redaktionsschluss: 10.12.2010.

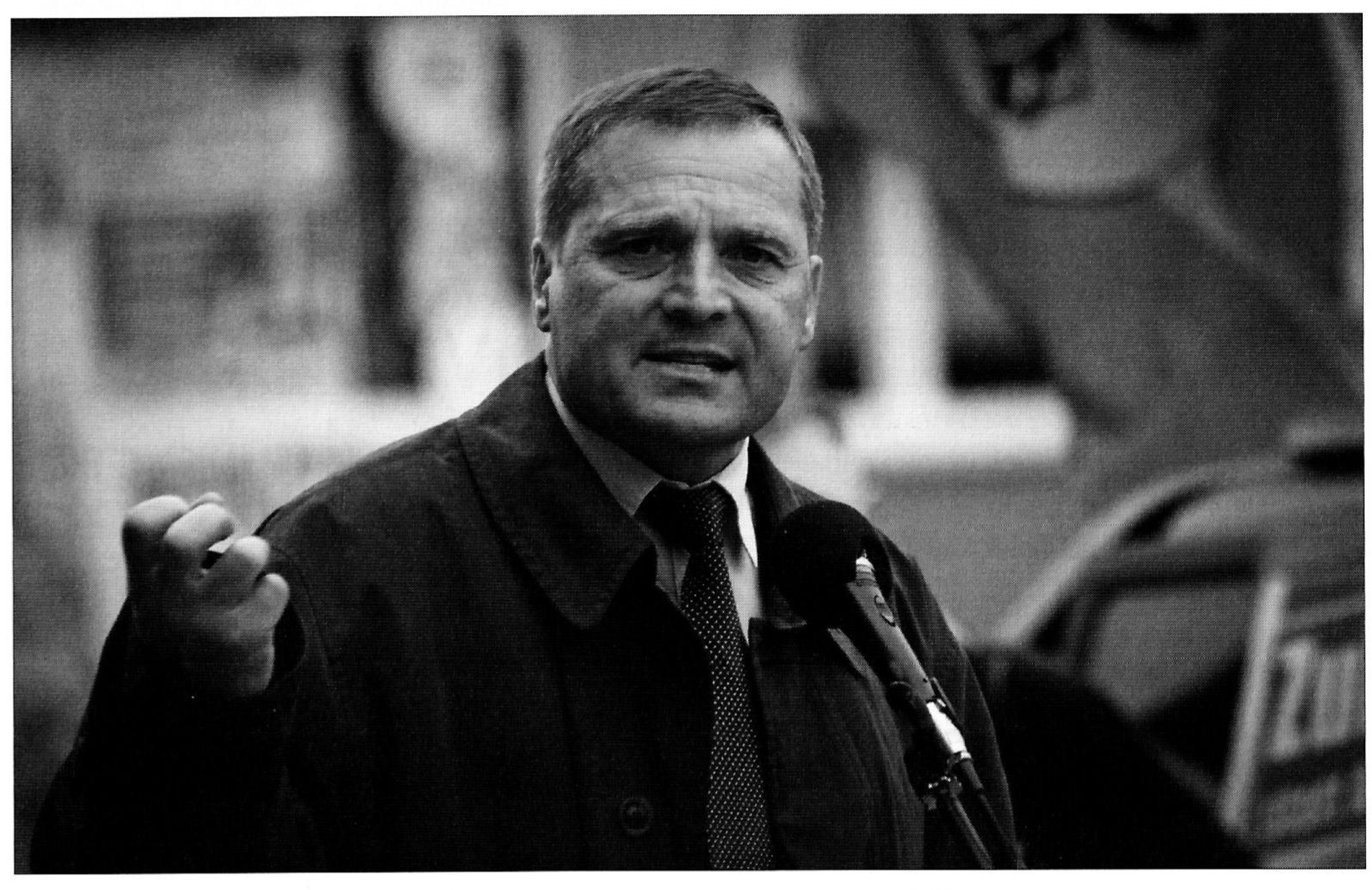
Wiedereinzug angestrebt

Der Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern beginnt

Er hat begonnen – der Wahlkampf der NPD im nordöstlichen Bundesland. Am 4. September 2011 wird dort der neue Landtag gewählt. Die NPD hofft auf Wiedereinzug.

Von Andreas Speit

Im Landgericht Saarbrücken hallt »Judenrepublik« und »Samenkanonen« durch den Saal 1. Vor über einem Jahr wählte der mecklenburg-vorpommerischen NPD-Fraktionschef Udo Pastörs in einer Aschermittwochrede für den saarländischen NPD-Verband jene Worte. Am 19. Oktober 2010 hört sich das Gericht im Berufungsverfahren die Rede wegen Verdacht der Volksverhetzung an. Im fast 800 Kilometer entfernten Schwerin wählt Pastörs andere Worte bei »den Bürgern« auf der Straße. Will er doch jenseits des Szeneklientels am 4. September 2011 wählbar erscheinen.



∧ Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender in Schwerin

Erfolgsaussichten

Nach Sachsen soll nun in Mecklenburg-Vorpommern in gut zehn Monaten der Wiedereinzug in einen Landtag gelingen. Die verbale Zurückhaltung im Gespräch mit »den Wählern« bedeutet für das Pastörs nicht, im Landtag oder auf der Straße deutliche Aussage zu vermeidet. Warum auch? »Die NPD verfügt im Land über eine wachsende Stammwählerschaft, die ideologisch mit ihren Ideen übereinstimmt«, denkt Karl-Georg Ohse von »Regionalzentrum Westmecklenburg«. Um die fünf Prozent soll dieses Klientel bilden.

In dem Land zwischen Haff und Elbe scheint der NPD mit rund 400 Mitgliedern der idealtypische Spagat einer extrem rechten Partei, zwischen mehr bürgerlich-konservativ oder eher systemkritisch-radikal zu agieren, zu gelingen. Offen erklärt Pastörs: »Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann [...] sehen sie, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert.«

Verankerung

Seit dem Einzug 2006 als sechsköpfige Fraktion mit 7,3 Prozent versucht die NPD im gesamten Bundesland mit sozialen Themen und kommunalen Belangen ihre regionale Verankerung auszubauen. Der Landtagsabgeordnete Michael Andrejewsky führt oft aus: Seine Wähler interessierten sich kaum für die Parlamentsarbeit, »die sind zufrieden, wenn wir denen in Schwerin mal ordentlich die Meinung geigen«. Vor Ort, für die »einfachen Leute« da sein, sich kümmern, das sei entscheidend, so Andrejewsky. In Anklam bietet er montags in einem Bürgerbüro zwischen Bahnhof und Marktplatz kostenlose Hartz-IV-Beratung an. Das bringt Zuspruch: Eine Studie der Universität Bielefeld offenbarte, dass in der Kleinstadt 34,6 Prozent der Einwohner die NPD für eine »ganz normale Partei« halten.

Ein Kinderfest mitten in der Stadt konnte die Verwaltung abwehren. Regionale Feste für Kinder richtete die NPD allerdings in Ueckermünde, Stralsund und Grevesmühlen aus. Lokale Gratisblätter wie »Der Inselbote« verteilten Szeneanhänger an Anwohner auf der Insel Usedom. Längst werden fünf weitere Regionalzeitungen kostenlos herausgegeben. Mit einer geschätzten Auflage des »Inselboten« von bis zu 58.000 Exemplaren wird ein großer Teil der Bevölkerung in Vorpommern erreicht. »Angstbesetzte Themen wie Sozialbau und ›Überfremdung‹ werden verstärkt mit kommunalen Diskursen wie Deichunterhaltung und Privatisierung instrumentalisiert«, betont Günther Hoffmann, Rechtsextremismusexperte aus Mecklenburg-Vorpommern.

Im Land nutzt die Partei um den Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Stefan Köster das Parlament nicht bloß als Podium, um sich allgemein als »Kümmerer« zu gerieren, die sich unter anderem alleine um Werftarbeiter sorgt, die vor der Kündigung stehen, oder sich für Hebammen stark macht, die durch erhöhte Versicherungsprämien vor der Berufsaufgabe stehen. Über zwei Millionen Euro hat die Fraktion seit ihrem Einzug 2006 bekommen. Geld, mit dem die NPD sechs Bürgerbüros unterhält und über zwanzig Kameraden beschäftigt, die außer Fraktions- und Wahlkreisaufgaben auch Partei- und Kommunalfunktionen innehaben. Die NPD-Politik im Lande, wissen Hoffmann und Ohse, werde von etwa 50 sehr aktiven Kadern enorm vorangetrieben. In den anderen Parteien würden solche Antreiber gerade in den ländlicheren Räumen fehlen. Im Ort aktiv, in den Sportvereinen und Freiwilligen Feuerwehren engagiert, ist das Credo von Pastörs und Köster. In der Region Lübtheen oder Ueckermünde schafften es die Männer und Frauen der »Bewegung«, mit ihren Kindern am auffälligsten in »der Mitte« anzukommen. Der NPD-Landtagsabgeordnete Tino Müller genießt in Ueckermünde eine »breite Akzeptanz«, betont Hoffmann, die sich ausbreitet. Im Dorf Borken sind Müllers Kameraden bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv und feiern im Gemeindehaus eigene Parties. Verankerungen die sich in Wahlzuspruch widerspiegelt: Bei der Kommunalwahl 2009 erlange die NPD 62 Mandate, 2004 hatte sie 10 Mandate. Im Landkreis Ludwigslust kam sie auf 4,5 Prozent, in Ostvorpommern auf 7,6 Prozent und Uecker-Randow 9,1 Prozent. Eine Basis für die Landtagswahl.

Kampagnenthema

Schon jetzt hat die NPD mit einer Kampagne gegen »Kinderschänder« den Wahlkampf begonnen. In den vergangenen Wochen marschierte die NPD unterstützt von der Kameradschaftsszene in verschiedenen Städten und Gemeinden auf, um eine Volksabstimmung für die Todesstrafe für »Kinderschänder« zu fordern. Am 23. Oktober zogen hinter dem Führungstransparent »Todesstrafe für Kinderschänder« rund 300 Kameraden durch Neustrelitz. Als Anlass für den Missbrach der Missbrauchängste durch die NPD diente der Zuzug eines vorbestraften Sexualstraftäters neben eine Kindertagesstätte. Bei einer Zwischenkundgebung betonte der Neustrelitzer NPD-Stadtvertreter Marko Zimmermann, dass »die Kuscheljustiz endlich ein Ende finden muss«. In Schwerin marschierten unter dem Motto bereits am 25. September auch an die 300 Kameraden auf. Trommelschläge hallen hier ebenso durch die Straßen. »Ein Baum, ein Strick« dröhnt zudem an die Häuserfassaden. Auf einer Zwischenkundgebung erklärte Pastörs, dass »sexuelle Mehrfachtäter« ihr Recht auf Leben verwirkt hätten. Ihr Ziel sei erst erreicht, wenn diesen »kranken Mördern der Kopf abgerissen werden darf«.

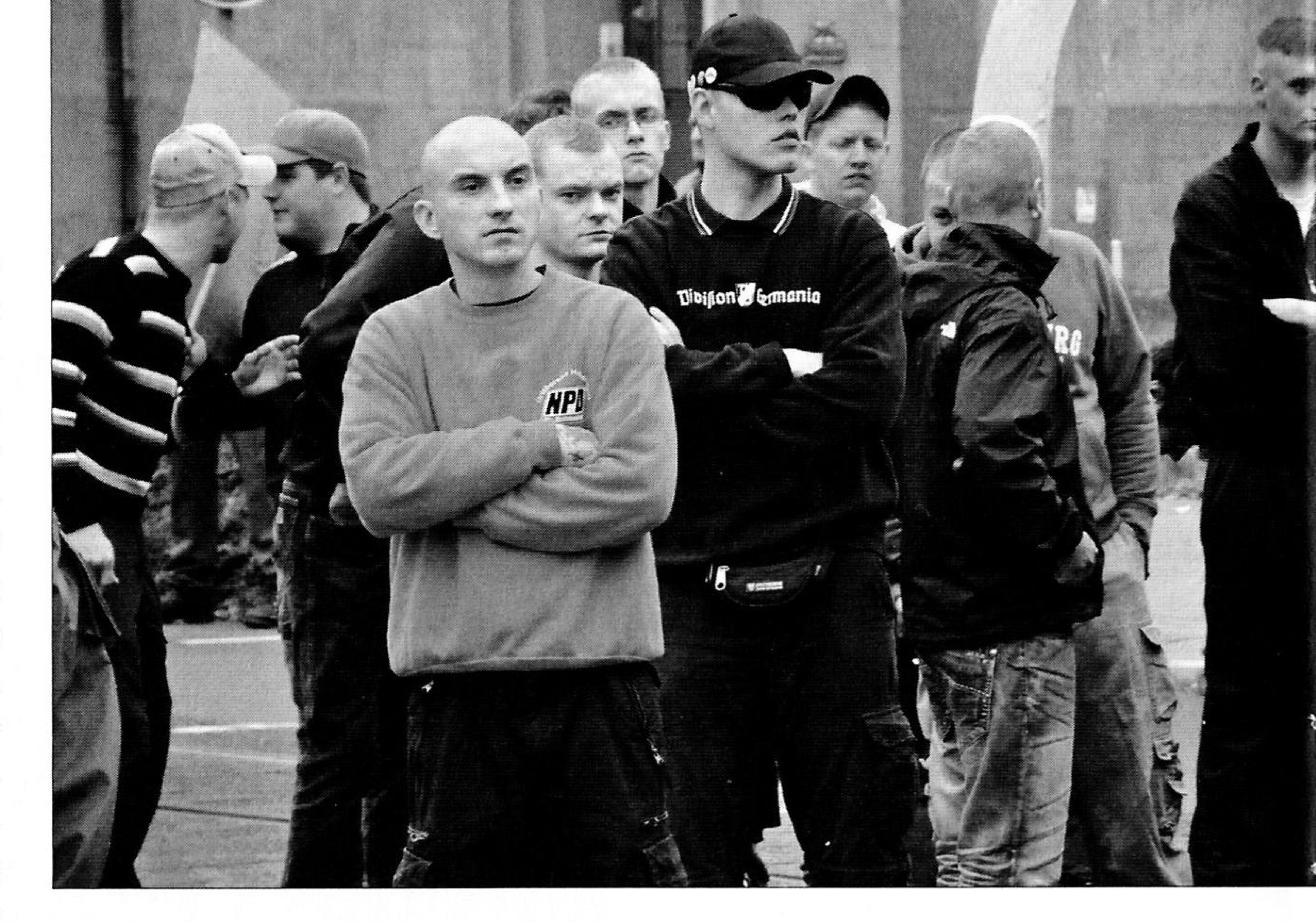
In der Kampagne verbindet die Partei parlamentarische Aktivitäten mit außerparlamentarischem Engagement. Vor den Märschen hatte die NPD im Landtag einen Antrag »Kinder wirksam schützen« vorgelegt. Eine Mehrheit fand er nicht. Diese Ablehnung im Parlament nutze sie nun um auf der Straße Stimmung zu machen. Das »kranke Gesindel der politischen Klasse« würde durch Nichtstun das »Gesunde« gefährden, schimpfte Pastörs beim Marsch und verwies auf die Parteianträge für Kinder.

Pastörs verurteilt

Im Saal 1 des Landgerichts schüttelt Pastörs verstimmt den Kopf. Der Vorsitzende Richter Andreas Lauer sprach ihn wegen Volksverhetzung erneut für schuldig: »Sie haben zum Hass gegen Juden und Türken aufgestachelt. [...] Ihre Rede beinhaltet ein gesteigertes Maß von Gehässigkeit.« Erneut wurde eine Haftstrafe von zehn Monaten auf Bewährung und 6.000 Euro Geldstrafe verhängt. Ob die Verurteilung Wähler abschreckt? Pastörs hat Revision angekündigt. ■

NICHT VERBOTEN

Am 20. Oktober 2010 hob das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Sachsen Anhalt das Verbot der gewalttätigen Hooligangruppe »Blue White Street Elite« auf. Das Innenministerium Sachsen-Anhalts hatte diese am 1. April 2008 verboten. Eine Gegenklage der Gruppe aus dem Jerichower Land wies das OVG am 23. September 2009 zunächst ab. Als Begründung nannte es, dass »Blue White Street Elite« sich nicht auf die Vereinigungsfreiheit im Grundgesetz berufen könne, da es sich um einen losen Zusammenschluss von Personen handele. Gegen dieses Urteil legten die Hooligans erneut Einspruch, diesmal beim Bundesverwaltungsgericht (BVG) in Leipzig, ein. Am 19. Juli 2010 hob das BVG das Urteil auf und verwies den Fall erneut an das OVG in Magdeburg. Es sah als erwiesen an, dass auch Gruppierungen, die nicht im Sinne des Vereinsrecht existieren, ein Recht darauf haben, dass ein an sie adressiertes rechtswidriges Vereinsverbot im gerichtlichen Verfahren aufgehoben wird. Letztendlich bestätigte das OVG, dass »Blue White Street Elite« keine Vereinigung im Sinne des Vereinsgesetzes ist und das Verbot daher rechtswidrig sei.



Mit Schlips und Trainingshose

Die NPD Sachsen-Anhalt will in den Landtag

Am 20. März 2011 sind Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Erstmals tritt in diesem Bundesland die NPD an und der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Matthias Heyder erwartet einen »Einzug mit Ansage.«

Von Silke Heinrich

Bisher war Sachsen-Anhalt innerhalb des »Deutschlandpaktes« der DVU zugeteilt. Diese war hier 1998 mit 12,9 Prozent in den Landtag eingezogen und machte vor allem durch Inkompetenz und Selbstdemontage von sich reden. 2006 kam sie trotz NPD-Unterstützung nur auf 3,0 Prozent. Die NPD verfügte bis zu diesem Zeitpunkt kaum über arbeitsfähige Strukturen im Land. Das änderte ab 2006, als sich der Landesverband mit Hilfe der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) reorganisierte.

Nicht nur in Kleinkleckersdorf

Nach einigen Kommunalwahlerfolgen 2007 und 2009 erhofft sich die NPD nun einen Einzug in den Landtag. Auf dem NPD-Bundesparteitag im Juni 2010 in Bamberg sagte der Landesvorsitzende Matthias Heyder: »Es nutzt nichts nur in Kleinkleckersdorf die Kommunalpolitik zu machen, wir müssen jetzt [...] in den Landtag reinkommen« und kündigte einen »Einzug mit Ansage« an. Er rühmte die gute Zusammenarbeit mit der DVU und die Übernahme des Landesverbandes der »Republikaner« sowie die Aufnahme von Mitgliedern der »Deutschen Partei« in die NPD. Somit ist die NPD in Sachsen-Anhalt konkurrenzlos im rechten Lager.

Doch nicht nur der Landesverband setzt große Hoffnungen in die Wahl, auch auf Bundesebene erwartet man einen Einzug in einen dritten Landtag. Nachdem die NPD in Sachsen trotz kommunaler Wahlerfolge bei der Landtagswahl 2009 nur noch knapp über die 5-Prozent-Hürde kam, braucht sie einen neuerlichen Erfolg, um sich weiter etablieren und an ihren gesellschaftlichen Vormarsch glauben zu können. Die NPD-Bundesführung erklärte Sachsen-Anhalt zur entscheidenden Schwerpunktwahl 2011 inklusive großzügiger finanzieller Unterstützung und machte den Vorsitzenden der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, Holger Apfel, zum Wahlkampfleiter.

Wahlkampfteam

Bereits im April 2010 hat die NPD ihre Landesliste verabschiedet. Als Spitzenkandidat wurde der 38-jährige Matt-

^ NPD-Anhänger im Oktober 2010 in Halberstadt



^ Matthias Heyder, Michael Schäfer (mit Fahne), Holger Apfel

hias Heyder gewählt, der im Wahlkampf nun als »Unser Heyder« versucht, Sympathien zu gewinnen. Auf den Listenplätzen 2 bis 4 kandidieren die JN-Führungskräfte und Multifunktionäre Matthias Gärtner, Michael Schäfer und Philipp Valenta. Mit Heidrun Walde und Judith Rothe befinden sich auch zwei Frauen auf den ersten zehn Plätzen, die gleichzeitig im Bundesvorstand des »Rings nationaler Frauen« tätig sind. Kandidaten der DVU befinden sich (noch) nicht auf der Liste. Als thematische Schwerpunkte wolle man sich laut Heyder neben der »sozialen Frage« massiv der Bewahrung der Bürgerrechte widmen und für die »Meinungsfreiheit in Sachsen-Anhalt« streiten. Damit spielt er vor allem auf den Fall Lutz Battke an.

»Unser Trainer heißt Battke«

Der Wahlkampf begann bereits im August mit der Kampagne »Unser Trainer heißt Battke.« Lutz Battke sitzt seit mehreren Jahren für die NPD im Stadtrat von Laucha sowie im Kreistag des Burgenlandkreises und sorgte immer wieder für Schlagzeilen. Er arbeitet als Bezirksschornsteinfeger und ist ehrenamtlich in dem von ihm mitgegründeten Fußballverein BSC 99 als Jugendtrainer tätig. Seit im April 2010 ein jüdischer Jugendlicher im Ort von einem Vereinsmitglied angegriffen wurde, versucht der Landessportbund eine Suspendierung Battkes als Trainer zu erreichen. Der Verein dagegen hat es nicht eilig, den im Ort beliebten Neonazi mit Hitlerbart und »Vokuhila«-Frisur loszuwerden. Die NPD nutzt die Aufregung, um sich mit zahlreichen Videobotschaften und Aktionen mit Battke zu solidarisieren und ihn als einen vorbildlichen ehrenamtlich tätigen Bürger und Opfer einer Hetzkampagne nach »Stasimanier« darzustellen. Battkes Name findet sich auf Platz 7 der NPD-Landesliste.

Kräuterschnaps und Jogginghosen

Während Matthias Heyder versucht, der NPD in Sachsen-Anhalt ein professionelles und bürgernahes Image zu geben



^ Fußballtrainer und Bürgermeisterkandidat Lutz Battke

und dabei erstmals auch offensiv mit schwarz-rot-goldenen Fahnen auftritt, werden diese Bemühungen durch den Dilletantismus einzelner Kreisverbände untergraben. Insbesondere der Kreisverband Harz, dem unter anderem Heyder selbst und der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer angehören, fällt immer wieder negativ auf. Als die Halberstädter NPD im Juli 2010 eine Demonstration ankündigte, sah sich die Landesführung veranlasst, diese vorerst absagen zu lassen und die Organisation selbst in die Hand zu nehmen. Am 2. Oktober marschierten dann 250 Neonazis unter der Führung der JN Sachsen-Anhalt unter dem Motto »3. Oktober 1990 – Vom Regen in die Traufe.« Die Versammlungsleitung, die per Auflage ein »diszipliniertes und artgerechtes« Verhalten der Teilnehmer gefordert hatte, beschwerte sich im Nachgang öffentlich über die nicht wenigen »Demonstrationsteilnehmer mit Bierflaschen bewaffnet, […] das Reihumgehen von Kräuterlikör unter der Mittagszeit, [und] das Erscheinungsbild etlicher Teilnehmer mit Jogginghosen und Landser-Hemden.«

Hitlergrüße und Stasi

Bereits im Februar 2010 wurde ebenfalls in Halberstadt ein Liederabend mit dem Liedermacher »Fylgien« verboten. Ein Mitglied des Kreisverbandes hatte ein Video ins Internet gestellt, auf dem dieser Liedermacher bereits im November 2009 im selben Lokal zu sehen war, während die örtlichen NPD-Anhänger begeistert Hitlergrüße zeigten. Organisiert wurden diese Liederabende in »Lolos Hof« vom Kreisvorsitzenden Thorsten Fleischmann, der vor allem gewaltbereite Neonazis um sich sammelt. Wie in der aktuellen Battke-Kampagne bezeichnet die NPD Sachsen-Anhalt das Vorgehen gegen Rechts immer wieder als »Stasimethoden«. Das hinderte sie aber nicht daran, ihr logistisches Zentrum im Gasthof des bekennenden ehemaligen Mitarbeiters des »Ministeriums für Staatssicherheit« Lothar Nehrig, genannt »Lolo«, einzurichten. In »Lolos Hof« in Halberstadt befinden sich die Wahlkampfzentrale, ein NPD-Bürgerbüro sowie die mittlerweile offenbar von Bernburg verlegte Bundesgeschäftsstelle der JN. Außerdem nutzen NPD und JN die Räume für Landesparteitage, Feiern, Liederabende und zusammen mit den sogenannten »Autonomen Nationalisten Harz« als Treffpunkt. Insbesondere das Beispiel dieses Kreisverbandes zeigt, dass der NPD der Spagat zwischen Wahlpartei-Image und dem klischeehaften Auftreten seiner Anhänger nicht immer gelingt. ■

VERFAHRENSPRÜFUNG

Ein weiterer NPD-Abgeordneter wird wahrscheinlich demnächst vor Gericht gestellt. Die Dresdener Staatsanwaltschaft prüft ein Ermittlungsverfahren gegen den mittelsächsischen NPD-Kreistagsabgeordneten Tino Felgner aus Freiberg. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Anfangsverdachtes auf Volksverhetzung und Bildung einer kriminellen Vereinigung. Felgner soll als der Nutzer »Saxus« im Nazi-Internetforum »Thiazi« den Holocaust verleugnet und gegen Linke und MigrantInnen gehetzt haben. Darüber hinaus soll Felgner an dem jährlichen Vernetzungstreffen der »Thiazi«-User, das dieses Jahr auf der sächsischen Festung Königstein stattfinden sollte, beteiligt sein. Diese Treffen dient der Vernetzung von NPD und militanter Kameradschaftsszene. Felgners Identität wurde durch einen »Hack« des Forums am 17. September 2010 aufgedeckt.

Damals & heute

»Der Chef« Karl-Heinz Hoffmann spricht

Zum 30. Jahrestag des Bombenattentats auf das Oktoberfest in München griffen neonazistische Gruppen das Thema mit einer Veranstaltung und einer DVD-Produktion auf. In den Wochen danach durchsuchte die Polizei auch drei Objekte von Karl-Heinz Hoffmann, dem Gründer der »Wehrsportgruppe Hoffmann«.

Von Robert Andreasch

Kurz vor der abendlichen Schließung der Festzelte kommt es am Freitag, 26. September 1980, nahe dem Haupteingang zum Münchner Oktoberfest um 22.20 Uhr zu einer gewaltigen Detonation. Ein mit einer britischen Werferhandgranate aus Armeebeständen der 1950er Jahre gebauter Sprengkörper explodiert in einem aus Drahtgitter bestehenden Abfallkorb. In einem Umkreis von über 20 Metern werden die Menschen, die auf dem Weg nach Hause sind, von Stichflammen, Metallteilen und der Druckwelle erfasst: 13 Menschen sterben am Tatort oder in den darauf folgenden Tagen. 211 Menschen werden verletzt, 68 davon schwer.



^ Karl-Heinz Hoffmann im Gespräch bei »youTube«

Neun Tage vor der Bundestagswahl schiebt der damalige Kanzlerkandidat Franz-Josef Strauß die politische Verantwortung für den Anschlag, zu dem sich niemand bekannt hat, dem Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) zu. Ausgerechnet der »zu liberale« Gerhart Baum hatte jedoch am 30. Januar 1980 die neonazistische »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSG Hoffmann) verboten. Der bayerische Ministerpräsident Strauß hingegen machte sich über die Verbotsaktion lustig: »Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, in dem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und mit einem mit Koppel geschlossenen Battle dress spazieren geht, dann soll man ihn in Ruhe lassen.«

Einzeltäterthese

Derjenige Tote, dessen Leichnam am schwersten verstümmelt war, wurde als der 21-jährige Geologiestudierende Gundolf Köhler aus dem baden-württembergischen Donaueschingen identifiziert. Das Verletzungsbild und Zeugenaussagen ließen keinen Zweifel an seiner Täterschaft beim Ablegen der Bombe. Seit Mitte der 1970er Jahre war Köhler mit der WSG Hoffmann in Kontakt gestanden, hatte an Geländeübungen teilgenommen und soll sich später, als er auch beim extrem rechten »Hochschulring Tübinger Studenten« (HTS) aktiv war, an eine in Tübingen im Aufbau befindliche WSG Hoffmann gewandt haben.

Die Generalbundesanwaltschaft lässt mehrere WSG-Aktivisten verhaften und bundesweit Hausdurchsuchungen durchführen, unter anderem im Schloss von Ermreuth unweit von Erlangen. In der dortigen Wohnung von Karl-Heinz Hoffmann, jahrelang Organisationszentrale der WSG, werden neonazistische Schriften, Granaten und Sprengstoff militärischer Herkunft beschlagnahmt.

Die deutlichen Hinweise auf einen rechtsterroristischen Anschlag spielen im Abschlussbericht der »Soko Theresienwiese« des bayerischen Landeskriminalamts im Mai 1981 jedoch keine Rolle mehr. Der »Einzeltäter« Köhler habe aus einem »Universalhass« heraus gehandelt, weil er an diesem Tag eine Prüfung an der Uni Tübingen nicht bestanden habe. Das Verfahren gegen Karl-Heinz Hoffmann und unbekannte Mittäter ist wenig später von der Bundesanwaltschaft eingestellt worden, Hoffmann soll gar Schadensersatz zugesprochen worden sein.

30 Jahre später

Physische und psychische Schäden bestimmen bis heute das Leben der Opfer und Angehörigen. Angesichts der auffälligen zeitlichen Nähe des Oktoberfestattentats zu dem von »Gladio«-Strukturen verübten Anschlag auf den Bahnhof von Bologna am 2. August 1980, der vom DDR-Ministerium für Staatssicherheit dokumentierten Observationsaktion westdeutscher Geheimdienste bei Aktivisten der WSG in Bayern und Baden-Württemberg in den Stunden vor dem Attentat und einer mittlerweile angeblich »aus Platzmangel« erfolgten Vernichtung aller Asservate zum verheerendsten Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik bleiben viele Fragen offen. Diese Fragen, so schreibt der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude im September 2010, seien ein Grund dafür, »weshalb die Trauer um die Opfer und das Gedenken an sie noch immer von einem ungestillten Wunsch nach Gewissheit begleitet werden«.

Militärischer Sprengstoff:

Um »Gewissheit« sorgte sich das »Freie Netz Borna-Geitenhain« auf seine ganz eigene Weise. Die Neonazis aus Sachsen luden am symbolträchtigen 11. September 2010 den WSG-Gründer Karl-Heinz Hoffmann zum Vortrag ein, über »Die WSG – Klischee und Wirklichkeit« vor gut 60 »Kameraden« im »Gasthof Zollwitz« in Hausdorf bei Colditz (Landkreis Leipzig) zu sprechen. Unter dem verklärten Motto »Der Chef spricht« war die Veranstaltung im neonazistischen Internetforum »Thiazi« angekündigt worden – anschließend bot der NPD-Stadtratsabgeordnete Kai Rzehaczeck (Eilenburg) zeitweise die Veröffentlichung eines DVD-Mitschnitts in seinem »Nordsachsen-Versand« an. Junge Neonazis bedankten sich für den Vortrag indes mit einem Arbeitseinsatz am 24. September am sächsischen »Rittergut Schloss Sahlis«, das Hoffmann 2004 erworben hatte. Beim »Kultur-Rettungs-Arbeitsdienst« (Zitat: Karl-Heinz Hoffmann) seien Grünanla-

gen gepflegt und Teile des Dachs neu eingedeckt worden.

Zwischenzeitlich – nur wenige Stunden nach dem Auftritt von Hoffmann beim »Freien Netz«, kam es aufgrund eines Ermittlungsverfahrens zu Razzien in den Kreisen der VeranstalterInnen sowie im »braunen Haus« in Jena, das dreieinhalb Wochen später in einer noch größeren Razzia mündete: Am 6. Oktober 2010 durchsuchten 200 Polizeibeamte 16 Objekte in Sachsen, Thüringen und Franken, darunter auch das Veranstaltungslokal vom 11. September und drei Objekte von Karl-Heinz Hoffmann: Im mittelfränkischen Schloss Ermreuth, wo Hoffmann nach dem Verkauf noch Wohnrecht hat, im Rittergut Schloss Sahlis und in einem Haus in der Nürnberger Innenstadt wurde die Polizei vorstellig. Der Verdacht der Staatsanwaltschaft Gera: Die Neonazis hätten bei seit Juli 2010 polizeilich überwachten Telefonaten über Weitergabe und Verwendung von militärischem C4-Sprengstoff gesprochen – allerdings fand die Polizei »keine sprengstoffverdächtigen Gegenstände oder Materialien«. ■

Vor Ort vereint

Regionalporträt: Zweibrücken und die Westpfalz

An der Landesgrenze zwischen Rheinland-Pfalz und dem Saarland bilden der »Nationale Widerstand Zweibrücken« und die »NPD Westpfalz« seit Jahren eine politische Zweckgemeinschaft auf dem Weg zur kommunalen Verankerung.

Von Mandi Huth



^ Naziaufmarsch in Zweibrücken

Zum »Pfalztreffen« der NPD am 4. September 2010 auf einem Waldgrundstück bei Lemberg war extra der Bundesvorsitzende der Partei, Udo Voigt, angereist. Im Vorfeld der Landtagswahlen im März 2011 hat Rheinland-Pfalz besondere Priorität für die Führung der Partei, die vor Ort die Zusammenarbeit mit »Freien Kräften« sucht, agiert doch dort seit acht Jahren direkt an der Landesgrenze zum Saarland der »Nationale Widerstand Zweibrücken«, der in den letzten Jahren vor allem durch mehrere Aufmärsche, Infostände und sein Engagement für die NPD auffiel.

Aufmärsche und Gewalt

Durchgängiges Thema der Aktionen der »Kameradschaft« um Detlef Walk, Marc Simon, Timo Backes und Ronny Bold war in den letzten Jahren das »Gedenken« an die Bombardierung der Stadt Zweibrücken durch Alliierte am 14. März 1945. Erstmalig veranstaltete die »Kameradschaft« 2005 zum 60. Jahrestag der Bombardierung eine Mahnwache. Die eher mäßige Beteiligung von etwa 35 Personen stieg auch in den folgenden Jahren kaum an. Seit 2007 finden die Aufmärsche jährlich statt. 2009 gelang es, 100 Personen zu mobilisieren. Dem Aufmarsch war am 14. Februar 2009 ein Überfall von Neonazis auf GewerkschafterInnen in Thüringen vorausgegangen, die sich auf dem Rückweg von der Antifa-Demonstration in Dresden befanden. Auf einer Autobahnraststätte wurden sie von saarländischen und pfälzischen Neonazis, die ebenfalls auf dem Rückweg von ihrem Aufmarsch waren, angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Den Bus der Neonazis hatte der pfälzische NPD-Funktionär Sascha Wagner angemietet.

Länderübergreifend

Im selben Jahr folgten zwei weitere Aufmärsche in der Region. Am 8. August 2009 unter dem Motto »Nein zu Islamisierung und zu protzigen Moscheebauten« mit Beteiligung des saarländischen NPD-Landesvorsitzenden Frank Franz und der »Kameradschaft Saarsturm« sowie am 14. November 2009 ein »Heldengedenken«. Zu beiden Veranstaltungen kamen etwa 80 Personen. Diese Teilnehmerzahl ist offenbar das höchste Mobilisierungspotenzial dieser Strukturen, wie auch eine neonazistische »Gedenkveranstaltung« im März 2010 und ein Aufmarsch in nahe gelegenen saarländischen Homburg im Mai 2010 zeigen. Dort hatte der »Nationale Widerstand Zweibrücken« am 29. Mai 2010 eine Demonstration unter dem Motto »Für Demokratie und Meinungsfreiheit« angemeldet. Unterstützt wurde er dabei von der mittlerweile aufgelösten »Kameradschaft Saarsturm«, der »NPD Westpfalz« und der »NPD Trier«. Zu dem Aufmarsch kamen genau 57 Nazis, Hauptredner waren Markus Walter von der »NPD Westpfalz« und Safet Babic von der »NPD Trier«.

Der Aufmarsch wurde unter anderem auf den Internetseiten »Infoportal Rhein-Neckar-Main« und »Altermedia« beworben. Dort wurde damals offen über das Motto des Aufmarschs gestritten. Streitpunkt war der positive Bezug der Anmelder auf den Begriff der Demokratie. Dieser Streit kostete die Veranstalter letztlich die Unterstützung der »Kameradschaft Ludwigshafen«, die den Gebrauch dieses Wortes ablehnten. Auch das »Aktionsbüro Rhein-Neckar« kritisierte das Motto und lancierte bei »Altermedia« einen Artikel mit der Überschrift »Die Demokraten bringen uns den Volkstod – auch in der Westpfalz«.

Vor der Wahl

Die Zusammenarbeit zwischen dem »Nationalen Widerstand Zweibrücken« und der NPD vor Ort ist eng. Dies wird ganz deutlich, schaut man sich Teilnehmer und Redner der von der »Kameradschaft« organisierten Aktionen an. Die »Kameradschaft« besticht eher durch Aktionismus als durch Inhalt, übernimmt Themen der NPD und unterstützt die Partei im

Wahlkampf. Obwohl die »Kameradschaft« wenig Attraktivität ausstrahlt und trotz ihres Aktionismus nicht wächst, spielt sie in der Region eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen den »Freien Kräften« und der NPD.

Mit Blick auf die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März 2011 wird sich diese Zusammenarbeit weiter intensivieren, rechnen die Neonazis doch mit einem Einzug in den Landtag. Auch wenn die Erwartungen der NPD bei den Kommunalwahlen 2009 nicht erfüllt wurden, konnte sie unter anderem mit je einem Mandat in die Stadträte der beiden kreisfreien Städte Pirmasens und Trier, die Verbandsgemeinde Dahner Felsenland und den Kreistag Landkreis Südwestpfalz einziehen.

Bei den Landtagswahlen 2006 erreichten »Die Republikaner« 1,7 Prozent und die NPD 1,2 Prozent. Auch wenn ein Wahlerfolg der NPD bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr unwahrscheinlich ist, zeichnet sich doch ein weiteres Erstarken der »Freien Kräfte« und der NPD in der Region ab, die sich seit spätestens 2006 in Rheinland-Pfalz neu organisieren (s. **DRR** Nr. 112). Dies lässt sich an dem Ausbau ihrer Strukturen und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit ablesen. So hat beispielsweise Markus Walter, Stadtrat in Pirmasens und Kreisvorsitzender der »NPD Westpfalz« sowie Vorstand der »Kommunalpolitischen Vereinigung« (KPV) der NPD, mit der Anmietung einer ehemaligen Gaststätte in Herschberg einen neuen NPD-Anlaufpunkt in der Westpfalz errichtet. Seit Mitte April wird das Haus für Veranstaltungen genutzt.

Am 8. Mai 2010 fand dort eine Veranstaltung statt mit Udo Pastörs, Landtagsabgeordneter der NPD aus Mecklenburg-Vorpommern, am 24. und 25. Juli 2010 eine bundesweite Schulung der KPV für Mandatsträger und Kandidaten der NPD mit deren Bundesvorsitzendem Hartmut Krien und am 09. Oktober 2010 eine Veranstaltung mit Arne Schimmer, Landtagsabgeordneter der NPD aus Sachsen. Die Bedeutung der anstehenden Landtagswahlen unterstrich auch der Besuch des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigts beim »Pfalztreffen« der Neonazipartei am 4. September 2010, das auf einem Waldgrundstück bei Lemberg stattfand. Zu dem Treffen waren auch Edda Schmidt vom »Ring Nationaler Frauen« und der »Nationale Widerstand Zweibrücken« gekommen, ein weitere Hinweis auf die enge Zusammenarbeit von NPD und »Freien«. Zudem unterhält die lokale Neonazi-Szene Kontakte nach Frankreich, unter anderem zu Jean-Claude Altherr (»Front National«) aus Straßburg und zum Gründer und Leiter der »Jungen Volksdeutschen Elsaß-Lothringen«, Roman St. Luc aus Straßburg (s. **DRR** Nr. 109), der mittlerweile in der »NPD Saar« organisiert ist.

RechtsRock

Nach der Schulung für NPD-Kommunalpolitiker am 9. Oktober 2010 in Herschberg beendete man den Abend auf Einladung der Zweibrücker »Kameradschaft« im nahe gelegenen Bechhofen. Dort hatte sie auf einem abgelegenen Waldgrundstück zum »Oktoberfestkonzert« mit den RechtsRock-Bands »12 Golden Years« (Thüringen), »Southern White Punks« (Bayern) und »Devil's Projekt« (Baden Württemberg) geladen. Das Grundstück ohne feste Bebauung wurde im Frühjahr 2010 von den beiden Kameradschaftsführern Detlef Walk und Marc Simon gekauft, was ihnen eine gewisse Unabhängigkeit bei Veranstaltungen gewährt. Das Gelände ist nur über einen kleinen, geteerten Rad- und Wanderweg von Bechhofen oder komplizierter von Käshofen oder Homburg aus zu erreichen und befindet sich außer Hörweite der nächsten Dörfer. Doch der geplante Ausbau des Geländes ist bislang nicht erfolgt. So fand das Konzert in einem beheizten Zelt ohne Toiletten und Stromanschluss statt, die Besucher mussten auf dem Waldweg parken. Ob das Gelände weiter ausgebaut werden darf, ist zweifelhaft. Allerdings wird es die »Kameradschaft« weiterhin für Konzerte und Parties nutzen. Mit der Anmietung in Herschberg, der Nutzung des Grundstücks bei Lemberg und dem Kauf des Geländes bei Bechhofen hat sich die regionale Naziszene neue Strukturen geschaffen, die sie stärken werden. Zudem scheinen die früheren Konflikte in der NPD Rheinland-Pfalz um die Ausrichtung und Führung der Partei geklärt zu sein. ■

NPD-Stadtrat vor Gericht

Vor dem Landgericht Trier begann am 7. Oktober 2010 der Prozess gegen Safet Babic. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Trierer NPD-Chef und rheinland-pfälzischen Landesvize und zwei weiteren Beschuldigten vor, gemeinschaftlich eine Körperverletzung begangen zu haben. Mit unter den Beschuldigten: Ein Mitglied der »Jungen Union«.

Von Fabian Bredin

Laut Staatsanwaltschaft soll der »Befreiungsnationalist bosnischer Herkunft« Safet Babic in der Nacht vom 18. Mai 2009 ein »Rollkommando« zur Ergreifung und Bestrafung von mutmaßlichen Plakatabreißern zusammengestellt haben. In dieser Nacht nahm die Polizei drei AntifaschistInnen fest, die verdächtigt wurden, NPD-Plakate beschädigt zu haben. Nach der Personalienfeststellung auf der Wache wurden die zwei jungen Männer und eine junge Frau von acht bis zehn vermummten Neonazis angegriffen. Eines der Opfer stürzte und wurde mit Schlägen und Tritten gegen Kopf und Bauch derart verletzt, dass eine mehrtägige stationäre Behandlung erforderlich war.

Am ersten Verhandlungstag gaben sich die Angeklagten gelassen. Der Trierer NPD-Stadtrat Babic, der sich zusätzlich wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten soll, fühlt sich wie Martin A. zu Unrecht beschuldigt. A. ist in nationalrevolutionären Kreisen kein Unbekannter: er schreibt für den »Fahnenträger« und das ökofaschistische Blättchen »Umwelt & aktiv«. Das »Junge Union« (JU)-Mitglied aus Koblenz soll damals den Tipp gegeben haben. Babic will er nur als Kommilitonen kennen. Weitere Aussagen macht er nicht. Babic und A.'s Darlegungen wirkten derweil gut abgesprochen. Keiner war dabei, niemand hat was gesehen, das ist die Botschaft. Während A. lediglich Babic sein Auto überlassen hätte, habe Babic nur die Antifaschisten zur Rede stellen wollen, als die Situation eskalierte. Er selbst habe niemanden angegangen.

Vor dem Gericht hielt die NPD eine Kundgebung unter dem Motto »Gelenkte Presse, Klüngel, Schauprozesse – Willkommen in der Bananenrepublik« ab. Etwa 15 Minuten lang beklagte sich Babic vor etwa einem Dutzend Teilnehmern über die angebliche Befangenheit des Gerichts und die »linke Gewalt«. In seinem Auftrag stellte sein Anwalt, ein ehemaliger Burschenschafter der »Normannia-Leipzig zu Marburg« und früherer Stadtverordneter der Partei »Die Republikaner«, einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter. Dieser gehöre dem Vorstand der auch antirassistisch engagierten Stiftung des Oberbürgermeisters an. Ohne Erfolg.

Das Urteil wird am 16. November 2010 erwartet. ■

Gemeinsam im nächsten Jahr

Die Fusion von NPD und DVU verwirklicht sich 2011

Es war in der extremen Rechten das Thema des Sommers 2010: Die Fusion von NPD und DVU. Auf den Parteitagen im November steht sie zur Abstimmung. Der Gewinner wird die NPD sein.

Von Andreas Speit



Im sächsischen Landtag fand sich der DVU-Bundesvorsitzende Matthias Faust am »Tag der offenen Tür« vor dem NPD-Stand ein, redete mit NPD-Mitgliedern, hörte BesucherInnen zu. An jenem 3. Oktober 2010 gab er sich schon ganz als NPD-Funktionsträger. Denkt er doch, dass die Parteien »ab Anfang nächsten Jahres als eine gemeinsame Partei in die gleiche Richtung gehen«.

Der große Optimismus für die Fusion, den Faust in dem Podcast der NPD auf der Fraktionswebsite ausstrahlt, dürfte wenig stören. Mehr verstören könnte NPD-Anhänger allerdings, dass Faust in selbstgefälliger Manier schon von ihren Fraktionen in Dresden und Schwerin redet. Hier in Dresden wollte er dann auch mal die Gelegenheit nutzen, um ins Gespräch mit den »Kameraden vor Ort« zu kommen. Ganz so, als wenn die DVU als gleichberechtigte Partnerin mit der NPD verschmelzen würde. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der NPD-Fraktionschef aus Sachsen, Holger Apfel, sollen dieses Gebaren gelassen ertragen. Sie wollen sich von ihrem Ziel, der Fusion mit der niedergehenden DVU, auch nicht abbringen lassen. Der Vertragsentwurf für die Fusion, dem beide Vorstände bereits zustimmten, legt auch fest, dass 2011 die gemeinsame Partei »NPD« heißen soll. DVU perdu.

Im September konnte für die NPD das letzte Hindernis zu der Verschmelzung ausgeräumt werden: Die Schulden der DVU. Am 17. September 2010 sicherte der DVU-Gründer Gerhard Frey zu, dass »seiner« Partei die Schulden von 980.000 Euro erlassen würden. Nur unter der Bedingung, dass die NPD nicht die Schulden der DVU übernehmen müsste, hatte im Übrigen eine große Mehrheit bei der Mitgliederbefragung der NPD für die Fusion gestimmt. Nun sollen von DVU-Kreisen auch noch Gelder einer Erbschaft in Höhe von rund 250.000 Euro fließen.

Anfang November, verspricht Faust, würden Parteitage von NPD und DVU die weiteren Fusionsbeschlüsse fassen. In dem Entwurf zu dem Verschmelzungsvertrag sind alle zentralen Vereinbarungen zu Gunsten der NPD ausgearbeitet: Die DVU-Mitglieder werden in die NPD als »übernehmende Partei« eintreten, die neuen zahlenden NPD-Mitglieder erhalten die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«. Im Vertragsentwurf – extra in Klammern gesetzt – wird empfohlen, Fausts »zukünftige Tätigkeit« gesondert im »Rahmen einer neuen Honorarvereinbarung« zu regeln. In beiden Parteivorständen wollen die Führungen ganz offensichtlich verhindern, dass wegen Kritik an dem DVU-Chef die Fusion doch noch bei Parteitagsabstimmungen scheitert. Die Hamburger NPD um Torben Klebe signalisierte unlängst, dass sie Faust, der dort an der Elbe lebt, in der NPD weder ein Amt noch gar eine Anstellung zubilligen will. ■

»Tage Deutscher Gemeinschaft«

Erneut bundesweites Neonazi-Treffen im »Hotel Hufhaus«

Anfang Oktober 2010 trafen sich etwa 90 Neonazis zu den »Tagen deutscher Gemeinschaft« im nordthüringischen Ilfeld.

Von Madlen Warskow

Aus dem gesamten Bundesgebiet waren die etwa 90 Neonazis zusammengekommen, die sich vom 8. bis 10. Oktober 2010 im »Hotel Hufhaus« im nordthüringischen Ilfeld nahe der Stadt Nordhausen trafen. Leiter der »Tage deutscher Gemeinschaft – Begegnungen der Generationen« sind der wegen Volksverhetzung verurteilte Holocaustleugner und ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert sowie dessen politischer Ziehsohn Stefan Wollenschläger. Deckert wurde für die Veranstaltung als Redner zu den Themen »Wilhelm Kammeier – zur Person und seinen Thesen« sowie »Neues vom Revisionismus« angekündigt. Der 1959 verstorbene Lehrer und Historiker Kammeier vertrat die verschwörungstheoretischen Ansichten, die deutsche und germanische Geschichte des Mittelalters sei zielgerichtet durch den Vatikan gefälscht worden. Teile der extremen Rechten in Deutschland beziehen sich bis heute auf seine Schriften und verbreiten sie.

Für weitere Vorträge waren Benno Müller (»Die Frankfurter Schule und ihre Folgen für das heutige Kleinst-Deutschland«), Michael Dangel (»Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise«), Martin Laus (»Raumorientierte Volkswirtschaft – eine Lösung?«), Henner Husum (»Beispiele für die Fälschung mittelalterlicher deutscher Geschichte«) und Stefan Wollenschläger (»Den deutschen Aderlaß«) angekündigt. Zur Freizeitgestaltung zwischendurch standen Wandern und Sport auf dem Programm. Für Samstag wurde dann als brauner Kulturhöhepunkt ein »Abend der Gemeinschaft im Saal und am Feuer« mit dem neonazistischen Liedermacher Frank Rennicke und »humorvollen Kurzbeiträgen aus dem Kreis der Teilnehmer« angesetzt.

Die letzten »Tage deutscher Gemeinschaft« fanden im Juni 2010 im Hotel Hufhaus statt (s. **DRR** Nr. 125). Dort finden seit Jahren nahezu unbehelligt bundesweite Veranstaltungen und Treffen der Neonazi-Szene, unter anderem auch der »Artgemeinschaft« statt. Die zuständigen Behörden, die Gemeinde Ilfeld und der Landkreis Nordhausen haben dem braunen Treiben an der Grenze zu Niedersachsen bisher allerdings tatenlos zugesehen. ■

Zwischen Aktionismus, Aversion und Autonomie

Die außerparlamentarische Rechte im Westerzgebirge

Die sächsische NPD hat für den 20. November dieses Jahres im westerzgebirgischen Bad Schlema wegen Räumlichkeiten für ihren geplanten Landesparteitag angefragt. Eine enge Zusammenarbeit kommunaler NPD-Abgeordneter mit den »Freien Kräften« vor Ort würde die logistische und organisatorische Vorbereitung ermöglichen.

Von Ronja Walter

Das »Aktionsbündnis Erzgebirge« (AB) dient als Vernetzungsstruktur und Plattform für NPD und »Freie Kräfte«. Im Juni 2009 trat es erstmals online auf, zuvor noch unter dem Namen »Freies Netz Erzgebirge«. Das »Freie Netz Erzgebirge« war Bestandteil des sachsenweiten »Freien Netzes« (FN) unter Mike Scheffler, langjähriger Kader der »Kameradschaft Delitzsch« und Direktkandidat der NPD bei der Landtagswahl 2009. Eine enge Zusammenarbeit beziehungsweise Personalunion zwischen der NPD und den «Freien Kräften« wurde erstmals im Wahlkampf 2009 deutlich (s. **DRR** Nr. 116).

Eine direkte Einbindung des AB bei dem Landesparteitag ist sehr wahrscheinlich, da der NPD-Stadtrat von Bad Schlema, JN-Stützpunktleiter und NPD-Pressesprecher des Kreisverbandes Erzgebirge Stefan Hartung (s. **DRR** Nr. 114) mit dem AB eng zusammenarbeitet.

Zum AB kommt mit dem NPD-Stadtrat Jan Riemann aus Lößnitz ein weiteres Parteimitglied dazu. Die Zusammenarbeit ist nicht immer konfliktfrei, gerade bei den Wahlen erhofft sich die NPD mehr Aktionismus der »Freien Kräfte«. Dennoch hält man an einer strömungsübergreifenden Zusammenarbeit mit den »Freien Kräften« fest.

Wahrscheinlich über die Vernetzung des AB rekurriert die NPD auch auf die »Nationalen Sozialisten Erzgebirge« (NSE). Zum Jahresauftakt der sächsischen NPD am 23. Januar 2010 in Limbach-Oberfrohna reisten mindestens vier Personen der NSE zu dieser Veranstaltung an. Die Aktionen der NSE beziehungsweise des AB beschränken sich noch stark auf die regionalen Gegebenheiten und das Zusammenspiel mit der NPD.

Im AB schließen sich NSE, einzelne Abgeordnete der regionalen NPD und Annaberger Kameradschaftsstrukturen zusammen.

»Nationale Sozialisten Erzgebirge«

Erstmals traten die NSE öffentlich 2008 auf mit einer Aufkleberaktion zum Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 und einer Kranzniederlegung an einem Ehrenmal am so genannten Volkstrauertag zum Gedenken an die »Kriegstoten und Opfer der Gewaltherrschaft aller Nationen beider Weltkriege«. Bisher besetzt durch die Volksparteien, dienen diese Gedenken der NSE zur Partizipation, wobei sie den Tag als Heldenfeier begeht, um an das Gedenken im Nationalsozialismus anzuknüpfen. Angefangen mit Propagandaaktionen wie Schmierereien, Aufkleberaktionen und Plakatierungen, steigen die teilweise gewaltbereiten Aktivisten aus Lugau und Umgebung allmählich auf in der Hierarchie der Freien Kräfte in Ostdeutschland. Inzwischen sind Mitglieder der NSE in die Ordnerstruktur auf rechten Großveranstaltungen wie dem »Fest der Völker« oder dem Trauermarsch am 13. Februar 2010 in Dresden eingebunden. Auch Schulungen mit Kadern aus der Region Hoyerswerda sollen in Lugau stattgefunden haben. Zudem nutzen die Aktivisten von Anfang an eine starke Anbindung zum regionalen »Freien Netz Chemnitz«. So wurden die NSE mehrmals im Aufmarschblock des »Freien Netz Chemnitz« und bei anderen Aktionen des militanten Netzwerkes gesichtet. Auch einzelne Führungskader des »Sturm 34« aus Mittweida wie Nico Tetzner, einer der Hauptangeklagten im »Sturm 34«-Prozess am Landgericht Dresden, zählen zum Dunstkreis der NSE. Registriert ist die Homepage der NSE jetzt auf Fabian Spanuth aus der Region Mittweida, der auch andere Naziwebsites, ehemalige FN-Seiten, betreut.

Annaberger Kameradschaftsstrukturen

Im Altkreis Annaberg-Buchholz und dessen näherer Umgebung besteht eine gut organisierte Kameradschaftsstruktur. Die Aktionen der Mitglieder begrenzen sich auf gemeinsame Besuche von Nazikonzerten, wie zum Beispiel des »Sons of Europe« in Ungarn (2008), des Hammerfests in Frankreich (2009) oder auch des »B & H Ian Stuart Donaldson Memorial Concert« in England (2009), oder die Teilnahme an internationalen Militärtreffen wie in Tschechien, den Besuch von Soldatenfriedhöfen u.a. in Ljubljana (Slowenien), Budaörs (Ungarn) und Costermano (Italien). Dabei bleiben die Kameraden weitestgehend unter sich, so auch bei »Events« innerhalb Deutschlands.

Lokal traten Mitglieder der Kameradschaftsstruktur zum Kinostart von »Inglorious Basterds« und zu einem CDU-Schweigemarsch unter dem Motto »Gegen den Zeitgeist: Abtreibung ist Unrecht« auf, indem sie mit verbalen Provokationen und Transparenten, die eine rechte beziehungsweise NS-verherrlichende Einstellung deutlich machten, störten. Ersteres dokumentierte der Annaberger NPD-Stadtrat Rico Hentschel mit Bildern auf der Internetseite des Kreisverbands. Auch der »Nationalistische[r] Stammtisch Gleis 3« (s. **DRR** Nr. 125) wurde von Personen der Kameradschaft aktiv mitgestaltet. Zu der Kameradschaft lässt sich auch Markus Szallies, der Betreiber des fest verankerten Naziladens »Phönix« hinzuzählen sowie die NPD-Stadt- und Gemeinderäte Timo Mohr, Dennis Neubert und David Schröer. Das »Phönix« fungiert dabei auch überregional als Anlaufpunkt und Koordinierungsstelle. Eine gute regionale Vernetzung der lokalen rechten Strukturen ist also durchaus gegeben. Dabei wirkt die Kameradschaft nicht gesellschaftlich integrativ, sondern eher subkulturell und verschlossen in ihrem eigenen Dunstkreis. Sie kann somit kaum über ihre eigene Struktur hinaus öffentlich wirken. Des Weiteren gibt es in Annaberg-Buchholz einen neuen, diesmal virtuellen Naziladen. Der »Sachsonia Versand« folgt nicht dem Trend in Codes und unterschwelligem Schick à la »Thor Steinar«, sondern bringt den rechten Inhalt eindeutig zum Ausdruck. Die Zielgruppe scheint hier der immer seltener werdende »Oldschool-Nazi« zu sein.

Abschließend muss festgestellt werden, dass sich weder der Wirkungskreis noch die öffentliche Wahrnehmung durch die Gründung des AB bedeutend erhöht haben. Es dient, wie das FN, der Vernetzung der regionalen Neonaziszene und bietet für Unorganisierte einen Anlaufpunkt. ■

Ein Jahr »Zuerst!«

»Zuerst!« hofft auf eine neue deutsche Rechtspartei



Das neonazistische Monatsmagazin »Zuerst!« hält sich seit einem Jahr an den Kiosken. Die Macher der Zeitung hoffen auf eine neue Partei rechts der CDU/CSU. Doch die Unterstützung für das Magazin bröckelt.

Von Ernst Kovahl

Für eine Partei »rechts der CDU« sei in Deutschland gegenwärtig eine »historische Gelegenheit« gekommen, glaubt Günther Deschner, Chefredakteur der neonazistischen Zeitschrift »Zuerst!«. Doch leider, so jammert der alternde Journalist, würden gute Initiativen der Rechten, wie zum Beispiel »Linkstrend stoppen!« (s. **DRR** Nr. 123), die rechten »Kleinparteien« und »konservative, patriotische oder islamkritische Persönlichkeiten« wieder einmal nicht zu einer neuen Organisation zusammen finden, obwohl sich 20 Prozent der Deutschen die Wahl einer Partei rechts der Union vorstellen könnten.

Vorbild FPÖ

Um diese »historische Gelegenheit« zu nutzen, knöpft sich das Blatt in jeder Ausgabe ausführlich die Politik der CDU/CSU vor, um sie von rechts zu kritisieren. Die Partei, so heißt es, stünde nur noch für »Multikulti«, »Kampf gegen Rechts« und eine moderne Familienpolitik. Dem will sich die Mannschaft der »Zuerst!« mit Interviews und Reportagen über erfolgreiche Rechtsparteien aus dem europäischen Ausland entgegenstemmen. Vor allem die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) hat es der Redaktion angetan. So druckte das Blatt in der September-Ausgabe ein Gespräch mit dem österreichischen Nationalrat Martin Graf über ein geplantes rassistisches Volksbegehren der Partei gegen Einwanderung. Und im aktuellen Heft (Oktober) kommt der FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky zu Wort, um die rassistischen und sozialdarwinistischen Thesen von Thilo Sarrazin zu rechtfertigen. In den letzten Ausgaben stellten sich die FPÖ-Politiker Johannes Hübner (April 2010), Martin Hobeck, die gescheiterte FPÖ-Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz (Februar 2010), Parteichef Heinz-Christian Strache und Werner Neubauer (alle Februar 2010) den Fragen der »Zuerst!«. Und in der ersten Ausgabe (Januar 2010) wurde der FPÖ-Europaparlamentarier Andreas Mölzer in einem dreiseitigen Porträt freundlich gewürdigt.

Europas Rechtsparteien

Für das August-Heft fuhren die »Zuerst!«-Redakteure Christian Hock und Manuel Ochsenreiter extra nach Italien, um an einem »Volksfest für Padanien« der rechten italienischen Regierungspartei »Lega Nord« teilzunehmen. Fast mystisch verklären sie im Artikel den Parteichef und Minister Umberto Bossi zu einer Lichtgestalt der europäischen extremen Rechten. Für die Zeitschrift posierte er zwischen den stolzen Redakteuren, in der Hand ein Exemplar der »Zuerst!«

Ein Interview mit dem Vorsitzenden der »Südtiroler Freiheitlichen«, Pius Leitner, dem Vorsitzenden des separatistischen und rassistischen belgischen »Vlaams Belang«, Bruno Valkeniers, und ein Bericht über die Partei des Niederländers Geert Wilders (»Partij voor de Vrijheid«) rundeten die Berichte über Europas Rechtsparteien ab. Und so, wie diese Parteien, verkauft auch »Zuerst!« seinen Rassismus derzeit unter der Flagge des Antiislamismus. Doch international sucht die Redaktion den Schulterschluss mit islamischen Bewegungen im Kampf gegen die USA und Israel. So führte Redakteur Ochsenreiter für das Oktober-Heft ein freundliches Interview in Beirut mit dem Sprecher der »Hamas« im Libanon, Osama Hamdan, sowie in Wien mit dem Funktionär der islamistischen Organisation »Hizb ut-Tahrir«, Shaker Assem.

Stagnation

Doch nach dem Aufsehen erregenden Start der Zeitschrift vor einem Jahr scheint mittlerweile die Unterstützung aus der deutschen Rechten für die »Zuerst!« zu bröckeln. Lagen anfangs noch große Stapel der Hefte quer durch Deutschland in zahlreichen Bahnhofsbuchhandlungen, Kiosken, Tankstellen und Supermärkten, ist die Präsenz des Heftes an den Verkaufsstellen mittlerweile rückläufig. Offenbar fällt der Verkauf hinter die Erwartungen zurück. Zudem schalten in dem Magazin fast nur noch österreichische Verlage Werbung. Neben den Anzeigen aus der eigenen Verlagsgruppe »Lesen & Schenken GmbH« des Herausgebers Dietmar Munier inserieren derzeit nur noch die extrem rechten österreichischen Zeitschriften »Die Aula« und »Zur Zeit«. Und obwohl sich der Großverleger Herbert Fleissner (»Langen Müller«, »Herbig«, »Amalthea«, »Signum«) in der »Zuerst!« (September 2010) auf vier Seiten porträtieren ließ, schaltete seine Verlagsgruppe in den letzten drei Heften keine Anzeigen mehr. Zuvor hatte die Gruppe das Zeitschriftenprojekt mit ganzseitigen Anzeigen unterstützt.

Die »Zuerst!« startete ambitioniert, sie kam überraschend auf den Markt. 84 Seiten im Vierfarbdruck, bundesweite Präsenz an den Kiosken und eine publizistische Qualität über der plumpen »Nationalzeitung« oder der »Deutschen Stimme«, das hatte niemand der rechten Szene zugetraut. Zumal es der Redaktion unter Deschner anfänglich gelang, auch Autoren und Interviewpartner zu gewinnen, die nicht aus der extremen Rechten stammen. Doch schnell zeigte sich der klar extrem rechte Charakter des Heftes und der neonazistische Hintergrund des Blattes. Das Projekt stagnierte daher schnell. In absehbarer Zeit wird die »Zuerst!« entweder, genauso wie zahlreiche andere Publikationen der extremen Rechten, zu einem braunen Nischenblättchen an der Schnittstelle zwischen Konservativen und Neonazis, oder es wird wieder ganz vom Markt verschwinden. Die erhoffte feste Verankerung im konservativen und bürgerlichen Spektrum wird wohl nicht gelingen. ■



Einheitsfront gegen die Islamisierung

Wilders in Berlin

Berlin: Am ersten Oktoberwochenende trat der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders auf Einladung des Ex-CDUlers René Stadtkewitz in der Hauptstadt auf. Dem »blonden Hetzer mit Anti-Islam-Mission« (Focus-Online) lauschten mehr als 500 zahlende Gäste, die sich mit frenetischem Applaus für einen Kanon aus Statistiken, Zitaten und Koran-Suren bedankten.

Von Hannah Weißdorn

Im Juli berichtete das größte deutschsprachige rassistische Weblog »Politically Incorrect« (PI) von dem geplanten Auftritt des niederländischen Politikers Geert Wilders (»Partij voor de Vrijheid«, dt. »Partei für die Freiheit«) in Berlin. Ein Foto in der kurzen Meldung zeigte den PI-Gründer Stefan Herre und den Berliner Abgeordneten René Stadtkewitz während eines Aufenthalts in Den Haag neben Wilders. Innerhalb von 24 Stunden hinterließen die PI-Leser mehr als 200 Kommentare. »Eines Tages wird man Wilders mit den großen Freiheitskämpfern der Geschichte in einem Atemzug nennen [...]« heißt es da, oder: »Die Großen Drei! Ein Lichtblick!«.

Knapp zwei Monate später stimmten 27 von 34 CDU-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus für den Ausschluss von Stadtkewitz aus der Fraktion, da dieser sich weigerte, die Einladung für Wilders zurückzuziehen.

Erst am 2. Oktober 2010, dem Tag des Auftritts, gab die sich in Gründung befindende Partei »Die Freiheit – Partei für mehr Freiheit und Demokratie« von Stadtkewitz (s. S. 13) den Veranstaltungsort im »Hotel Berlin« bekannt. Bereits einen Tag vorher veröffentlichte der Berliner »Tagesspiegel« den Namen des Hotels, weshalb deren Berichterstatter am Samstag ausgesperrt wurden, da die Veranstalter die Zeitung als »Sicherheitsrisiko« einstuften.

Die aus der ganzen Welt angereisten Journalisten und Gäste mussten penible Vorkontrollen über sich ergehen lassen. Taschen wurden durchsucht und Körper vom Sicherheitspersonal abgetastet. Am Ende war der Saal mit 540 Zuhörern bis auf den letzten Platz gefüllt, die meisten Pressevertreter mussten sich mit einem Stehplatz begnügen.

»Islamkritik aus der Mitte der Gesellschaft«

Als Stefan Herre die Redner, Gäste und Veranstalter mit Namen vorstellte, tobten die Gäste. Eine Frau schrie durch den Saal »Geert, wir lieben Dich!«.

In einer Video-Grußbotschaft hetzte Oskar Freysinger, Schriftsteller und Nationalrat der nationalkonservativen »Schweizerischen Volkspartei« (SVP), als Erster des Tages gegen den Islam und Muslime und zog Parallelen zum Nationalsozialismus: »Im Namen der Multikultur wird eine Monokultur importiert [...], das ist jetzt wirklich die letzte Minute etwas zu tun [...] Wenn wir nicht die Kraft finden anzukämpfen dagegen und uns zu verbünden, dann ist wahrscheinlich die Zukunft Europas etwas, das in dem endet, was wir vor 60 Jahren schon einmal erlebt haben und Nacht wird über Europa fallen.« Auch Eliezer Cohen aus Israel, Mitglied der ultranationalistischen Partei »Israel Beitenu«, blies in ein ähnliches Horn, als er ausführte, dass die »Europäer« sich »heute bei vielen Dingen, die mit dem Islam zu tun haben« unterwerfen würden, statt »ihre eigene Kultur hochzuhalten«.

Dann folgte die Rede von René Stadtkewitz. Nachdem er die Besucher aus Österreich, der Schweiz, Italien, den Niederlanden und ganz Deutschland willkommen geheißen hatte, freute er sich besonders, seine »Freunde der ‚Bürgerbewegung Pax Europa' ganz herzlich« begrüßen zu dürfen. Stadtkewitz sparte nicht mit Angriffen auf die CDU und Angela Merkel. Und auch sonst ging es nur um die Rechtfertigung der eigenen Ideologie: »Islamkritik kommt aus der Mitte der Gesellschaft« oder »die Ideologie des Islam[s] verhindert die Integration«.

Wilders »Wahrheit«

Anschließend folgte der Auftritt, auf den die meisten Angereisten gewartet hatten. »Please welcome the one and only Geert Wilders!«, rief Herre der begeistert aufstehenden und klatschenden Menge zu.

Im Gegensatz zu seinen deutschen Kollegen spielte Wilders die Karte der Opferrolle geschickter aus. Er lebe zwar unter »ständigem Polizeischutz«, doch da er und seine Anhänger die »Wahrheit« sagen würden, »haben die Wähler« seiner und anderer Parteien, »wie der Dansk Folkeparti und der Schweizerischen Volkspartei, uns in die Lage versetzt, den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen«. Wie das in der politischen Praxis der Niederlande aussieht, verdeutlichte die neue Minderheitsregierung unter Duldung von Wilders Freiheitspartei: Burka-Verbot, Einwanderungsbegrenzung, Verschärfung der Kriterien für Aufenthaltstitel und Einbürgerung, sowie eine Intensivierung der »Rückkehr- und Abschiebepolitik«. Wilders sprach von »nationalen Identitäten«, die bedroht seien und bezeichnete den »Islam als Kommunismus der Gegenwart [...], der uns alle heimsucht.«

Und auch der historische Vergleich mit der Zeit des Nationalsozialismus und der Weimarer Republik fehlte nicht. »Die Weimarer Republik weigerte sich, für die Freiheit zu kämpfen und wurde durch eine totalitäre Ideologie überrollt, mit katastrophalen Konsequenzen für Deutschland, den Rest Europas und für die Welt. Versäumen Sie es nicht, heute für Ihre Freiheit zu kämpfen!«, rief Wilders der Menge entgegen. Auch wenn Wilders kein Neonazi ist, stießen Aussagen über die Überlegenheit »unserer Kultur bestimmten anderen Kulturen« gegenüber, negativ auf. Besonders im Zusammenhang mit seinem vorsichtig formulierten Schlussstrich unter die Erinnerung und Mahnung an die deutsche Geschichte kann und muss man Wilders für mehr als seinen Hass auf den Islam kritisieren. »Was immer in der Vergangenheit in Ihrem Land geschah, die heutige Generation ist dafür nicht verantwortlich. Was immer in der Vergangenheit geschah, ist keine Entschuldigung dafür, die Deutschen heute zu bestrafen.«

Wilders, der derzeit in den Niederlanden wegen Volksverhetzung vor Gericht steht, lieferte kühl und trocken ab, was die Zuschauer von ihm erwarteten. Nach seiner Rede stand er für Autogramme und Fotos – einem Popstar gleich – am Rednerpult zur Verfügung. Eines steht nach diesem Tag fest, Stadtkewitz fehlt das Charisma eines Geert Wilders, dieser hat seinem deutschen Bündnispartner und dessen neuer Partei an diesem Tag jedoch eine Öffentlichkeit beschert, die diese so alleine nie erreicht hätten. ■

Freiheit?

Rechte Parteigründung in Berlin

»Rechts neben uns ist nur noch die Wand«, lautete das Diktum von Franz-Josef Strauß. Doch dieses – die Debatte um die rassistischen Äußerungen Thilo Sarrazins macht's möglich – scheint inzwischen Risse zu bekommen.

Von Yves Müller

Die Debatte um Thilo Sarrazins Äußerungen macht(e) greifbar, was verschiedene Studien zur rassistischen Einstellung in der Bevölkerung seit Jahren aufzeigen. Doch bisher scheiterten extrem rechte oder so genannte rechtspopulistische Parteien und Parteineugründungen daran, dieses Potenzial zu binden. Das soll jetzt anders werden, wenn es nach den Vorstellungen der im September 2010 in Berlin neu gegründeten Partei »Die Freiheit – Partei für mehr Freiheit und Demokratie« geht. Flankiert worden war die Neugründung von einer Debatte in den Feuilletons über die Möglichkeiten und Chancen einer neuen rechten Partei.

Christdemokraten & Piraten

Bekanntester Protagonist der »Freiheit« ist der CDU-Renegat René Stadtkewitz, der bis zu seinem Ausschluss im September 2010 Mitglied der christdemokratischen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus war. Einen Namen machte sich der CDU-Hinterbänkler aus dem beschaulichen Berliner Bezirk Pankow 2006 durch seine vehemente Agitation gegen ein Moschee-Bauprojekt in seinem Wahlkreis. Nachdem ein Brandanschlag auf sein Wohnhaus verübt worden war, gab er dem neurechten Zeitungsprojekt »Junge Freiheit« ein Interview, in dem er sich als Opfer linker Meinungsmache stilisierte. Im Oktober 2009 folgte der Bruch: Stadtkewitz verließ nach 14 Jahren Mitgliedschaft die CDU. Auch Marc Doll, bis dato selbsternannter CDU-Sicherheitsexperte, trat im vergangenen September aus der Partei aus. »Mit der Partei Konrad Adenauers hat die CDU von heute nichts mehr zu tun«, so Privatschullehrer Doll, der nicht an »Posten und Gehältern« klebe. Dritter dieser ungleichen Allianz ist Stefan »Aaron« Koenig, bis Mai 2010 noch Bundesvorstandsmitglied der »Piratenpartei«. Von dem in der Internetbranche tätigen Betreiber des Weblogs »politicool«, der Parteien »unsexy« findet, scheint die Initiative für die selbsternannte »Bürgerpartei« auszugehen. Bereits im März installierte er im Internet eine »Community-Plattform für Freunde und Unterstützer der ›Partei für mehr Freiheit und Demokratie‹« und kündigte damit die Gründung der rechtspopulistischen Partei an. Zu diesem Zeitpunkt war Koenig, der wegen seiner Forderung nach einem »gezielten Präventivschlag« gegen den Iran in die Kritik geriet, noch Mitglied der »Piratenpartei«.

Einigendes Thema

Dabei können sich die drei Männer der Unterstützung gewichtiger Rechtspopulisten gewiss sein: Neben Geert Wilders, dessen »Partij voor de Vrijheid« die niederländische Minderheitsregierung toleriert, hat sich der Betreiber des Weblogs »Politically Incorrect«, Stefan Herre, dem Parteiprojekt verschrieben. Zuvor entfernte sich Herre zusehends von der »Bürgerbewegung Pro NRW«, die er lange Zeit auf seinem Blog hofierte. Und auch die islamfeindliche »Bürgerbewegung Pax Europa« (BPE), deren Bundesvorstandsmitglied Stadtkewitz ist, steht der neuen Partei offen gegenüber. Seit 2009 ist der Berliner BPE-Landesverband vermehrt in der Öffentlichkeit präsent. Bei ihren Kundgebungen gegen eine vermeintliche »Ausbreitung des Islam in Europa« und für »Meinungsfreiheit« wird BPE in der Bundeshauptstadt auch von der »Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V.« (IpaHB) unterstützt, die sich 2006 im Zuge der rassistischen Proteste gegen den Moschee-Bau in dem nördlichen Berliner Bezirk gründete.

Allen gemeinsam ist ein ausgeprägter antimuslimischer Rassismus. Dabei wird der Islam pauschal als »totalitäre Ideologie« dargestellt. Anders als Pro versteht es »Die Freiheit« aber besser, geschickt zwischen legitimer Kritik am Islam und plattem Ressentiment zu changieren. Zentral für »Die Freiheit« ist auch das Thema »Innere Sicherheit«. So forderte Doll auf der ersten Pressekonferenz der rechtspopulistischen Parteiinitiative härtere Urteile gegen Straftäter.



^ Wilders besucht »Die Freiheit«

Erfolg möglich?

Ob sich »Die Freiheit« tatsächlich am rechten Rand etablieren kann und zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen 2011 eine Chance hat, ist indes fraglich, schließlich buhlt »Pro Berlin« um dieselbe Wähler(innen)klientel. Während sich bei der Pro-Kundgebung am 3. Oktober 2010 kaum 40 Personen zusammen fanden, scharte »Die Freiheit« einen Tag zuvor bei einer Veranstaltung mit dem Rechtspopulisten Wilders mehr als 500 SympathisantInnen um sich. »Die Freiheit« hat Format. Und genau das fehlt Pro. Dem antifaschistischen Weblog »Berlin rechtsaußen« zufolge ist der selbsternannten »Bürgerbewegung« jüngst der Geldgeber Patrik Brinkmann abhanden gekommen. Auch die NPD fürchtet, ohne »Die Freiheit« beim Namen zu nennen, »die Konstruktion einer populistischen ›Rechtspartei‹«. »Die Freiheit« selbst grenzt sich fast reflexhaft von der extremen Rechten ab und möchte sich nicht in das übliche Links-Rechts-Schema einordnen lassen.

Erfolg und Nichterfolg der Stadtkewitz-Partei hängen auch davon ab, ob sich eine aktive und potente Basis findet, die den kommenden Wahlkampf stemmt. Zunächst müssen Stadtkewitz und Co. sich aber auf ein gemeinsames Parteiprogramm einigen. Nur wenn es gelingt, rechtskonservative Staatsgläubigkeit und liberal daherkommenden Anti-Etatismus zu verbinden und offensichtliche Widersprüche einzuhegen, ist mit einer Anti-Parteien-Partei »Die Freiheit« zu rechnen. ■

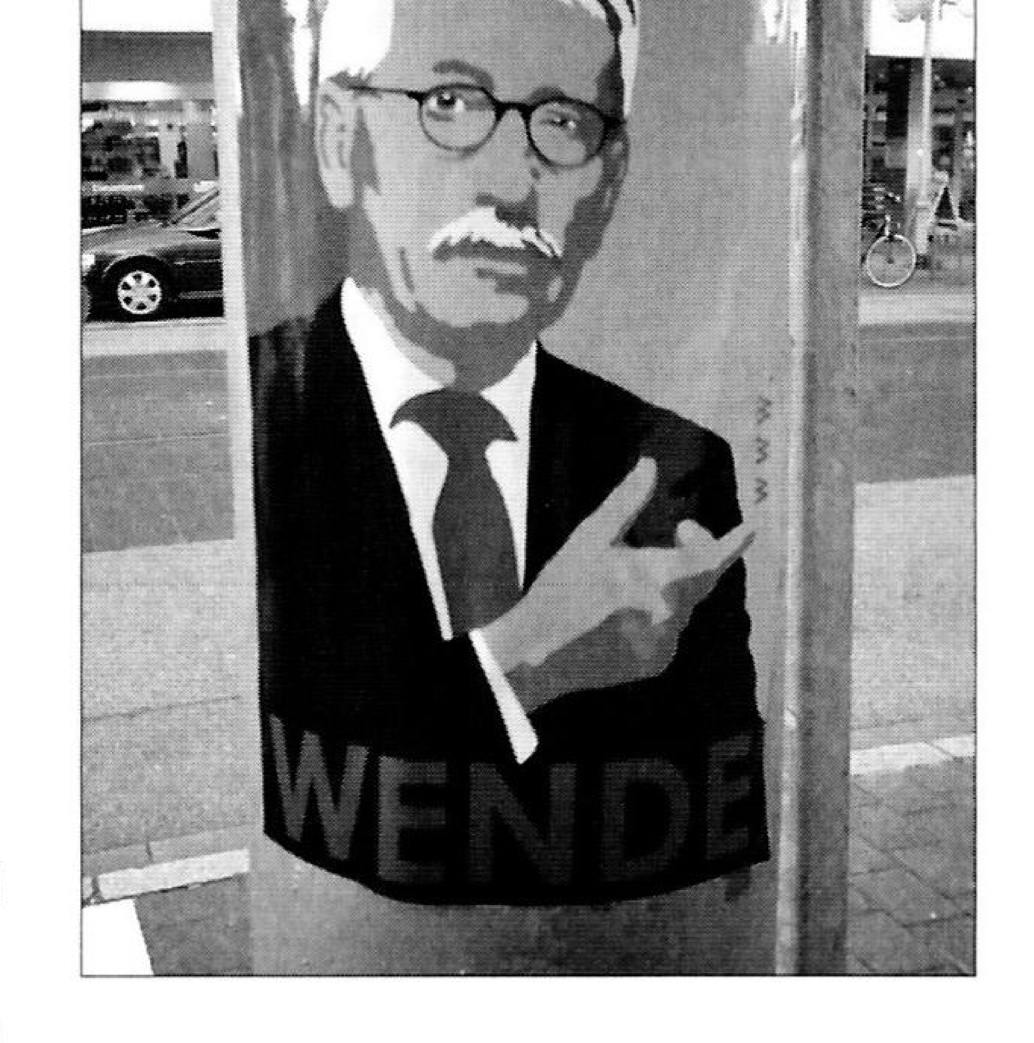
STRESEMANN-CLUB

Der rechte Flügel der an der Bundesregierung beteiligten »Freien Demokratischen Partei« (FDP) organisiert sich im 2009 gegründeten »Stresemann-Club« (SC). Der knüpfe in seiner Arbeit explizit an »rechtsliberale« und »nationalliberale« Traditionen an, so der Vorsitzende Meinhard Müller. Der SC sei eine »parteiinterne Strömung gegen den Zeitgeist«, lobte Florian Meier (»Burschenschaft Rheinfranken Marburg«) in den »Burschenschaftlichen Blättern« (2/2010) die Initiative, in deren »Führung« auch drei Burschenschafter vertreten sind: Francesco Güssow (»Staufia München«), Hendrik Wolf (»Adelphia Giessen«) und Sebastian Paul (»Rheinfranken Marburg«). In den im April 2010 beschlossenen »Kölner Grundsätze« (»Rechtsliberalismus für das 21. Jahrhundert«) beschreibt der SC das »Deutschtum« als »Schicksalsgemeinschaft«, fordert mehr Patriotismus und schärfere Gesetze (Täter »ausländischer Herkunft sind konsequent abzuschieben«) und will das »Meinungsmonopol« der 1968'er brechen.

Sarrazin als Fanal?

Erstmals seit der Wiedervereinigung und der Niederlage im Fall Hohmann sieht das neu rechte Milieu die Chance, rechten Deutungen der Themen Einwanderung, Nation und Volk Resonanz zu verschaffen.

Von Jan Gall





Um Geduld bat Dieter Stein, Chefredakteur der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF), seine Leser. Leider könne der Buchdienst der Zeitung die Nachfrage nach Sarrazins Buch nicht bedienen. Grund: Lieferschwierigkeiten des Verlages. In den beiden ersten Septemberwochen hatte die JF nur ein Thema: Sarrazin. Der von Thorsten Hinz unter der Überschrift »Prophet einer Wende« verfasste Leitartikel (Nr. 36, 2010) ließ erkennen, welche Tragweite rechte Autoren der Debatte zumessen. Hinz sparte nicht mit historischen Referenzen, in denen er das Erscheinen des Sarrazinbuches als Symptom der Systemkrise ähnlich derer der Endphase der DDR interpretiert. Stein hingegen sieht in der gleichen Ausgabe in der Auflagenhöhe des Sarrazinbuches ein stummes Plebiszit gegen die »Techniker der öffentlichen Meinung«, die angesichts der Zustimmung zu Sarrazins Thesen in der Bevölkerung daran arbeiteten, »die durch den rebellischen Sozialdemokraten außer Kraft gesetzte ›Schweigespirale‹ wieder in Gang zu setzen«. Dass die politische Intention der JF weit über Sarrazins Thesen hinausgeht, wird in einem Interview klar, das die Wochenzeitung in der gleichen Ausgabe ausgerechnet mit dem extrem rechten Soziologen und selbsternannten Demographieexperten Robert Hepp führt. Hepp, ehedem Mitglied des »Schutzbund für das Deutsche Volk«, Referent der »Gesellschaft für freie Publizistik« und Verfasser des Buches »Die Endlösung der deutschen Frage« vertritt im JF-Interview die Auffassung, »daß Sarrazin eher noch unter- als übertreibt«. Er reklamiert die Urheberschaft einiger Argumentationsfiguren Sarrazins für sich, wenn er im JF-Interview sagt: »Mein Neologismus Genosuizid wurde [...] nie populär. Sarrazin umschifft diese gefährliche ›völkische‹ Klippe mit seinem [...] Euphemismus.«

Ein »Fanal«

Die Sarrazindebatte wird im »neu-rechten« Spektrum als Fanal für eine hegemoniale Zeitenwende gelesen. Deren Vordenker, der Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann, sprach in der JF von einem Mentalitätswandel des bürgerlichen Bewusstseins als Vorschein einer konservativen Tendenzwende, für welche er die Hamburger Ablehnung der Primarschule ebenso als Indiz wertet, wie die seit Monaten diskutierte Gründung einer neuen rechten Partei.

Der Verleger Götz Kubitschek aus dem sachsen-anhaltinischen Schnellroda konnte im Windschatten der Sarrazin-Debatte seinen Absatz steigern. Rund zehntausend Exemplare des blauen Quartheftes mit dem Titel »Der Fall Sarrazin«, erschienen in der »wissenschaftlichen Reihe« des »Institut für Staatspolitik« (IfS), hat er nach eigenen Angaben bis Oktober verkauft. Diese Zahlen kommen nicht von ungefähr: Wer Sarrazins Buch bei »amazon« sucht, wird auf die Broschüre des IfS verwiesen, um diese mitzubestellen. Die nunmehr vierte Auflage der Broschüre ist der Versuch, die Argumente Sarrazins im Interview mit der Zeitschrift »Lettre International« im September 2009 als seriös und faktengesättigt darzustellen. Doch mehr Energie als auf die Sammlung von Belegen für die Logik der sarrazinschen Argumente wird auf die Analyse des Verlaufs der ersten Sarrazin-Debatte nach seinem »Lettre«-Interview verwandt. Die zentrale These: Diese Debatte sei, anders als die Fälle Hohmann etc., als Geschichte einer gescheiterten Tabuisierung zu lesen, da die Evidenz der von Sarrazin angesprochenen Fragen so deutlich gewesen sei, dass eine vom IfS-Autor konstatierte »mediale Hinrichtung« wie in den Causa Hohmann nicht durchsetzbar gewesen sei. Durch die mediale Unterstützung, namentlich der Leitartikler der Tageszeitungen »Die Welt« und »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, sei die in solchen Fällen sonst angebliche übliche Sanktionsmacht der Intervention beispielsweise des »Zentralrates der Juden« gescheitert.

Inzwischen hat das IfS mit einer Anfang Oktober erschienenen Sonderausgabe ihrer Zeitschrift »Sezession« nachgelegt. Darin unterziehen neun Autoren das Sarrazin-Buch einer Kritik von rechts. Im Kern werfen diese Sarrazin intellektuelle Inkonsequenz vor und belegen ihr Interesse an einer Radikalisierung seiner Thesen. Unter dem Titel: »Die Sache mit den Genen« wird Andreas Vonderach deutlich, wenn er behauptet, sozialer Aufstieg sei genetisch determiniert. Des Weiteren spekuliert Johannes Ludwig über die mutmaßliche Reichweite einer neuen Partei, die sich die Thesen Sarrazins zu Eigen machte. Ergebnis: Eine solche Partei könne nur erfolgreich sein, wo es gelänge, die Themen Sarrazins mit einem integrierenden Personaltableau zu verbinden.

Wunsch Isolation durchbrechen

Die skizzierten Reaktionen des »neurechten« Milieus zeigen, dass man dort den Verlauf der Sarrazin-Debatte als Vorbote eines Paradigmenwechsels auffasst, an dessen Ende eine Enttabuisierung rechter Deutungsangebote der Themen und Begriffe wie Demographie, Volk, Nation und Migranten stehen soll. Die von der »Political Correctness« vorgeblich erzwungene »Schweigespirale« sei von Sarrazin erfolgreich durchbrochen worden. Erstmals seit Beginn der 1990er Jahre bestünde die Chance, neurechten Deutungen einen breiteren Resonanzraum zu verschaffen. An dieser Einschätzung ist zutreffend, dass die biologistisch-rassistischen Thesen Sarrazins in der Mitte der Gesellschaft auf fruchtbaren Boden fallen, wie die neueste Einstellungsuntersuchung der »Friedrich Ebert Stiftung« belegt. Es zeigte sich jedoch, dass das publizistische Netzwerk der »Neuen Rechten« auf Fortgang und Dynamik der Debatte keinen direkten Einfluss nehmen konnte. Vieles was Sarrazin schreibt, wurde im IfS-Umfeld seit Jahr und Tag geschrieben, ohne dass es eine über dieses Milieu hinausreichende Wirkung gezeitigt hätte. Seit Jahren sucht man im Umfeld des IfS nach einem diskursiven Hebel, die milieubedingte Isolation zu durchbrechen, um dort zu reüssieren, wo man nachhaltigen Einfluss nehmen will: bei den konservativen Eliten und ihrem akademischen Nachwuchs. Natürlich sind intellektuelle Akteure wie Lehnert, Kubitschek und Stein erfahren

genug zu wissen, dass dieser Durchbruch nicht mit einem Kampagnenthema zu schaffen ist. Doch die Hoffnung, in der gegenwärtigen Debatte breiter Gehör zu finden als nur in den eigenen Medien, um im Falle der nächsten, vergleichbaren Debatte in einer höheren publizistischen Liga zumindest ein Spiel zu bestreiten, erscheint nicht unberechtigt. ■

Ein »Reemstma-Institut von rechts«?

Vor zehn Jahren wurde das »Institut für Staatspolitik« gegründet

Vor zehn Jahren trat das »Institut für Staatspolitik« an, die in den 1990er Jahren gescheiterte Hoffnung nach »Deutungshoheiten« des »neu rechten« Spektrums auf anderer Ebene zum Erfolg zu führen.

Von Wolfgang Zoscht und Marlies Haupt

Jene Renationalisierung nach den Ereignissen des 9. November 1989 – als alles schwarz-rot-gold wurde, als ein »neu rechtes« Netzwerk auf Teile der konservativen Tagespresse und einzelne Buchverlage temporären Einfluss ausübte, eine »selbstbewusst« werdende Nation im Diskurs um Botho Strauß »anschwellenden Bocksgesang« artikulierte und sich weit rechts stehende Autoren gegen die »68er« zur »89er Generation« proklamierten – ließ »neu rechte« Autoren an einen bevorstehenden diskursiven Durchmarsch ihrer Ideen glauben. Doch nachdem die erträumte exemplarische Meinungsführerschaft ebenso ausblieb wie ein Erfolg im Kampf um die Deutungshoheit der Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg im Kontext einer Kampagne gegen die Ausstellung des »Hamburger Instituts für Sozialforschung«, suchte die »Neue Rechte« nach Orten und Formen der intellektuellen Sammlung.

Es war Karlheinz Weissmann, der in einem Interview mit dem »Ostpreussenblatt« im Februar 1999 den Begriff des »Reemtsma-Instituts von rechts« prägte und das Projekt eines politischen Kollegs von rechts skizzierte, das der diskursiven Interventionsmacht des »Hamburger Instituts« entgegentreten sollte. Aufschlussreich liest sich Weissmanns damalige Begründung für die Notwendigkeit einer neuen Institution intellektueller Selbstvergewisserung der Rechten. Die Gewissheit, dass unionsnahe Stiftungen durchaus als rechtsintellektuelle Lernorte dienen konnten, wies Weismann bereits 1999 als einen der Vergangenheit angehörigen Zustand aus.

Wissensvermittlung

Als das »Institut für Staatspolitik« (IfS) im Mai 2000 im hessischen Bad Vilbel aus der Taufe gehoben wurde, weckten die Gründer um den Historiker Karlheinz Weissmann hohe Erwartungen im Milieu der »Neuen Rechten«. Das Institut, so die Vorstellung seiner Initiatoren, sollte mit den Mitteln der Wissenschaft, der Publizistik und der öffentlichen Kampagne der vorgeblichen Hegemonie des Linksliberalismus Paroli bieten und, wo möglich, die als allmächtig halluzinierten Gegner in Medien und Politik offensiv angreifen. Das IfS existierte zunächst nur als seminaristischer Wanderzirkus, der mit ambitionierten Akademien und Kollegien zu den Themen Wertekrisen und Freiheit auf sich aufmerksam machte. Die eigentliche Phase der Etablierung begann im Jahr 2002 mit dem Erwerb des Rittergutes Schnellroda im sachsen-anhaltischen Albersroda. Dadurch erhielt das Institut eine eigene, wenn auch geographisch abgelegene Tagungsstätte und eine Bibliothek. Während Weissmann in den folgenden Jahren das intellektuelle Profil des Instituts formte, konzentrierte sich der Germanist und vormalige Redakteur der »Jungen Freiheit«, Götz Kubitschek, auf den organisatorischen Aufbau der Institutsarbeit.

Im Jahr 2003 gründeten Kubitschek und Weissmann die inzwischen zweimonatlich erscheinende Zeitschrift »Sezession«, deren publizistisches Oeuvre in jeder Hinsicht als Erblassverwalterin der von Caspar von Schrenk-Notzing geleiteten »Criticon« gelten kann. Daneben gibt das IfS eine »wissenschaftliche Reihe« heraus, in der im Broschürenformat aktuelle Themen vertiefend analysiert werden sollen. Die letzte bisher erschienene Broschüre der Reihe wandte sich der Causa Sarrazin zu und verkaufte sich nach Angaben des IfS über zehntausend Mal. Zudem betreibt das IfS einen mit der Zeitschrift »Sezession« gleichnamigen Blog im Internet, auf dem tagesaktuelle Ereignisse, Fundstücke aus Literatur und Medien kommentiert und die Publikationen des IfS beworben werden.

Förderung

Kernstück der Institutsarbeit ist jedoch die Förderung des akademischen Nachwuchses der intellektuellen Rechten. Neben Sommer- und Winterakademien und den Kollegtagungen in Berlin bietet das IfS seinen besonders vertrauenswürdigen Besuchern ein »Curriculum Dextrum« an. Diese Lektürekurse sollen die weltanschauliche Festigung von Schülern und Studenten vorantreiben und aus partiellen Veranstaltungsbesuchern einen Kreis von »Schülern« formen, welche dann die Ideen des IfS in ihrem jeweiligen Kontext vertreten.

In einem im Herbst 2010 erschienenen Sonderheft der Institutszeitschrift »Sezession« bilanziert der Institutsgründer Kubitschek die Arbeit des IfS als erfolgreichen Versuch, der »neu rechten« Ideenwelt einen Lernort und publizistischen Anker zu geben.

Aktion

Kubitschek drängte es jedoch nicht nur zum Wort, sondern auch zur Aktion. Gemeinsam mit Aktivisten aus dem Umfeld des Onlineportals »Blaue Narzisse« hob er 2008 die »Konservativ-Subversive Aktion« (ksa) aus der Taufe, die mit gezielten Provokationen das politische Establishment auf sich aufmerksam machen wollte. Doch nach einigen Aktionen wie der Störung einer Lesung von Günther Grass in Hamburg wurde es still um die Aktivisten. Innerhalb des rechten Spektrums gibt es durchaus Kritik an der als Stilisierung wahrgenommenen Selbstdarstellung des IfS unter der Verantwortung Kubitscheks. Der gab unterdessen 2009 die organisatorische Leitung des IfS an den Berliner Philosophen Erik Lehnert ab und widmet sich nun seinem dem IfS verbundenen Verlag »Edition Antaios« und der Herausgabe der Zeitschrift »Sezession«.

Reichweite ausgebaut

Inzwischen agiert das IfS innerhalb eines Netzes aus Onlineprojekten, rechten Kleinverlagen und Studentenverbindungen. Gemessen an dem im Jahr 2000 skizzierten Anspruch wird deutlich, dass das IfS heute eine wesentliche Stütze des »neu rechten« Milieus und ein Ort der Traditionsbildung der »Neuen Rechten« geworden ist. Eine dem Hamburger Institut vergleichbare Reichweite intellektueller Wortmeldungen hat das IfS jedoch nicht erreicht, wie nicht zuletzt der Verlauf der Sarrazin-Debatte zeigte. ■

Weltfremde Themen?!



^ Klaus Hornung und Daniel Krieger anno 2004

»Jung Weikersheim« diskutiert

»Jung Weikersheim«, die Jugendorganisation des »Studienzentrums Weikersheim«, lud am 16. Oktober 2010 zum Gespräch über die Frage »Welchen Staat braucht der Mensch?«. Die Resonanz war mäßig.

Von Oliver Rilling und Ralf Schwarzenberg

»Jung-Weikersheim« wurde vor sechs Jahren, am 9. Mai 2004, als Jugendorganisation des »Studienzentrums Weikersheim« (SZW) gegründet. Im Mai 2007 soll die Organisation nach eigener Angabe knapp 200 Mitglieder gezählt haben. Doch am 16. Oktober 2010, beim »7. Jung-Weikersheim-Seminar« mit der Fragestellung »Welchen Staat braucht der Mensch?« war davon wenig zu bemerken. Gerade einmal 30 Besucher fanden den Weg in die vornehmen Räume des »Württembergischen Automobilclubs e.V.« in Stuttgart. Von »jung« konnte dabei nur bedingt die Rede sein, denn der Jugendorganisation kann bis zum 35. (sic!) Lebensjahr beigetreten werden. Unter den Angereisten an jenem Samstag gehörten rund ein Drittel der älteren Weikersheim-Generation an – sie waren bereits jenseits der 35. Darunter auch »Prominenz«: Klaus Hornung aus Reutlingen (SZW-Beisitzer), der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. jur. Arnd Diringer aus Vaihingen/Enz (SZW-Beisitzer), Bernhard von Diemer (SZW-Präsident). Die jüngeren Teilnehmer waren bis auf eine Ausnahme ausschließlich Männer und sind beziehungsweise waren in der Regel in (ländlichen) Orts- und Kreisverbänden der »Jungen Union« aktiv – jedoch nicht auf höchster Ebene. Jung-Weikersheimer sind fast durchgängig Akademiker und sehr häufig auch Mitglieder einer Studentenverbindung. Prototypisch ist hier die Biografie des Jung-Weikersheim-Vorsitzenden Daniel Krieger (Jahrgang 1983), der die Eröffnungsansprache hielt. Krieger studiert in Tübingen Jura, ist Mitglied der »Straßburger Burschenschaft Arminia« (»Deutsche Burschenschaft«) und war aktives Mitglied der »Jungen Union Bottwartal«.

VEREINSVERBOT?

Am 7. September 2010 wurde 30 Wohnungen in Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin und Baden-Württemberg von Funktionären, Mitgliedern und Anhängern der neonazistischen »Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige« (HNG) durchsucht. In der Vereinszeitschrift wird vor einem Verbot in den nächsten Monaten gewarnt.

Drei deutschnationale Professoren

Als Vortragende traten am 16. Oktober 2010 mit dem Professoren-Trio Jost Bauch (s. DRR Nr. 124), Karl Albrecht Schachtschneider und Harald Seubert alte Bekannte aus dem rechtskonservativen / »neu-rechten« Milieu auf. Der Konstanzer Professor Dr. Jost Bauch war erstmals Referent auf einer Weikersheimer Veranstaltung, zuvor hatte er schon beim »Institut für Staatspolitik« und diversen Burschenschaften referiert. Der Verfassungsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider war bis 2006 Ordinarius für Öffentliches Recht, Dekan der »Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät« an der Universität Nürnberg. Als EU-Kritiker und -Experte stand er der sächsischen NPD-Fraktion im Januar 2005 ebenso zur Verfügung wie als Rechtsbeistand des CSU-Rechtsaußen Peter Gauweiler und des Nationalliberalen Manfred Brunner bei Klagen gegen die EU-Verträge. Mit Manfred Brunner verbindet ihn bis Ende 1994 sein Engagement in der rechtspopulistischen Kleinstpartei »Bund freier Bürger«, deren stellvertretender Bundesvorsitzender Schachtschneider zeitweilig war. Als Referent trat er auch bei Burschenschaften auf, bei der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« (SWG), bei der Querfront-Truppe »Volksinitiative gegen das internationale Finanzkapital« um Jürgen Elsässer oder in diesem Jahr bei der Jahresversammlung der xenophoben »Bürgerbewegung Pax Europa« Ende Mai 2010 in Mainz. Dr. Harald Seubert ist seit 2006 Ordinarius für Kulturphilosophie und Ideengeschichte des deutschen Sprachraums an der Universität Posen und außerdem Privatdozent an der Universität Bamberg. Dem SZW ist er als kooptierter Beisitzer und Nachfolger des verstorbenen Weikersheimer Hausphilosophen Günter Rohrmoser besonders verbunden. Seit 2010 ist Seubert auch Präsident des monarchistisch geprägten »Preußeninstituts«. Für die »Junge Freiheit« verfasste Seubert in der Vergangenheit wiederholt langatmige und seitenfüllende Artikel.

Aktuelle Einwürfe

Die Vorträge der Herren Professoren waren alle auf hohem Niveau und verlangten dem Publikum einiges ab, dabei entstand bei einigen Zuhörern auch der Eindruck von Weltabgewandtheit. So konnten die Referenten eher Applaus ernten, wenn sie Bezug zu aktuellen Themen nahmen – keiner der Redner kam am Thema »Stuttgart 21« vorbei. Dabei war auffällig, dass die Meinungen im Raum, wie die Proteste rund um den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs zu bewerten seien, weit auseinander lagen. Während sich die Jüngeren klar Pro-Stuttgart 21 positionierten, sahen Ältere wie Schachtschneider in den Protesten eine Erschütterung der Legitimität der Regierung, die zu begrüßen sei (»Da lacht das Herz!«). Das passte zu dem Vortragstitel »Res publica res populi: alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« von Schachtschneider, der im Gegensatz zu seinem Vorredner Bauch und dessen Staatsfixiertheit seine Hoffnung auf die Bewegung des Volkes setzte, natürlich im Sinne einer nationalistischen Mobilisierung. Auch ein weiteres Thema des aktuellen Zeitgeistes wurde wiederholt – am Rande – gestreift: der Islam. Muslime galten den Anwesenden als das Feindbild. Das Angstbild von der »Umvolkung« schwebte im Raum. Schachtschneider warnte sein Publikum: »Unser Land wird völlig verändert - islamisiert!«.

Ansonsten herrschte auf der Veranstaltung eher Katerstimmung. In den Gesprächen in den Pausen wurde von den Teilnehmern beklagt, wie gespalten und inaktiv die Konservativen im Land doch seien. Es wurde auch nach dem Sinn von Veranstaltungen wie dieser gefragt, in denen die immer gleichen Leute über weltfremde Themen diskutieren. ■

»Es muß nicht immer Ernst Jünger sein....«

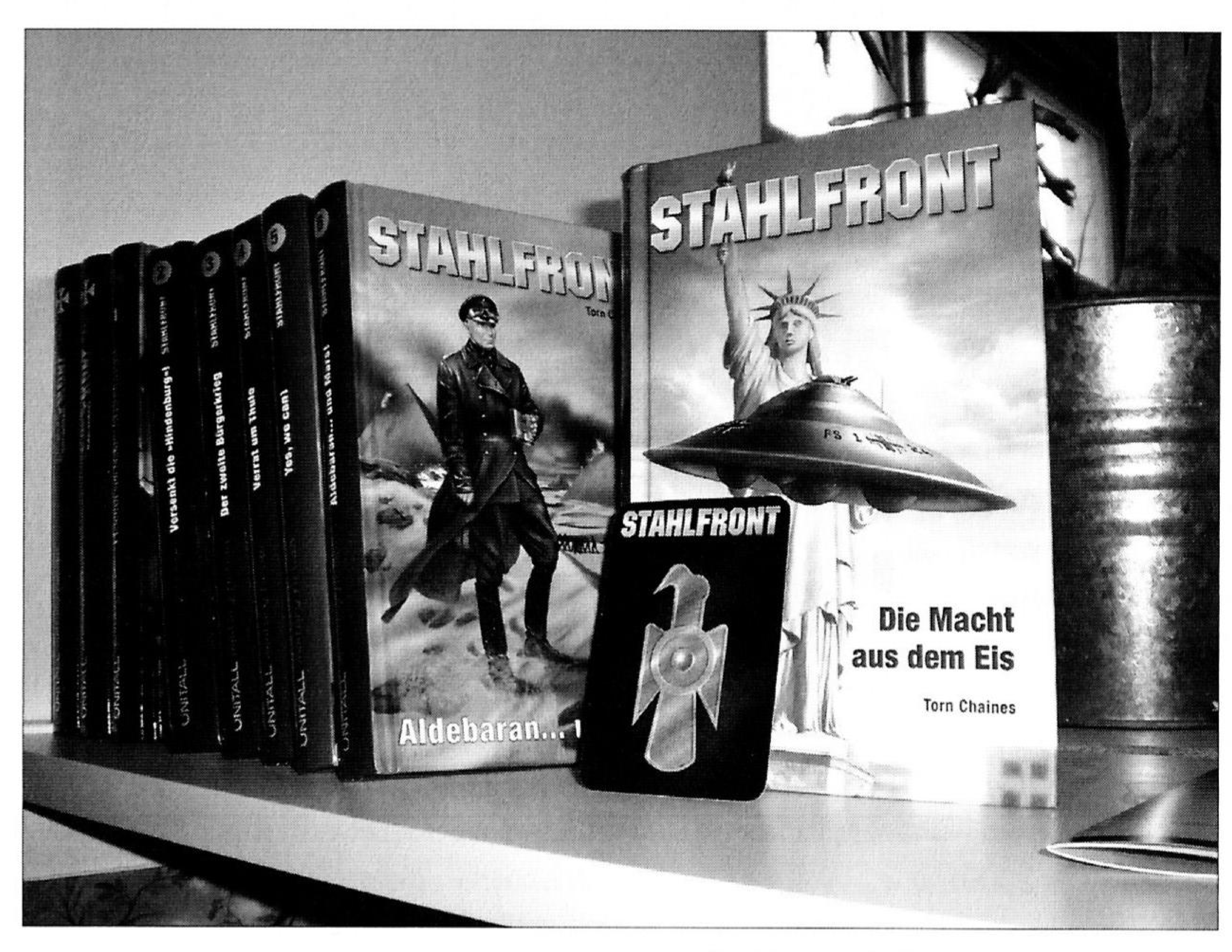
Rassismus, Sexismus, Faschismus in »literarischer« Form leben in der military-fiction Romanreihe »Stahlfront« auf – das Setting besteht aus einem Sammelsurium extrem rechter Verschwörungstheorien und eben solcher Gesellschaftskritik.

Von Eike Sanders (apabiz)

»... ich habe mich bis zum Ende durchgequält, musste zwischendurch immer wieder Pausen einlegen – um zu kotzen. Wenn auch nur im übertragenen Sinn. Das Machwerk ist ja nicht nur rassistisch und nazistisch, auch noch sexistisch und vor allem eins: Brunzdumm«, schreibt ein User im »RenDhark Fan-Board«. Tatsächlich: »Stahlfront berührt, provoziert, emotionalisiert und polarisiert«, so formuliert es Hansjoachim Bernt, der Geschäftsführer des Schweizer Verlages »Unitall«, der gleichzeitig als Geschäftsführer des deutschen HJB-Verlages die »Stahlfront«-Bücher in Deutschland vertreibt. »Stahlfront« ist eine military-fiction-Reihe, die in SciFi-Foren ebenso heiß diskutiert wird wie im neonazistischen »thiazi«-Forum. Dass dies freilich nicht am sprachlichen und schriftstellerischen Niveau dieser trivialen Romane liegt, sondern am politischen Gehalt der Fiktion, ist offensichtlich. Ein paar Wochen vor der Indizierung der ersten drei Bände durch die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien« im April 2009 gibt der Verleger »nach über 30.000 verkauften Stahlfront-Bänden in 15 Monaten« die Rechte an den »SF-Bestseller des Jahres 2007« frei. Eine Verbreitung findet durch download-Angebote weiterhin statt. Und noch sind die Stahlfront-Bände 4 bis 6 nicht indiziert und frei beispielsweise bei »amazon« erhältlich.

Der Plot

Der Plot der Geschichte, die in den Jahren 2010/2011 angesiedelt ist, ist schnell erzählt: Außerirdische Intelligenzen (»Aln«) wollen die Welt beherrschen und pflanzen Gehirnimplantate in Menschen – allein jene »arischen« Blutes sind dagegen immun, deswegen ist ein Ziel der Aln auch immer »rassische Durchmischung«. Die mit den Aln verbündeten USA führen im Interesse der Außerirdischen die Kriege durch – erst gegen Afghanistan, China, dann gegen die abtrünnigen Südstaaten und schließlich gegen das Reich Thule, das seit 1944 versteckt in der Antarktis existierte und nun ins Weltgeschehen eingreifen »muss«. Nachdem die »Arier« Thules die militärische Macht auf der Erde erlangt haben, erreichen sie dank alter NS-Technik und geheim gehaltener Technologie von guten Außerirdischen durch ein Wurmloch das Sternensystem Aldebaran, wo sie auch auf andere »Arier« treffen. Die Reihe endet damit, dass die Arier es schaffen, die Verbindung zwischen dem Mars als Sitz der bösen Aln und allen anderen Welten zu kappen – »der Anfang vom Ende der Fremdherrschaft über die Erde war eingeläutet«, heißt es gegen Ende von Band 6 mit dem Titel »Aldebaran... und Mars«.



^ »Stahlfront«-Reihe mit Sammelkärtchen

Nationalsozialistische und neue Mythen

In der »Stahlfront«-Reihe werden alle denkbaren alten NS-Mythen verarbeitet und Schlagworte gestreut, die seit Jahrzehnten kursieren, wobei die Geschichten dahinter oft nur ansatzweise bekannt sind: Thule, Neu-Schwabenland, Hohlwelt, Reichsflugscheiben, Haunebu, Vril, Aldebaran, Dritte Macht. Dies sind Geschichten für junge und alte Nazis, die nicht verkraftet haben, dass Deutschland tatsächlich den Krieg verloren hat. Dank solcher Mythen können sie sich in eine Welt versetzen, in der die SS ihre besten Männer und Wissenschaftler in die Antarktis evakuieren konnte und dort ein geheimes, perfektes deutsches Reich aufgebaut hat, das nur auf den günstigsten Zeitpunkt wartet, die armen BRD-Deutschen zu retten und die Weltherrschaft zu unser aller Bestem zu übernehmen. Derartige Mythen sind aus dem Spektrum der esoterischen Hitler- und UFO-Gläubigen bekannt. Auch die neuen Mythen, die aktuellen Verschwörungsideologien der esoterischen beziehungsweise extremen Rechten, werden in den Stahlfront-Romanen verbraten: Wettermanipulation (HAARP), 9/11 als selbst fingierter Anschlag und ein simplifizierendes Politikverständnis, in dem es nur so von geheimen Absprachen und Verträgen, geheimen Sondereinsatztruppen, Fädenziehern im Hintergrund und der akkumulierten Macht in Washington wimmelt.

Der irdische Schauplatz als Realitätsbezug

So weit, so abgedreht. Was diese Science Fiction-Reihe allerdings besonders macht, ist das geschlossene extrem rechte Weltbild, das hier neben den Nazi-Spinnereien vorzufinden ist. Jedes aktuelle Thema, das am Stammtisch von Bedeutung ist, wird verhandelt. Anders als Science-Fiction- oder Fantasy-Literatur, die in komplett fiktiven Welten und Zeiten spielt, bietet »Stahlfront« den direkten Anknüpfungspunkt an den Blick, den ein durchschnittlicher rechter Deutscher auf die eigene beschränkte Welt hat. Angesprochen wird antimuslimischer Rassismus genauso wie koloniale Rassenideologie, Antiziganismus und Antiamerikanismus, obszöner Sexismus ebenso wie Plädoyers gegen Frauenwahlrecht und Abtreibung. Homophobie und Transphobie durchziehen das Buch, demokratische Werte werden generell abgelehnt – und das alles anhand von Diskursen, wie sie in der extremen Rechten nach 1945 anzutreffen sind.

So ist die Geschichte um das Reich Thule als Ideal und damit als erstrebenswerte Utopie lediglich die Folie, auf der mit der heutigen BRD abgerechnet wird. In Thule wird die »rassisch« homogene Bevölkerung von einem Militär-Führer weise regiert, durch sozialdarwinistische Auslese wird technisch und gesellschaftlich »Übermenschliches« geleistet. Dagegen hebt sich der irdische Schauplatz und insbesondere die BRD des Jahres 2010/2011 als das Gegenteil negativ ab. Der Rahmen

der Fiktion bietet die Möglichkeit, tatsächliche aktuelle Stammtisch-Diskurse auszubreiten, ohne die wirkliche politische Lage differenziert betrachten zu müssen. An der »degenerierten«, »multikulturellen« und von Linken »demokratisch« beherrschten BRD können sich die guten Helden abarbeiten und beweisen. Es wird ein extrem rechtes Interpretationsangebot der Lebenswelt der LeserInnen geschaffen und gleichzeitig eine realpolitische Handlungsanweisung an sie gerichtet – Gewaltorgien gegen Nicht-Arier und Linke inklusive. Schon die erste Action-Szene des ersten Bandes (»Die Macht aus dem Eis«) beschreibt, wie der »Held« Magnus Wittmann von einer Gang türkischer Jugendlicher in Kreuzberg überfallen werden soll. Er kann sich allerdings alleine gegen die fünf »wehren«, wobei die »Selbstverteidigung« in der Kastration des Anführers ihren Höhepunkt findet: »Mit eigener Hand, nur leicht ›unterstützt‹ von der Wittmanns, rammte sich Kemal sein Messer bis zum Heft in die Geschlechtsteile [...] und mit einem unmenschlichen, tierhaft schrillen Schrei sank er zu Boden. [...] Und noch immer ragte der Knauf des Messers aus dem Leib wie die teuflische Karikatur eines erigierten Penis.«

Auffällig ist, dass in den Foren selten über die literarische Qualität der Romane oder ihren Unterhaltungswert gestritten, sondern meist offen zugegeben wird, wie wahnsinnig trivial und schlecht geschrieben die Bücher sind. Selbst die seitenlangen Beschreibungen der futuristischen Panzer, Flieger und Waffen, die das genre military fiction für kriegsgeile Jungs so interessant machen, bleiben relativ wenig kommentiert. Einzig die »Deutsche Militärzeitschrift« (DMZ) freut sich: »Stahlfront hat durchaus das Zeug dazu, auch Militaria-Freunde in seinen Bann zu ziehen. Allein der »technische Anhang«, in dem allerlei Waffensysteme des »Reiches Thule« erklärt werden, liest sich wie eine Auflistung phantastischer »Wunderwaffen« (Ausgabe 69, Mai/Juni 2009).

Fantasy = Faschismus?

Dass sich Fantasy und Science Fiction als Gattung für die »Verwurstung« von NS-Mythen und Verschwörungstheorien anbietet und hier leichter Verfängliches als unverfänglich publiziert werden kann, liegt auf der Hand. Sind NS-Inhalte und extrem rechte Ideologie in Roman-Form verpackt, besteht durchaus das Potenzial, ein Vielfaches der LeserInnenschaft zu erreichen, viel mehr als wenn diese Inhalte als politisches Pamphlet veröffentlicht würden. Die »Turner-Diaries« von William L. Pierce alias »Andrew Macdonald« (1978) und »Die Schwarze Sonne von Tashi Lhumpo« von Russel McCloud (1991) sind Beispiele für die Breitenwirkung, die extrem rechte (Science-) Fiktion erreichen kann – dennoch sind die Fälle von eindeutig faschistischen Romanen, die sich aus der Schmuddelecke bewegen konnten, an einer Hand abzuzählen.

Eine komplexere Frage ist, ob Fantasy beziehungsweise Science Fiction per se »faschistoid« sei. Neonazi Christian Worch, der selbst Fantasy-Geschichten schrieb, findet viele Anknüpfungspunkte zwischen faschistischer Ideologie und Fantasy-Literatur, lehnt aber eine Gleichsetzung und natürlich die Diskreditierung des ganzen Genres ab. Dennoch: Das übliche Szenario von verschiedenen »Völkern« oder BewohnerInnen unterschiedlicher Planeten, die im Konflikt zueinander stehen, ist eine große Spielwiese für völkisch-rassistische Konstruktionen, die Heldengeschichten und das Kriegssetting lassen militaristischen Männerfantasien viel Raum. Welten und Gesellschaftssysteme werden erfunden, ohne dass sie als politisches Programm für unsere Gesellschaft gelesen werden müssen. Sollte doch mal jemand nach der versteckten Botschaft fragen, um sie kritisieren zu können, kann immer geantwortet werden: »Das ist doch nur Fiktion und hat gar nichts mit dieser Welt zu tun.« Diese Haltung ist weit verbreitet und spätestens dann problematisch, wenn inhaltliche Diskussionen abgeblockt, der politische Gehalt von Fiktion geleugnet wird und KritikerInnen als »Spielverderber« und »Gutmenschen« diskreditiert werden – bis sie schließlich enttäuscht von der eigenen Szene die Diskussion verlassen. Ein Blick in die Foren – sowohl die eindeutig rechten als auch die sich unpolitisch gerierenden Sci-Fi-Foren – macht deutlich, dass eine Grenzziehung von politischer und unpolitischer Literatur im Falle von Science Fiction zwar anstrengend, aber notwendig ist.



Anti-PC-Haltung

Gerade die »Stahlfront«-Bücher bedienen das Gefühl, etwas Verruchtes zu lesen, etwas, das sonst nur heimlich gedacht und geträumt werden dürfe: »Ich habe alle 4 Bände der ›Stahlfront‹ Reihe in 2 Tagen ausgelesen. Linke Gutmenschen werden wohl einige Probleme mit dem Luftholen beim Lesen bekommen«, schreibt ein Rezensent auf »amazon«. Verlag und Autor bedienen fleißig das Image, hier etwas politisch Unkorrektes zu veröffentlichen: Stahlfront fällt bei dem Verlag in die Rubrik »Rebellen-SF« und der Mythos um den Autor mit dem albernen Pseudonym »Torn Chaines« (zerrissene/ gesprengte Ketten) – angeblich amerikanischer Universitätsprofessor, der aufgrund von »PC« für diese Bücher keinen Verlag in den USA bekam – war von Anfang an Teil dieses Konzeptes. So ist es kein Zufall, dass der Unitall-Verlag ursprünglich die Biografie von Thomas Brehl als »Dissidenten-Band« in seiner Rubrik »Verbotene Zone« veröffentlichen wollte – bis es ihm wohl doch zu heiß wurde, weil zu eindeutig neonazistisch. Brehl war es auch, der die »Stahlfront«-Reihe beim Web-Portal »altermedia« bewarb.

Dank der weit verbreiteten Anti-PC-Haltung können sich Neonazis nun freuen, dass jemand mal schreibt, was sie denken, um dann in ihren geschlossenen Foren über die historischen Ungereimtheiten und Schnitzer zu fachsimpeln. Die vordergründige Distanzierung des Verlages von Neonazis ist dann nur noch ein kleines Ärgernis. »Das Buch (oder die Reihe) ist ein angenehmer Zeitvertreib. [...] Und seien wir doch ehrlich: Einmal etwas Schlichtes zu lesen [...] ist doch auch nicht so übel. Es muss nicht immer Ernst Jünger sein...«, wird »Stahlfront« auf »altermedia« kommentiert.

Dass einer der aktivsten Werber für die Stahlfront-Bücher jedenfalls nicht »unpolitisch« ist, verwundert also kaum. Christoph Ott, Betreiber der Seiten »Sci-Fi-Kult« und »Projekt Nordmark« und Vertreiber von T-Shirts mit dem »Gotenadler« der »Thule-Truppen«, hat auch ein Musikprojekt namens »Darktone Haunebu«. Mit seiner inzwischen inaktiven Black Metal Band »Imperium Sacrum« bewegte er sich schon vor etlichen Jahren in politisch eindeutig rechts stehenden Szenen und nannte seine Lieder »Irminsul« oder »Volkstod«. Schon 2004 deutete er in einem Interview in dem extrem rechten NSBM-Fanzine »Blutvergiessen« verschwörerisch an, »der Deutsche Erfindergeist und seine Genialität habe so manches Gerät hervorgebracht [haben], wovon wir nichts wissen.« Heute heißen seine Lieder auf dem Demo »STU.KA«, »Wer Sturm sät...« oder »Haunebu rising!«. ■

Diskursive Spitzel

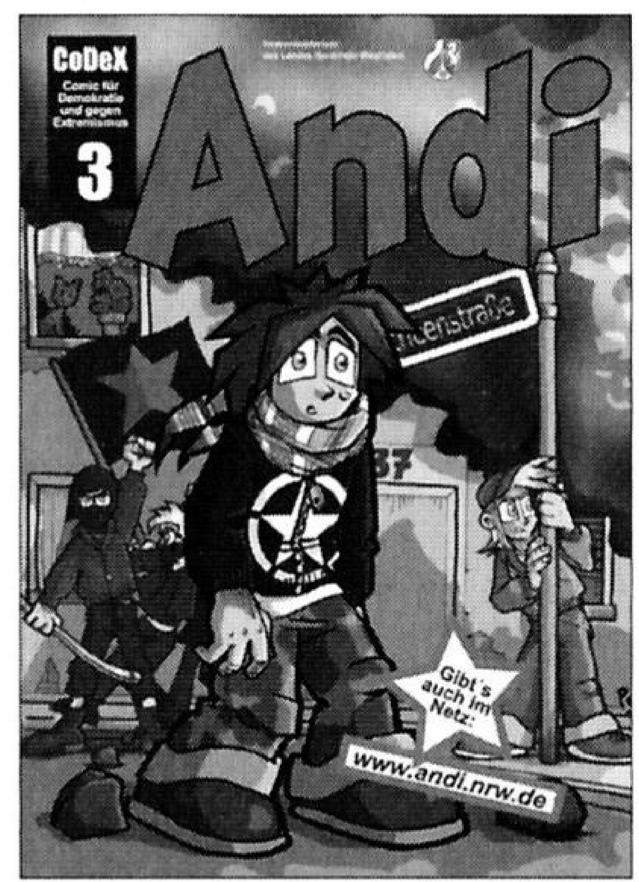
Bildungs- und Informationsarbeit gegen »Rechtsextremismus« soll dem Verfassungsschutz die Türen von Schulen, Bildungseinrichtungen, Jugendzentren und Medien noch weiter öffnen. Die Freunde der Extremismustheorie haben erkannt, dass sie mit dem Thema »Rechtsextremismus« und einer vermeintlichen Öffnung in die Gesellschaft punkten können.

Von Ernst Kovahl

Die Bildungsarbeit des Verfassungsschutzes treibt skurrile Blüten. »Rechtsextremisten und islamische Extremisten verlassen unter Protest den Saal. Sie haben es nicht geschafft, eine Mehrheit für ihr Projekt ›Heldengedenken im Dorf‹ zusammen zu bekommen. [...] Spöttisch rufen ihnen einige Demokraten hinterher: ›Tschüss!‹.« Dieses arg konstruierte Szenario stammt aus der Beschreibung des Planspiels »Demokratie und Extremismus« des Brandenburger »Landesamtes für Verfassungsschutz« durch den ehemaligen Verfassungs-Schutzmitarbeiter und heutigen Professor an der Fachhochschule Bielefeld Jonas Grutzpalk in dem jüngst erschienenen Buch »Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft«. Das Planspiel für Schüler lehnt sich an die Auseinandersetzung um Naziaufmärsche am Soldatenfriedhof Halbe an. Neben den »Extremisten« von Rechts, denen es um die Verherrlichung der Wehrmachtssoldaten geht, wollen in dem Spiel auch islamistische »Extremisten« in den Ort kommen, um gefallener Sowjetsoldaten islamischen Glaubens zu gedenken und sie zu »Vorkämpfern des Dschihad« zu machen. Selbstverständlich darf da auch ein »linksextremistisches Aktionsbündnis« nicht fehlen, das im Ort »aufmarschiert«. Ein idyllisches Dorf aus »Demokraten« fällt unverschuldet in die Hände von »Extremisten« jeglicher Couleur. Da kann nun nur noch der Verfassungsschutz helfen...

Das jüngst erschienene Buch »Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutz« wurde von dem Verfassungsschutz-Mitarbeiter Thomas Grumke und dem ehemaligen Geheimdienstler Armin Pfahl-Traughber im sozialwissenschaftlich orientierten »Verlag Barbara Budrich« herausgegeben und soll einen Wandel in den Verfassungsschutzämtern beschleunigen. Denn die »Schlapphüte« stehen vor Problemen. Zum einen entfiel nach der Transformation der realsozialistischen Staaten seit 1989/90, dem Zusammenbruch der radikalen Linken sowie der Auflösung militanter Gruppen der Linken in der Bundesrepublik für den Verfassungsschutz die bis dahin wichtigste Aufgabe, nämlich der antikommunistisch motivierte Kampf gegen Links. Neuorientierung war und ist also angesagt, wie die Herausgeber im Vorwort betonen. Zum anderen entstanden mit dem erstarkenden Neonazismus und dem islamistischen Terror zwei neue Aufgabenfelder, denen die »Schlapphüte« offenbar bis heute in Teilen nicht gewachsen sind.





∧ »Andi«: Mal bei »Rechtsextremisten«, mal bei »Linksextremisten«

Die Bearbeitung des Themas »Rechtsextremismus« ist für den Verfassungsschutz zwar methodisch und technisch einfacher als das Thema »Islamismus«, allerdings zeigten sich auch hier schnell die Grenzen der verbeamteten Spitzel. So führten beispielsweise die vom Verfassungsschutz in der NPD platzierten V-Leute zum Scheitern des Verbotsverfahrens. Der Öffentlichkeit und auch weiten Teilen der Politik war dies nur schwer zu erklären. Erneut musste das Amt um seinen Ruf und seine Legitimität fürchten. Erschwerend kam hinzu, dass die zunehmend professionalisierte Arbeit von »Mobilen Beratungen« gegen Rechts, Antifa-JournalistInnen sowie antifaschistischen Archiven und Initiativen dem Verfassungsschutz das Wasser abgrub. Journalisten wandten sich oftmals gar nicht mehr an das Amt, um Informationen über die extreme Rechte zu erhalten. Denn immer wieder konnte oder wollte das Amt nichts sagen. Und in parlamentarischen Anfragen und Gremien wurde immer wieder die Unkenntnis der Verfassungsschützer offenbar.

Diesem Dilemma wollen nun Grumke und Pfahl-Traughber zu Leibe rücken. Sie fordern in ihrem Buch eine grundlegende Neuorientierung des Spitzelwesens, da die »Brechung des Juristenmonopols« und der starken Stellung der Verwaltungsbeamten im Verfassungsschutz und die Ergänzung durch Sozialwissenschaftler und Journalisten notwendig sei. Dadurch würde es möglich, das bloße Sammeln und Auflisten von Ereignissen durch sozialwissenschaftliche Methoden zu ergänzen, um eine »erhöhte Analysekompetenz« zu erreichen. Mit einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit könnten diese Erkenntnisse dann in alle Richtungen gestreut werden, »um so in der diskursiven Auseinandersetzung um den Extremismus in einer offenen Gesellschaft präsent zu sein« und die Rolle des Verfassungsschutzes zu stärken. Eine »diskursive Form« der Arbeit ist das Ziel.

Zielgruppe müssten vor allem Schüler, Auszubildende und Jugendliche sein. Die Erwachsenenbildung sei zweitrangig, heißt es. In Schulen, Jugendzentren oder bei Lehrerfortbildungen müsse der Verfassungsschutz mit »präventiver« Arbeit gegen »Extremismus« zielgruppenorientiert ansetzen. Planspiele statt Frontalunterricht, DVDs, Ausstellungen, Jugendkongresse oder die »Andi-Comics« gegen »Rechtsextremisten« (Band 1), »Islamisten« (Band 2) und »Linksextremisten« (Band 3) des Verfassungsschutzes aus Nordrhein-Westfalen seien die richtigen Instrumente. Sie würden erfolgreich in der Bildungsarbeit eingesetzt.

Zwar legen die Autoren im Buch ihren Schwerpunkt eindeutig auf die Arbeit gegen »Rechtsextremismus«. Doch die Grundlage ihrer Ausführungen ist – sie sagen es ehrlich – die unwissenschaftliche und interessengeleitete »Extremismus-Theorie« aus der Schule der rechtskonservativen Politikwissenschaftler Eckhard Jesse und Uwe Backes. Zudem vermischen die Autoren des Bandes gern die »Extremismen«. Hier Nazis, da Islamisten und dort ein paar »Linksextremisten« - irgendwie nutzen doch alle dieselben Methoden und ähneln sich. Auf dieser Grundlage können die neuen Methoden der Wissensbeschaffung, der Analyse, des Lehrens und der Vermittlung durch Sozialwissenschaftler und Journalisten jederzeit auch gegen Linke und Antifas gewendet werden. Grundlegend anders ist diese neue Form der Arbeit nicht, sie ist nur zeitgemäßer.

Im Buch offenbaren sich das technokratische Denken der Verfassungsschützer und ihr autoritärer Begriff von Staat und Gesellschaft. Die Spitzel wähnen sich als politische Lehrmeister der Menschen. Es müsse dem Verfassungsschutz gelingen, »den Souverän gegenüber politisch motivierten extremistischen Bestrebungen zu immunisieren«, schreibt Hans-Jürgen Doll, Leiter der Schule für Verfassungsschutz. Sein Verständnis von der Rolle des »Souveräns« entstammt

offenbar noch aus dem 19. Jahrhundert, als der Kaiser seinen dummen Untertanen die Welt erklärte.

Für eine antifaschistische Bewegung kann die unkontrollierbare und undemokratische Institution Verfassungsschutz kein Partner sein. Die Extremismustheorie als Grundlage richtet sich – auch wenn es Grumke und Pfahl-Traughber zu verbergen suchen – auch gegen Linke und AntifaschistInnen. Der Verfassungsschutz darf daher in der Bildung, bei Recherchen und in unseren Medien keinen Platz haben. ■

»Wer vermag das zu bewerten«

Ladislaus Löb über Auschwitz und Rezsö Kasztner

In Ungarn war 1944 Ladislaus Löbs Schicksal besiegelt: Auschwitz. Er konnte überleben. Nun hat der emeritierte Professor für Deutsche Sprache an der Universität von Sussex seine Geschichte veröffentlicht. Eine Geschichte, die eng mit Rezsö Kasztner verwoben ist, der Löb und weitere 1.670 Menschen rettete. Bis heute ist Kasztner jedoch in der israelischen Öffentlichkeit umstritten. Für DERRECHTERAND sprach Andreas Speit mit ihm.

DRR: Im Ghetto von Klausenburg begann ihre Flucht. Ihr Vater glaubte den Versprechen der Nationalsozialisten von einer Umsiedelung nicht?

LL: Binnen zwei Wochen wurden im Mai 1944 an die 18.000 Juden in eine stillgelegte Ziegelfabrik eingesperrt. Gerüchte von Arbeitseinsätzen und Umsiedlungen kursierten. Mein Vater war da misstrauischer. Während des 1. Weltkriegs wurde er als ungarischer Soldat am Knie verletzt und so zum 50-prozentigen Invaliden. In Ahnung, dass das hier nicht gut geht, »setzte« er in einer Urkunde seine Invalidität auf 75 Prozent hoch, damit er nach dem Judengesetz von 1938 nicht mehr als Jude galt. Ohne den Stern konnte er sich frei bewegen, um die Flucht nach Budapest vorzubereiten.

DRR: In Ihrer Erinnerung als 11-jähriger Junge erscheint das Ghetto als »Abenteuer«?

LL: Das Ghetto war ein Ausnahmezustand: Die Schule war vorzeitig zu Ende, auf dem Gelände konnten wir Kinder spielen, die Eltern schickten einen nicht ins Bett. Die eigene Angst konnte bei den kindlichen Abenteuern mal verschwinden. Aber wir spürten die seelischen und körperlichen Belastungen der Erwachsenen und erlebten Not und Tod. Heute weiß ich, dass fast das gesamte Ghetto nach Auschwitz deportiert wurde.

DRR: In Budapest konnte Ihr Vater Kontakt zu der »Kasztner Gruppe« bekommen, die mit der SS, mit Adolf Eichmann und Kurt Becher um ...

LL: ... Geld für jüdisches Leben verhandelte. Über Monate feilschte Kasztner auf eine zweifelhafte Art mit Eichmann und Becher. Immer wieder wagte er sich zu ihnen hin ohne wirklich Geld in den Taschen. Andere des Rettungskomitees versuchten derweil Geld zu bekommen. Letztendlich schaffte Kasztner es, mit den »Herren« das Lösegeld auf 1.000 Dollar pro Person festzulegen. Das erscheint nicht ganz so heroisch wie der Aufstand im Wahrschauer Ghetto, aber durch die Geschäfte mit diesen Teufeln wurden über 1.670 Leben gerettet. Die ganz genaue Zahl derer, die durch diesen Poker mit einem Zug über einen »Aufenthalt« im Lager Bergen-Belsen in die Schweiz kamen, lässt sich nicht mehr genau eruieren.

DRR: In Bergen-Belsen wurden sie als »privilegierte« Gruppe behandelt?

LL: Am 9. Juni 1944 erreichten wir Bergen-Belsen. Als wir im Lager ankamen, war das ein Schock. All die Menschen hinter den Stacheldrahtzäunen, ausgemergelt und entwürdigt. In solch einer Situation denkt man allerdings gar nicht an die anderen. Uns blieben die Misshandlungen erspart, wir waren aber auch in überfüllten Baracken eingesperrt, mussten stundenlange Zählappelle durchstehen, Hunger leiden, Krankheiten und Ängste breiteten sich aus. Aber ich möchte nicht missverstanden werden: Wir waren die Privilegiertesten im Lager. Später in Israel wurden wir gehasst.

DRR: Ein »Hass«, der zu einem Prozess um Kasztners »Machenschaften« führte?

LL: Machenschaften, ja dieses Wort passt zu den Vorwürfen. 1954 begann der Prozess vor dem Bezirksgericht Jerusalem, in dem Kasztner vorgeworfen wurde, mit den Nazis kollaboriert, indirekt Mord an jüdischen Menschen mit ermöglicht und einen Kriegsverbrecher gerettet zu haben. Letztlich wurde ihm zum Verhängnis, dass er für Becher eine wohlwollende Erklärung abgegeben hatte.

DRR: Und die Älteren aus der Gruppe?

LL: Sie hatten Angst. Das Verfahren zwang Israel zum ersten Mal sich öffentlich mit den Auswirkungen des Holocaust auf uns selbst auseinander zusetzen. Und das in einer Zeit, wo in der israelischen Gesellschaft massiv Konflikte bestanden zwischen den Juden, die sich vor dem Krieg schon in Palästina niedergelassen hatten und den Überlebenden aus Europa, die kaum mit dem Verlust der Familie und dem eigenen Überleben fertig wurden. Ihnen wurde vorgehalten, sich »wie Lämmer zur Schlachtbank« haben führen zu lassen. Uns gar, freigekauft worden zu sein. In dieser Atmosphäre konnte das Gericht der damaligen komplexen Situation kaum gerecht werden. Die Umstände waren außergewöhnlich und Kasztners Reaktionen waren es ebenfalls. Wer vermag das später moralisch zu bewerten?

DRR: Die Richter berücksichtigten die Zeit ... zu spät?

LL: Ja, 1958 erklärten in einem Berufungsverfahren die Richter des Obersten Gerichtshof in Jerusalem, dass angesichts der einmaligen Verhältnisse Kasztners Handlungen nicht nach den absoluten Maßnahmen normaler Zeit beurteilt werden können. Das Eingestehen eines Justizirrtums erlebte Kasztner aber nicht mehr. Am 3. März 1957 hatte Zeev Eckstein ihn vor seiner Wohnung niedergeschossen. Acht Tage später starb Kasztner.

DRR: Haben sich die Ungarn ihrer Geschichte gestellt?

LL: Nein! In den 1920er Jahren dominierten schon in der ungarischen Politik chauvinistische und antisemitische Einstellungen. Schon als kleines Kind schimpften Nachbarn mich »Stinkjude«. Große Überredungskünste brauchten die Nazis also nicht. Diese Nichtaufarbeitung dürfte mit ein Grund sein, dass die Ungarn wieder ganz chauvinistische Parteien wählen, wieder Juden und Sinti und Roma angegriffen werden.

DRR: Warum haben Sie ihr Buch erst jetzt geschrieben?

LL: Das weiß ich nicht. Ich wollte nicht eine Ausnahme sein. Ich wollte sein wie die anderen. Das war natürlich ein Fehler.

DRR: Auch wegen Kasztner?

LL: Er hätte etwas Besseres verdient als einen Justizirrtum und eine Kugel. ■

Ladislaus Löb: Geschäft mit dem Teufel. Böhlau Verlag: Köln, 2010, 308 Seiten, 24,90 Euro.

Mogelpackung »Die Umwelt«

Eine Zeitschrift zwischen FPÖ und NPD

Die 1972 gegründete Zeitschrift »Die Umwelt« wird von der Wiener Alt-Nationalsozialistin Hemma Tiffner mehr oder minder in Eigenregie hergestellt. Angesichts des Fehlens einer ökologischen Schwerpunktsetzung ist der Titel jedoch Etikettenschwindel.

Von Heribert Schiedel

Anstatt mit Umweltschutzfragen beschäftigt sich Hemma Tiffner in »Die Umwelt« vor allem mit der Lage der »Deutschen« und der katholischen Kirche, die sie beide massiver jüdischer Bedrohung ausgesetzt sieht. Tatsächlich stellt der Antisemitismus in all seinen Facetten die Blattlinie der lange vierteljährlich und heute nur mehr unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift dar. Dementsprechend findet sich Tiffner auch unter der aufgrund altersbedingter Ausfälle immer kleiner werdenden Schar Unentwegter, die alljährlich am zweiten Sonntag im Juli zum »Judenstein« ins Tiroler Rinn pilgert und dort einem angeblichen jüdischen Ritualmordopfer (»Anderl«) gedenkt. Derartige Verehrung genießt in der »Umwelt« ansonsten nur Adolf Hitler, dessen lyrische Gehversuche wiederholt nachgedruckt wurden. Manchmal lässt Tiffner auch andere zur Würdigung antreten, etwa Heinrich Annacker, der sich in Ausgabe 3/2008 wie folgt äußert: »So laßt uns denn in freudigem Vertrauen zu Werke gehen, wie uns der Führer heißt; Und laßt uns gläubig in die Zukunft schauen, Denn jene, die einst unser Blut durchkreist, Sie werden nach uns rastlos weiterbauen, Im Bau verkündend Adolf Hitlers Geist!«

Bisher ungestraft

Dennoch wurde Tiffner bis dato nicht nach dem Verbotsgesetz belangt. Zuletzt wurde sie 2008 angezeigt, nachdem sie zuerst den 70. Jahrestag des »Anschlusses« Österreichs auf ihre Art begangen und unverhohlen ihre »Freude« darüber artikuliert hatte (Ausgabe 1/2008). Ein Heft später ließ Tiffner die Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden gutheißen. Daneben fand sich eine offene NS-Apologie des 2000 verstorbenen engen »Anderl«-Mitstreiters Maximilian Baumgartner (»Volksbewegung für sittliche und soziale Erneuerung«), der behauptete, die »Juden« hätten den »größte(n) Völkermord« des 20. Jahrhundert auf dem Gewissen. Der pro-nazistische Text gipfelt in der Behauptung, »nicht Hitler und die Deutschen, sondern die kriegstreibenden freimaurerischen Staatsmänner der Alliierten und die dahinter stehende jüdische Hochfinanz hätten den Krieg geplant und provoziert« (Ausgabe 2/2008).

Bereits 2000 wurde eine Anzeige gegen Tiffner wegen des Verdachtes des Gutheißens von strafbaren Handlungen von der Staatsanwaltschaft ad acta gelegt: Damals hieß es in der »Umwelt« über den antisemitisch motivierten Bombenanschlag in Düsseldorf, dieser hätte sich gegen »Eindringlinge aus Russland« gerichtet, wobei die »meisten Opfer [...] Angehörige einer Minderheit seien , die in der ganzen europäisierten Welt einflußreiche Positionen besetzt hält«. Über rassistische Gewalttaten war dort zu lesen, die Täter würden »von ihrem Notwehrrecht Gebrauch machen oder zum Schutz des Deutschen Volkes ausländische Drogenhändler von den Straßen treiben« (Ausgabe 5/2000).

Von ausgebliebener Strafverfolgung offenbar ermutigt, begrüßte Tiffner die Anschläge vom 11. September 2001 als eine späte Rache für die »zweimalige(n) Niederschlagung unserer Heimat«. Sie hätte bewirkt, »dass die unserem Volk auferlegte Ohnmacht nicht mehr so unendlich schwer auf uns lastet«. Aber auch ein göttlicher Plan könnte hinter dem islamistisch motivierten Massenmord liegen: »Wer sprach nicht selten hinter vorgehaltener Hand die Worte: ›Endlich lässt der Herr unser Volk wissen, dass er es nicht vergessen hat.‹« (Ausgabe 5-6/2001)

Zwei Jahre zuvor hatte die »Umwelt«-Herausgeberin ihren Gewaltphantasien noch in Form einer Verneinung freien Lauf gelassen: »Lieber Gott, lasse keinen unschuldigen Juden, Zigeuner, Angehörige eines mächtigen Politikers, wissend Lügen kolportierenden Journalisten und Historiker oder sonst ein unschuldiges Geschöpf die Rache der mit Schmach und Leid aufgeheizten Landsknechte zu spüren bekommen« (Ausgabe 5-6/1998).

Perfekt vernetzt

Tiffner, von der Grazer Monatszeitschrift »Die Aula« als »Doyenne des nationalen Lagers in Österreich« bezeichnet, verfügt über beste Kontakte ins Neonazimilieu: Ihr Name fand sich Anfang der 1990er Jahre im beschlagnahmten Adressbuch von Franz Radl junior, bis heute einer der Führungskader in der österreichischen Szene. Enge Kontakte bestehen daneben zur »Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik« (AFP), die Tiffner auch mit ihrem »Verdienstabzeichen für Volk und Heimat« auszeichnete. Zudem findet sich AFP-Führungskader Herminio Redondo unter den »Umwelt«-AutorInnen. Im Sommer 2008 war Tiffner unter den TeilnehmerInnen einer Solidaritätsdemonstration für den neonazistischen »Bund Freier Jugend« (BFJ) in Wels, dessen Führungskader damals gerade vor Gericht standen. Aber auch zum legalen Flügel der Völkischen, der FPÖ, hält Tiffner engen Kontakt, insbesondere seit Heinz Christian Strache die Partei wieder auf strammen Rechtskurs führt. 2004 kommentierte sie die Wahl Straches zum Wiener FPÖ-Obmann mit einem Aufkeimen von »Hoffnung«: Mit dem »sympathischen Jungpolitiker Strache« sei nun eine »Generation« an die FPÖ-Spitze gelangt, die »unbeirrt ihren nationalen Weg« beschreite. Schließlich wünschte Tiffner dem neuen Idol »Heinz (= Heimatbewusst, einfallsreich, idealistisch, national, zielstrebig)« viel Glück (Ausgabe 1-2/2004). In Deutschland tritt Tiffner vor allem bei der NPD in Erscheinung: 2000 war sie etwa einer der »Ehrengäste« beim »Zweiten Tag des nationalen Widerstandes« in Passau, zuletzt wurde sie im Januar 2009 von Holger Apfel am »Neujahrsempfang« in Dresden begrüßt. ■

Déjà-vu!

FPÖ wieder auf Niveau der 1990er Jahre

Déjà-vu! Die Wiener Landtagswahlen vom 10. Oktober 2010 haben die FPÖ auf das Niveau ihrer Allzeit-Bestmarken in Wien (1996) und im Bund (1999) zurückkatapultiert. Damit scheint sich die Geschichte zu wiederholen – auch hinsichtlich der Ratlosigkeit der Parteien der »Mitte«.

Von Markus Schachner





^ Strache (oben) und Gudenus bei Veranstaltungen von Pro NRW in Deutschland

26 Prozent der Stimmen erzielte die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) bei den Wiener Landtagswahlen am 10. Oktober 2010. Das Ergebnis führt zu einem Mandatszuwachs von 13 auf 27 – diesen Erdrutsch hatte keine Umfrage vorausgesehen, obwohl Zugewinne als gewiss galten. Seit einigen Jahren feiert die FPÖ ein erfolgreiches politisches Comeback, nachdem sie – mit der Ausnahme Kärntens – bei sämtlichen Wahlen zwischen 2000 und 2005 »abgestürzt« war, darunter auch bei der letzten Wiener Wahl vor fünf Jahren. Der Eintritt in die Bundesregierung im Jahr 2000 sowie ihr peinliches Auftreten dort hatten den gelernten Oppositionsrecken stark zugesetzt. Hinzu kam, dass sich der FPÖ-Übervater Jörg Haider mit seinem »Bündnis Zukunft Österreich« (BZÖ) und der gesamten Regierungsriege abspaltete. Doch diese erzielte bei der Wahl nun gerade einmal noch 1,3 Prozent und bleibt damit außerhalb des Nationalrats bedeutungslos.

Mit dieser Rückkehr zu den Verhältnissen von Ende der 1990er Jahre, dem Zenith der Ära Haider, haben sich sämtliche Prophezeiungen als falsch erwiesen, wonach die FPÖ in der Regierung vom konservativen Koalitionspartner nachhaltig »entzaubert« worden sei. Weder die desaströse Vorstellung in Regierungsverantwortung, noch selbstzerstörerische Flügelkämpfe bis hin zur Parteispaltung, noch die mediale Wahrnehmung von Heinz-Christian Strache als bemühter, aber intellektuell allzu leichtgewichtiger Haider-Imitator haben die Massentauglichkeit der freiheitlichen Agenda gemindert.

Bewährtes Personal, bewährte Methoden

Eine etwaige Mäßigung der FPÖ fällt zur Erklärung der neuerlichen Erfolge aus. Dies zeigt sich schon an den KandidatInnenlisten für die Wienwahl, auf denen sich unter einigen hundert Namen um die 60 Angehörige völkischer Studentenverbindungen fanden – sowie auch der eine oder andere bereits neonazistisch auffällig gewordene Kandidat. Die Wiener Landesgruppe ist wie kaum eine andere fest in den Händen der »Alten Herren«. So wies die Landtagsfraktion schon in der nun zu Ende gegangenen Periode einen Korporiertenanteil von rund 70 Prozent auf (9 von 13 Abgeordneten). Als neuen Klubobmann hat Strache, der selbst im Nationalrat verbleibt, bereits seinen Bundesbruder in der pennalen Burschenschaft »Vandalia«, Johann Gudenus, designiert.

Auch die freiheitliche Agitation hat unter Strache gegenüber der späten Haider-Ära eher noch an Schärfe zugelegt, wobei eine Verschiebung der Feindbilder feststellbar ist. Hatte die FPÖ der 1990er Jahre noch allgemein gegen »Überfremdung« sowie insbesondere »Asylanten« und »schwarzafrikanische Drogendealer« scharf gemacht, steht seit einigen Jahren der Islam im Zentrum der Propaganda. »Daham (Zuhause, Anm.) statt Islam« hatte die FPÖ schon im Nationalratswahlkampf 2006 gereimt. 2009 legte sie zur EU-Wahl mit »Abendland in Christenhand« nach. Nun feierte das »Freie Frauen statt Kopftuchzwang«-Sujet von 2005 ein Comeback. Insgesamt stellte die FPÖ den Wahlkampf unter das Motto »Duell um Wien« und Strache als einzig ernstzunehmenden Herausforderer des SPÖ-Bürgermeisters Michael Häupl dar. Die Zugewinne fielen denn auch in einigen traditionell »roten« ArbeiterInnenbezirken (und unter jungen Männern) am stärksten aus.

Die Segnungen des Wettbewerbs

KommentatorInnen zeigten sich darin einig, dass die Virulenz des »Ausländerthemas« die Wahl entschieden habe. Sie übernahmen zu einem guten Teil die Darstellung der FPÖ, wonach diese als einzige – wenn auch in »hetzerischer« Weise – die »wahren Sorgen« der autochthonen Bevölkerung angesprochen habe. Der Politologe Anton Pelinka analysierte im österreichischen Fernsehen etwas erhellender, indem er feststellete, das Proletariat von gestern sei zum Kleinbürgertum von heute geworden. Wie letzteres in den 1920er Jahren sich aus Furcht vor sozialem Abstieg und dem zur Macht im Staat drängenden Proletariat dem Faschismus zugewandt habe, so optierten heute die zu prekärem Wohlstand gekommenen ArbeiterInnen in Konfrontation mit der als Konkurrenz wahrgenommenen neuen Unterklasse – den MigrantInnen – für die extreme Rechte.

Die unmittelbaren Auswirkungen des Wiener Wahlergebnisses sind trotz der großen Stimmenverschiebungen überschaubar. Da – für Österreich durchaus untypisch – keine der im Landtag vertretenen Parteien mit ihr koalieren will, wird die FPÖ in Opposition verbleiben. Die SPÖ, die ihre absolute Mandatsmehrheit einbüßte, wird voraussichtlich – wie bereits im Bund – eine Zusammenarbeit mit der konservativen ÖVP eingehen, da die Grünen als zu mühsam gelten.

Lernfähige Mitte

Auf bundespolitischer Ebene werden die Zugewinne der FPÖ von den Regierungsparteien augenscheinlich als Auftrag interpretiert, die »Sorgen der Menschen ernst zu nehmen«, das heißt, das »Ausländerproblem« zum Zentrum ihres politischen Handelns zu machen und damit die Themenvorgabe der FPÖ bereitwillig aufzunehmen. Die schon in den 1990er Jahren geübte Praxis der Verurteilung der freiheitlichen Rhetorik bei gleichzeitiger Umsetzung freiheitlicher Forderungen dürfte eine weitere Renaissance erleben, und sich wie damals als kontraproduktiv erweisen, da sie letztlich die extrem rechten Interpretationen gesellschaftlicher Realitäten ratifiziert.

Die FPÖ strotzt ihrerseits vor Selbstbewusstsein und sieht ihrem Aufstieg keine Grenzen gesetzt – manche Umfrage sieht sie schon im Kampf um Platz 1 bundesweit. Da Strache nach seinem Wiener Triumph fester denn je im Sattel sitzt und somit auch der potentiell bedrohlichste Gegner der Partei – sie selbst – vorläufig wegfällt, vermag man diesem Befund aus derzeitiger Sicht schwer zu widersprechen. ■

Wahlerfolg für Schwedens Rechte

Die extrem rechten »Schwedendemokraten« sind bei den Wahlen am 19. September 2010 zum ersten Mal in das schwedische Landesparlament eingezogen. Mit 5,7 Prozent der Wählerstimmen haben sie künftig 20 Sitze im Reichstag. Der Wahlerfolg der extrem Rechten hat die politische Landschaft des Landes aufgewühlt.

Von Daniel Poohl (Expo)

Wenige Stunden nach der Bekanntgabe des Wahlerfolges der »Sverigedemokraterna« (SD; »Schwedendemokraten«) am 19. September 2010 demonstrierten bereits Zehntausende auf den Straßen Stockholms, Göteborgs und Malmös gegen die rassistische Partei. Weder die bisher regierende Mitte-Rechts-Koalition noch die Opposition aus Sozialdemokraten, Grünen und Linken verfügt nach der Wahl über eine absolute Mehrheit, um eine stabile Regierung bilden zu können. Die amtierende Mitte-Rechts-Koalition wird geführt vom Parteivorsitzenden der konservativen Partei »Moderata samlingspartiet« (»Die gemäßigte Sammlungspartei«) Frederik Reinfeldt. Das Bündnis konnte insgesamt 172 der 349 vorhandenen Sitze im Reichstag für sich gewinnen. Ihnen gegenüber steht das Bündnis aus Grünen, Sozialdemokraten und Linken mit 157 Sitzen. Die »Socialdemokraterna« (»Sveriges socialdemokratiska arbetareparti«, dt. »Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens«) erzielten bei dieser Wahl im Übrigen ihr schlechtestes Ergebnis seit 1914. Die SD haben beiden Koalitionen Wählerstimmen abgenommen. Ihren Wahlkampf hatte die Partei auf den Themen Islamophobie, Hetze gegen MigrantInnen und eine Anti-EU Politik aufgebaut. Parteivorsitzender ist der 31-jährige Jimmie Åkesson, ein Mann mit dem Charme eines Versicherungskaufmanns. Dieser kündigte nach der Wahl – mit Blick auf eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Mitte-Rechts-Bündnis – an: »Wir werden Verantwortung übernehmen!«

Für seine Partei ist das Wahlergebnis ein riesiger Erfolg. Seit der Gründung 1988 streben die »Schwedendemokraten« nach den Schalthebeln der Macht und bemühen sich um öffentliche Fördermittel. Obwohl sie bei den Reichstagswahlen 2006 an der 4-Prozent-Hürde gescheitert waren, konnten sie bei den gleichzeitigen Gemeindewahlen 286 kommunale Mandate in 145 schwedischen Gemeinden erringen. Ihren Erfolg bauen die SD von unten auf. Und das, obwohl die Monate vor der Wahl gekennzeichnet waren von Skandalen und Veröffentlichungen über bestehende Verbindungen zwischen den SD und der neonazistischen Bewegung. Nichtsdestotrotz machten mehr Menschen denn je ihr Kreuz bei den extrem Rechten. Mit 330.000 Wählerstimmen konnte die Partei ihr Wahlergebnis fast verdoppeln. Bei der letzten Wahl im Jahr 2006 hatten 167.000 BürgerInnen für die Partei gestimmt.



^ Jimmie Åkesson

Zunehmende Fremdenfeindlichkeit

Über 14 Prozent der 9,4 Millionen Schweden sind ImmigrantInnen, die meisten aus Finnland und anderen EU-Staaten. Doch das Hauptziel der teilweise beleidigenden Wahlpropaganda der SD sind ImmigrantInnen aus dem Mittleren Osten, Südeuropa und Afrika, speziell Muslime. Ein Flugblatt fordert »Gebt uns Schweden zurück!« und ein Wahlvideo der Partei zeigt eine gebrechliche Rentnerin, die von Frauen in Burkas überholt wird, die mit ihren Kinderwägen ein Wettrennen um schwedische Staatsgelder fahren. Es gibt offenbar genügend Unterstützung für diese rassistischen Ansichten, um den SD den Einzug ins Landesparlament zu ermöglichen. Die Partei erhält ihre Stimmen nicht trotz ihres Rassismus, sondern genau deswegen. In einer Umfrage der Universität Göteborg aus dem vergangenen Jahr gaben 36 Prozent der Befragten an, »sie würden lieber weniger Flüchtlinge in ihrem Land aufnehmen« und 12 Prozent »würden es nicht wollen, dass ein Immigrant aus einem anderen Teil der Erde in ihre Familie einheiraten würde«.

Die SD stellen sich selbst dabei als eine Alternative zum Establishment dar. Sie seien die Außenseiter, die die etablierten Parteien herausfordern, welche angeblich nicht voneinander zu unterscheiden seien. Diese würden die in der Bevölkerung bestehenden Unsicherheiten, die sich seit der Weltfinanzkrise ausbreiten, unterstützen. Die Antwort der SD ist einfach: Die Immigranten und Muslime sind an allem schuld! Die Partei hat ihre potenziellen WählerInnen erfolgreich davon überzeugen können, mit ihrer Vergangenheit aufgeräumt zu haben, womit sie auch die Angriffsfläche für ihre GegnerInnen reduzieren konnte. Außerdem stärken ihr eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit im Land sowie rassistische Aktivitäten im Internet den Rücken. Gab es bisher keine Partei, die sich für eine Begrenzung oder gar den Stopp von Immigration einsetzte, haben die SD eine Lücke in der politischen Parteienlandschaft gefüllt. Das Beunruhigende ist nicht die neue Präsenz der Partei im Parlament, sondern vielmehr das Überhandnehmen der Einstellungen und Meinungen, die sie erst in die Volksvertretung gebracht haben.

Neonazi-Partei im Amt

Und als wäre der Aufstieg der Schlips- und Kragen-Rassisten nicht schon genug, hat die stramm neonazistische »Svenskarnas parti « (SvP; »Partei der Schweden«), ehemals »Nationalsocialistisk front« (»Nationalsozialistische Front«) bei der Gemeinderatswahl im westlichen Schweden mit 2,8 Prozent der Stimmen einen Sitz in der Gemeindevertretung von Grästorp errungen. Dies ist das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, dass eine offen nationalsozialistische Partei ein öffentliches Amt bekleidet. Die faschistischen »Nationaldemokraterna« (»National Demokraten«) erzielten indes nur einen unbedeutenden Stimmenanteil bei der Parlamentswahl. Allerdings konnte die Partei, die sich im Jahr 2001 von den »Schwedendemokraten« abgespalten hat, ihre kommunalen Sitze in Nykvarn und zwei Sitze in Södertälje halten. ■

Königsmacher

Pakt mit Wilders bringt Regierung an die Macht

Es war eine in der politischen Geschichte der Niederlande beispiellose Phase: Nach 127 Verhandlungstagen, sieben Verhandlungsführern, zwei erwogenen Koalitionen, einer kurzen Unterbrechung durch christdemokratische Abweichler und einem gigantischen Parteitag, haben die Niederlande nun eine rechtsliberale Minderheiten-Regierung – mit Duldung beziehungsweise Unterstützung der rechtspopulistischen Partei von Geert Wilders.

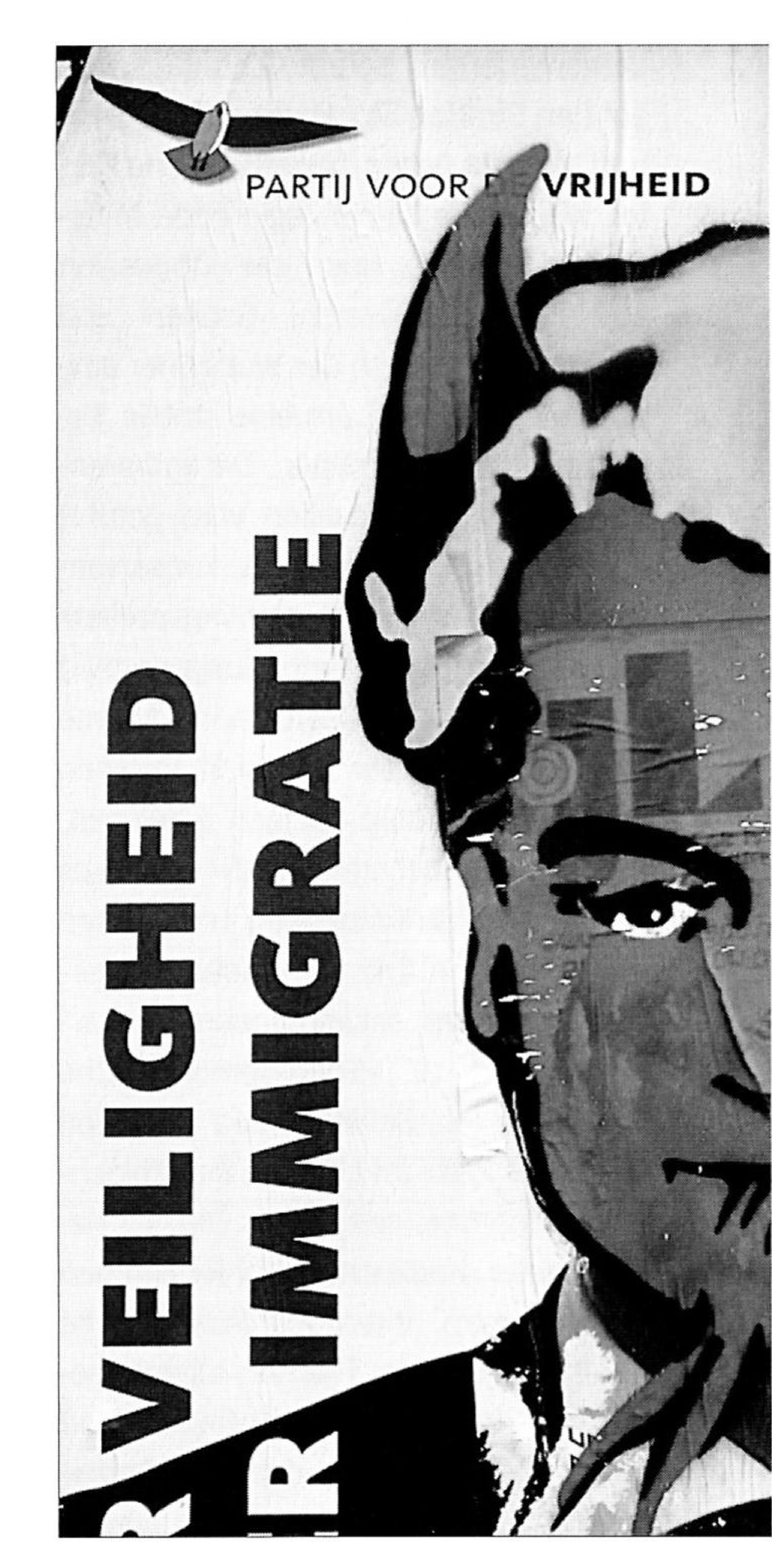
Von Jeroen Bosch »Alert!«

Die rechtsliberale »Volkspartij voor Vrijheid en Democratie« (VVD; »Volkspartei für Freiheit und Demokratie«) und der »Christen-Democratisch Appèl« (CDA, »Christlich-Demokratischer Aufruf"), die zusammen 52 Sitze in dem 150-köpfigen Parlament haben, unterzeichneten am 30. September einen Koalitionsvertrag. Um eine Mehrheit von 76 Sitzen zu erreichen, unterschrieben beide Parteien eine »Unterstützungsvereinbarung« mit der islamophoben »Partij voor de Vrijheid« (PVV; »Partei für die Freiheit«) von Geert Wilders. Im Gegenzug musste dieser versprechen, keine Bewegung gegen die Regierung zu bilden oder eine solche gegen Punkte der Vereinbarung zu unterstützen. Der Weg dorthin war lang – wobei Wilders letztendlich die Funktion als Königsmacher zukommt (s. **DRR** Nr. 126).

Wilders Auftritt in New York

Während der laufenden Koalitionsverhandlungen mit ihrem Hin und Her – zeitweise verweigerten Abweichler in der CDA ihrem Vorsitzenden und dessen Plänen die Gefolgschaft – reiste Geert Wilders Anfang September nach New York, um die Bildung seiner internationalen Anti-Islam-Koalition, des neuen Netzwerks, »International Freedom Alliance« (IFA), voranzutreiben (s. **DRR** Nr. 126). Eingeladen wurde er von Pamela Geller von der Organisation »Stop Islamisation of America« (SIOA). Die fanatische Anti-Islam- und Anti-Obama-Bloggerin Geller schrieb zusammen mit ihrem ebenso fanatischen Kollegen Robert Spencer, der die Webseite »Jihad Watch« betreibt, das Buch »The Post-American Presidency, The Obama Administration´s War on America«. In diesem wütet das Duo gegen »Barack Hussein Obama« und behauptet, dass er ein »Islamophiler« mit »einem großen Wunsch, sich der islamischen Welt zu unterwerfen« sei, dass er in Amerika eine »weiche Scharia einführen« wolle und, dass er »der anti-israelischste Präsident der USA aller Zeiten« sei. In seiner Empfehlung auf der Rückseite des Buches schreibt Wilders, dass hier »eine erschreckende Analyse« präsentiert und »Obamas Philosophie, der fast universalen »moralischen Gleichheit« enttarnt werde. »Eine Philosophie, die die Begleiterin des kulturellen Relativismus ist, die Europas seit Jahrzehnten vergiftet.«

Anlass seines USA-Besuchs war vor allem ein Auftritt bei einer Kundgebung gegen den Bau eines islamischen Zentrums in der Nähe von Ground Zero am Jahrestag der Anschläge, am 11. September 2010. Da zuvor amerikanische Politiker als Redner abgesagt hatten, wurde er zum Hauptredner. Und so kam Wilders und sprach, von seinen niederländischen Leibwächtern umgeben, und verließ den Schauplatz anschließend sofort, um nicht mit den »radikalen Randgruppen« gesehen zu werden, die vor Ort waren. Seine Rede wurde von den Kommentatoren in den Niederlanden lange erwartet, denn sie hätte die Teilnahme der »Partei für die Freiheit« an der Koalition gefährden können. In seiner Rede hetzte Wilders, dass die »Scharia«-Moschee, wenn sie gebaut würde, ein Triumph für die Muslime sei und behauptete zudem, dass zwei Drittel der niederländischen Muslime den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zustimmen würden. Er bezieht sich dabei auf eine Umfrage, an der 426 Muslime teilgenommen hatten. Allerdings wurden sie gefragt, ob sie die Terroristen verstehen könnten, nicht aber, ob sie mit ihnen übereinstimmen würden. Mit der Wirklichkeit nimmt es Wilders nicht so ernst, wenn es um den Kampf gegen die »dunklen Kräfte« geht. So behauptet er beispielsweise auch, dass Al-Qaida mit den Angriffen in New York die Scharia in den Vereinigten Staaten durchsetzen wollte. Nichtsdestotrotz kamen niederländische Kommentatoren zu dem Ergebnis, dass seine Aussagen nicht so radikal ausfielen wie sonst. Sie sehen eine Entradikalisierung Wilders auf Grund seiner Bemühungen an die Macht zu kommen.

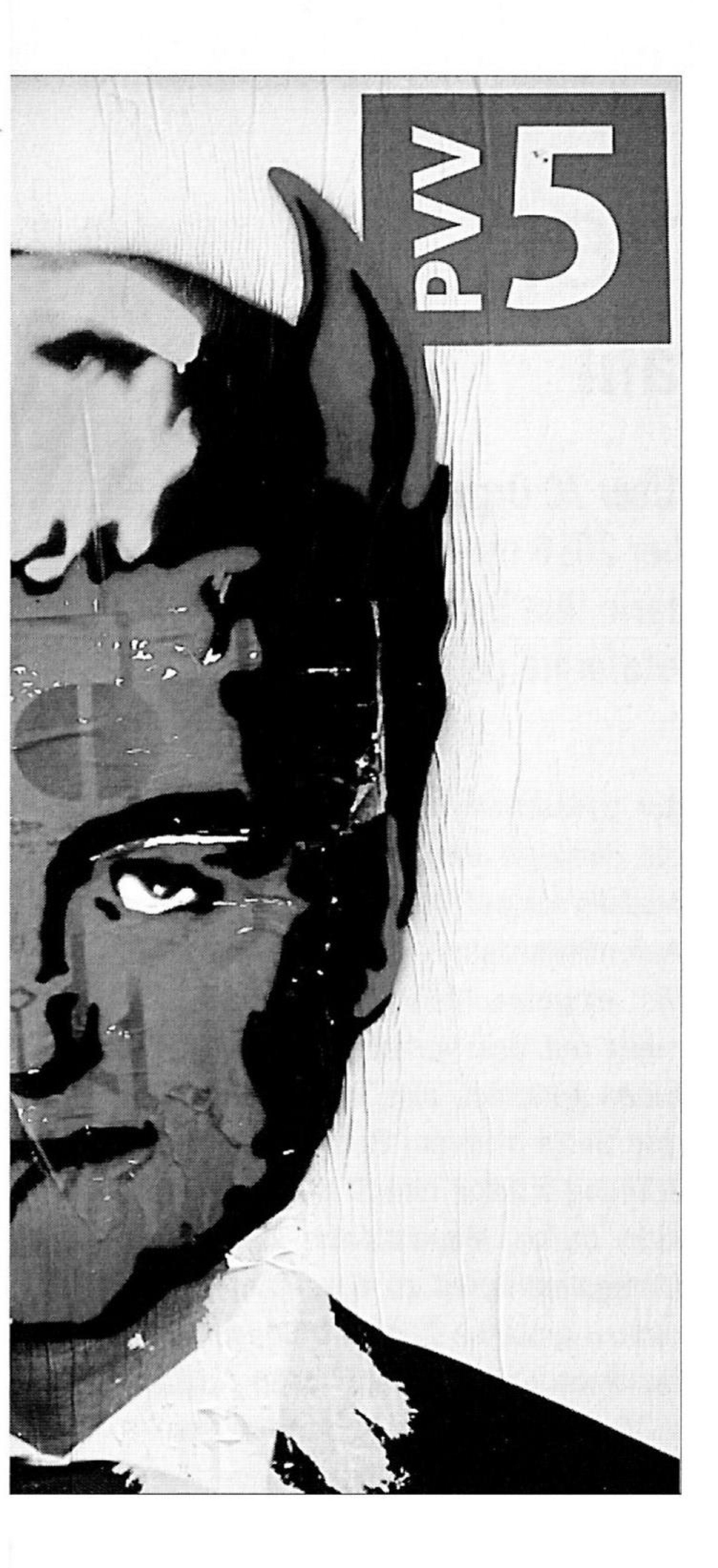


Der neue Berater

Mitte September wurde bekannt, dass Wilders' neuer Berater der belgische »Intellektuelle« Paul Belien ist. Der extrem nationalistische und konservativ-katholische Belien, verheiratet mit der Parlamentarierin der »Vlaams Belang« (VB), Alexandra Colen, gilt als homophob und soll der VB selbst nahe stehen. Wilders blieb stets auf Distanz mit dem inneren Kern der VB um Philip Dewinter, aber in den letzten Jahren kam man sich näher. Es wird angenommen, dass Belien, der auch Vorstandsmitglied der »International Free Press Society« (IFPS) ist, dies erst möglich machte. Belien, der für etliche Zeitungen schreibt, darunter »The Washington Times«, schrieb 2006, dass Einwanderer »Räuber« sind und dass das belgische Volk »sich bewaffnen« sollte. Er ist Chefredakteur des Internet-Forums »Islamist Watch« des amerikanischen Wilders Co-Finanzierer Daniel Pipes. Belien organisierte Treffen für die VB und kämpft erbittert gegen Abtreibung, Sterbehilfe und homosexuelle Eheschließung – aber die pro-homosexuellen Grundsätze der PVV sind eben auch nur Baustein der Partei im Kampf gegen den Islam – Belien kann also seine Arbeit für Wilders guten Gewissens beginnen, auch wenn es dabei zu Widersprüchen kommt zwischen seinen Ansichten und der Parteiprogrammatik.

Zustimmung von der Basis

Am 2. Oktober kamen mehr als 4.000 Christdemokraten zur größten Kundgebung einer politischen Partei seit der Zeit des Nationalsozialismus in den Niederlanden zusammen. Sie trafen sich in Arnheim, um die Abkommen und Unterstützungsvereinbarungen, die von der Parteispitze beschlossen wurden, zu diskutieren. In einer emotional geladenen Atmosphäre mit Live-



Übertragung im Fernsehen und 1,4 Millionen Zuschauern stimmten im Laufe des Tages 68 Prozent der anwesenden Christendemokraten zugunsten der Vereinbarungen, 32 Prozent dagegen. Ein paar Tage später, nach einer erneuten, lang andauernden Sitzung, einigten sich die CDA Mitglieder des Parlaments schließlich: Die Niederlande hatten eine neue Regierung. In der Zwischenzeit hatte Wilders indes die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel beleidigt. Er betonte am 2. Oktober 2010 in Berlin, dass »der Islam eine Bedrohung wie der Kommunismus und Nationalsozialismus« sei und dass »Deutschland nicht wie in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts wegschauen kann«. Wilders nannte Merkel einen »Feigling«, die nichts gegen die Invasion durch Muslime unternehme, »weil sie ihre Stimmen braucht«.

Maßnahmen der Regierung gegen MigrantInnen

Und was sind die Pläne dieser neuen Regierung? Sie will Menschen anderer Länder ermutigen, in die Niederlande zu kommen. Doch wenn sie da sind, werden ihre Rechte eingeschränkt oder sie dürfen sie nur begrenzt ausüben. Auch die Einführung einer Prüfung ist vorgesehen, bei der potenzielle Einwanderer zeigen sollen, dass ihre »Verbindung« mit den Niederlanden stärker ist als die zum Heimatland. Wer diesen Test nicht besteht, soll künftig seine befristete Aufenthaltsgenehmigung verlieren. Außerdem will die Regierung das Mindestalter für den Nachzug des Ehepartners von 21 auf 24 Jahre heraufsetzten (die höchste Altergrenze in ganz Europa) und Kinder über 15 sollen nicht mehr im Zuge der Familienzusammenführung einreisen dürfen. Ferner soll das Asylrecht verschärft werden. Illegaler Aufenthalt soll zukünftig stärker verfolgt werden, Beweise für die Flucht aus der Heimat sollen vermehrt durch die Flüchtlinge erbracht und die Verfahren verkürzt werden, was die Suche nach Beweisen und Einsprüchen wiederum schwieriger gestalten wird. Die Abschiebung von Familien mit Kindern bekommt Priorität. All diese Maßnahmen sind Teil der Unterstützungsvereinbarung mit der »Partei für die Freiheit«, die mit ihr abgestimmt werden müssen. Das heißt, wenn die CDA-VVD Regierung diese Vorschläge durchsetzen möchte, muss die PVV diese unterstützen, die ihre Macht wohl wiederum dazu nutzen wird, diese zu verschärfen, bevor sie sie unterstützt.

Dass Geert Wilders und seine »Partei für die Freiheit« die Regierung(sführung) maßgeblich mitbestimmen wird, wurde deutlich, als die Vereinbarungen veröffentlicht und auf einer Pressekonferenz mit den drei Parteivorsitzenden präsentiert wurden. Wilders distanzierte sich sofort von dem Motto der Regierung »Freiheit und Verantwortung« und versprach einen fünfzigprozentigen Rückgang der Einwanderung. Das steht indes nicht in den Vereinbarungen. Und Wilders erklärte, dass er seinen Kampf gegen die »Islamisierung der Niederlande« fortsetzen werde. Dabei will er einen Verbotsvorschlag gegen den Gesichtsschleier Niqaab unterstützen, ein symbolisches Gesetz, das eigentlich kalter Kaffee ist. Bereits 2005 hatte die Regierung einen solchen Vorschlag gemacht, wurde jedoch durch Einwände des Staatsrats, dem höchsten Gericht des Landes, gebremst. Seitdem kümmerte sich niemand mehr darum. Im Übrigen ist es bereits jetzt so, dass beispielsweise Polizisten neutral erscheinen müssen. Sie dürfen weder religiöse noch politische Symbole öffentlich bei ihrer Arbeit tragen – damit sind auch Kopftücher gemeint.

Die weiteren Pläne der Regierung sind ein Sammelsurium von Maßnahmen, mit denen durch Einschnitte in der Krankenversicherung, Entwicklungshilfe, der Förderung kultureller Einrichtungen, Umweltpolitik und Kündigung von Beamten versucht werden soll, 15 Milliarde Euro zu sparen. Davon sollen dann neue Autobahnen gebaut werden, auf denen die Höchstgeschwindigkeit erhöht werden wird. Neue Arbeitsplätze werden dadurch nicht geschaffen. Erträge, die sich die Regierung von bestimmen Maßnahmen erhofft, werden sich zwar erst in der Zukunft auszahlen, sind aber bereits jetzt kreativ für Ausgaben verplant: Die seltsamste Maßnahme kommt von der PVV: 500 Tierpolizisten sollen eingestellt werden. Allerdings nicht um die Bio-Branche oder die Pelzindustrie zu überwachen, sondern um nach Menschen zu suchen, die ihre Haustiere misshandeln. Kleingeistiger Populismus in seiner reinsten Form.

Wilders-Prozess vorerst gescheitert

Am 4. Oktober 2010 fand sich der »Königsmacher« Wilders selbst auf der Anklagebank des Amsterdamer Amtsgerichts – die Fortsetzung jenes Prozesses, bei dem es um den Verdacht geht, Wilders habe Hass geschürt gegen Muslime (s. **DRR** Nr. 123). Am ersten Tag stellte Wilders Anwalt Bram Moszkowicz gegen den vorsitzende Richter Jan Moors einen Befangenheitsantrag. Wilders erklärte, er werde keine Aussage machen, bis zu seiner Verteidigungsrede, woraufhin ihn Moors beschuldigte, die Auseinandersetzung zu vermeiden, »wie er es bereits, nach Aussagen anderer mehrere Male zuvor tat«. Dennoch, einige Tage später ging der Prozess weiter. Wilders Einwände wurden nicht beachtet und Moors machte erneut eine ungeschickte Bemerkung. Als das Gericht Wilders Film »Fitna« zeigte, bat eine der beschuldigten Parteien darum, den Raum verlassen zu dürfen. Moors sagte, das hätte er sich denken können. In der Zwischenzeit wies die Staatsanwaltschaft alle Klagen gegen Wilders ab und sagte, dass die Klage der 14 Organisationen und Einzelpersonen nicht begründet sei, da sie nicht nachweisen könnten, dass sie persönlich durch Wilders Hetze beleidigt wurden.

Vorerst ist jedoch der Prozess geplatzt. Am 22. Oktober gab eine Berufungskammer am Bezirksgericht in Amsterdam einem Antrag des Angeklagten statt, seine Richter für befangen zu erklären. »Ich frage mich, vor was für einem Zirkus ich hier eigentlich gelandet bin«, schimpfte Wilders bei der Begründung des Befangenheitsantrags. Moszkowicz machte geltend, dass ein Mitglied des Gerichtshofes versucht habe, einen Islam-Experten zu beeinflussen, der in seinem Verfahren als Sachverständiger angehört werden sollte. Jetzt müssen drei neue Richter berufen werden, ehe das 2009 eingeleitete Verfahren noch einmal von vorn beginnen kann. Ob und wann dies geschieht, ist derzeit noch unklar. ■



^ Josep Anglada als Redner bei Pro NRW

Rechtspopulismus in Spanien

»Plataforma per Catalunya« stellt sich zur Wahl

»Gemeinsam gegen Faschismus und Rassismus. Stoppen wir Plataforma per Catalunya«: Über 70 Organisationen aus den Bereichen Politik, Kultur, Gewerkschaft und viele Einzelpersonen hatten bis Mitte Oktober 2010 einen entsprechenden Aufruf unterzeichnet. Die InitiatorInnen der im Sommer gestarteten Initiative beschreiben darin ihre Sorge über den Anstieg rassistischer und extrem rechter Ideologien – in Spanien vor allem in Form der »Plataforma per Catalunya«.

Von Frauke Büttner

Am 28. November 2010 wird in der Autonomen Gemeinschaft Katalonien ein neues Regionalparlament gewählt – zur Wahl stellt sich dann auch die rechtspopulistische »Plataforma per Catalunya« (PxC). Deren Vorsitzender, Josep Anglada i Ruis, hatte bereits im März vor rund 650 ZuschauerInnen in Barcelona-Sants die Kandidatur verkündet. Einer Anfang Oktober veröffentlichten Wahlumfrage zufolge hat die 2002 in Angladas Heimatstadt Vic gegründete Partei voraussichtlich keine Chance auf einen Sitz im katalanischen Parlament. Zwar sind Wahlprognosen mit Vorsicht zu betrachten – so erhielt die PxC bei den Kommunalwahlen 2007 in der 39.000-Einwohnerstadt Vic mit 18,5 Prozent mehr als dreimal so viele Stimmen wie vorherige Umfragen vermuten ließen – jedoch ist der Sprung über die 3-Prozent-Hürde verhältnismäßig hoch. Bei den Kommunalwahlen betrug ihr Stimmenanteil 0,4 Prozent, rund 12.400 WählerInnen. Die PxC konnte daraufhin mit 17 Abgeordneten in verschiedene Rathäuser einziehen, noch im gleichen Jahr führte allerdings die Abspaltung der »Partit de Catalunya« (PxCat) zum Verlust von drei dieser Mandate. Auch wenn die PxC den Sprung ins katalanische Parlament als erklärtes Ziel nicht schaffen sollte, bietet die derzeitige Wahlkampagne eine Chance, ihren Bekanntheitsgrad zu steigern. Für die Kommunalwahlen 2011 zielt Franco-Sympathisant Josep Anglada i Ruis darauf, Bürgermeister von Vic zu werden. Auch wenn dieses Ziel momentan hypothetisches Machtstreben eines Mannes ist, der im Jahr 1978 in die »Fuerza Nueva« des Faschisten Blas Piñar eintrat und seitdem im extrem rechten Spektrum agiert: Festzustellen ist, dass Anglada Anfang diesen Jahres in der Stadt Vic bekannter war als der amtierende Bürgermeister. Der omnipräsente Anführer der PxC, dessen Konterfei auf fast jedem Foto der parteieigenen Webseite prangt, benutzt die kommunale Ebene als Hauptaktionsfeld und pflegt durch alltägliche Präsenz auf der Straße die Nähe zur Basis. Die Autoren Miguel Erra und Joan Serra veranschaulichen diese Strategie in ihrem 2007 erschienenen Buch »Tota la veritat sobre Plataforma per Catalunya« durch ein Zitat eines Politikers der konservativen Convergencia i Unió (CiU): »Alle Vorsitzenden der Nachbarschaftsvereinigungen in Vic haben die Telefonnummer von Josep Anglada«.

Strategie

Mit einem simplen populistischen Diskurs geht die PxC auf Stimmenfang. In ihrem 2008 verabschiedeten Parteiprogramm präsentiert sie sich als »breite Plattform aller Bürger, die sich nicht mehr durch die traditionellen Parteien vertreten fühlen in so bedeutsamen Themen wie die illegale Einwanderung«, wie Kriminalität, Arbeitslosigkeit oder Korruption. Man sei nicht generell gegen Einwanderung, sondern gegen die Installierung muslimischer Einwanderer im Land, betont PxC, die das »islamische Kontingent« »auf Null« reduzieren und für »illegale Einwanderer« die Gefängnisstrafen um 30 Prozent erhöhen will. Die Partei schürt so rassistische Ressentiments und schafft Bedrohungsszenarien wie »massive Wellen illegaler Immigration«, die mit einem Anstieg von Kriminalität, Arbeitslosigkeit, sozialen Kosten und einer Bedrohung der katalanischen Identität einhergehen. In der politischen Praxis beschränkt sich die Strategie der Kriminalisierung keinesfalls nur auf Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Die im Stadtrat von Vic eingebrachten PxC-Anträge sind meist auf das Verhalten von MigrantInnen gerichtet, dies konstatieren Erra und Serra in ihrem Buch. Ihrer Beobachtung zufolge nimmt die Obsession, jede durch MigrantInnen begangene Unregelmäßigkeit zu denunzieren, geradezu groteske Züge an. So schildern sie einen Fall, bei dem Josep Anglada in Vic ein Fahrzeug, in dem mutmaßliche MigrantInnen entgegengesetzt zur Einbahnstraße fuhren, anzeigte und im Anschluss dafür sorgte, dass sein Eingreifen auch öffentlich bekannt wurde. Im Februar 2006 unterstützte Anglada in Vic eine Nachbarschaftsversammlung mit dem Ziel, die Öffnung der von einer Gemeinde afrikanischer MigrantInnen beantragten und genehmigten Pfingstkirche zu verhindern. Er drohte dabei mit der Durchführung von Demonstrationen wie im Frühjahr 2002 in Premia de Mar, als er sich mit der neu aus der Taufe gehobenen PxC als Nachfolgepartei seiner bereits 2001 gegründeten »Plataforma Vigatana« an die Spitze von Bürgerprotesten gegen einen Moscheebau gesetzt hatte. In beiden Fällen knickten die verantwortlichen PolitikerInnen ein; die ursprünglichen Pläne wurden geändert.

Islamfeindlichkeit & Rassismus

Die Hetze gegen Muslime und die rassistische Ausgrenzung von MigrantInnen stehen im Zentrum der Agitation verschiedener extrem rechter Parteien Spaniens wie bei »Democracia Nacional«, bei der auf populistische Diskurse setzenden »España 2000« oder bei »Movimiento Social Republicano«, einer neonazistischen Partei mit antimarxistisch-sozialistischen Ideologiefragmenten und personellen Verbindungen zu der seit Juli 2010 verbotenen spanischen Sektion des »Blood and Honour«-Netzwerkes. Doch auch andere Akteure der katalanischen und spanischen Politik bedienen seit Jahren ähnliche Diskurse, an die PxC anknüpft. Der katalanische Experte für die extreme Rechte, Xavier Casals Meseguer, spricht im Zusammenhang mit der Genese der PxC in einem 2009 veröffentlichten »Working Paper« von der »Lepenisierung«, die sich dadurch charakterisiert, dass die einschlägigen Parteien die Stimmen ihrer WählerInnen schon vor dem ersten Wahlerfolg gewonnen haben. In Spanien verortet Casals Meseguer die erste Etappe der »Lepenisierung« im Zeitraum des Ansteigens der Einwanderungszahlen von 1989 bis zur Jahrtausendwende, wo sie in rassistischen Angriffen in mehreren katalanischen Städten und im andalusischen El Eijido gipfelte.



^ Blas Pinar mit Hitlergruß 2003 in Madrid

Im Verlauf der damaligen öffentlichen Debatte kam es von Seiten verschiedener Spektren der Politik zu Äußerungen, die Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten waren. So machte Anfang 2001 der Fall »Ferrusola-Barrera« Schlagzeilen: Heribert Barrera, ehemaliger Präsident des katalanischen Parlaments und der links-nationalistischen »Esquerra Republicana de Catalunya«, hatte in einem Buch geäußert, Katalonien würde verschwinden, wenn sich die aktuellen Migrationsströme fortsetzen. In die gleiche Kerbe hatte kurz zuvor Marta Ferrusola, Ehefrau des damaligen Präsidenten der katalanischen Regierung Jordi Pujol (CiU), geschlagen und gesagt, die Einwanderer wollten ihre Religion und ihre Gebräuche durchsetzen und viele derjenigen, die Hilfen erhielten, wüssten nicht einmal, was Katalonien sei. Einen Monat zuvor, im Januar 2001, war durch Josep Anglada die Vorgängerpartei der PxC, die »Plataforma Vigatana«, gegründet worden. Eine Anzeige gegen ihn, er würde Hass und Diskriminierung gegen MigrantInnen schüren, konterte Anglada damit, seine Äußerungen würden sich nicht von denen Marta Ferrusolas unterscheiden. Präsident Pujol verteidigte die Äußerungen seiner Frau mit dem Argument, dies sei ja nur das, was die Mehrheit der Leute denke.

Themen der Mitte

»Viele von uns denken es, aber nur einige sagen es«: Mit diesem Slogan kämpft heute die konservative Volkspartei »Partido Popular« (PP) in Katalonien um Stimmen. Anfang September 2010 ging deren Vorsitzende Alicia Sanchez-Gamacho mit einem Flyer in die Öffentlichkeit, auf dem ein Fragebogen mit zehn Punkten aufgelistet ist, die entweder mit »Ja« oder »Nein« beantwortet werden können: Ob man nicht auch glaube, dass Katalonien und Spanien nicht mehr Einwanderer unbegrenzt aufnehmen können? Ob man meine, dass alle Ausländer, die systematisch Delikte begehen, ausgewiesen und mehr Polizei auf den Straßen postiert werden müsse? Und ob die Integrationspolitik mit den Hilfen für die Familien kompatibel sein sollte? Wer acht oder mehr Fragen mit »ja« beantwortet, geht mit der Einwanderungspolitik der PP konform, so die Bilanz. Auf diese Weise versucht die konservative Volkspartei die im Zuge einer vorangeschrittenen »Lepenisierung« nach rechts gerückten Wählerinnen und Wähler an sich zu binden. Faktisch ringt sie hier offen mit der PxC um Stimmen. Ähnliches tut sie bereits in Badalona, einem Vorort von Barcelona, wo die PxC erst im September eine Anti-Moschee-Demonstration durchführte. Die PP Badalona – die in der Vergangenheit auch Unterschriften gegen eine Moschee gesammelt hatte – stellt in einer aktuellen Kampagne RumänInnen als Problem für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar.

Angladas Karriere

Josep Anglada ist darum bemüht, seine Partei öffentlich außerhalb eines Rechts-Links-Spektrums zu verorten. Was ihre Anhängerschaft betrifft, so ist es der PxC anscheinend gelungen, die übliche Klientel extrem rechter Parteien zu durchbrechen. Doch der Versuch, sich als demokratische, überideologische Partei darzustellen, bekommt nicht zuletzt durch die Biografie ihres Chefs und einiger seiner MitstreiterInnen deutliche Risse. Der als 19-jähriger in die »Fuerza Nueva« (FN) eingetretene Anglada hatte bereits mit 22 Jahren eine leitende Funktion bei der FN in Vic und Umgebung inne. Nach den Wahlverlusten der FN 1982 und ihrer Auflösung führten ihn seine Treue zum Altfranquisten Blas Piñar und seine Bewunderung für Jean Marie Le Pen zur im Oktober 1986 neu gegründeten spanischen »Frente Nacional«. Hier leitete er bis 1992 die regionale Sektion der Partei. Die FN von Blas Piñar existiert seit 1993 nicht mehr, dafür agiert seit 2006 eine Partei gleichen Namens unter Leitung des Falangisten Fernando Cantalapiedra. Im Verlauf seiner politischen Karriere versuchte Anglada mehrfach, sich der PP bzw. deren Vorläuferpartei anzunähern, was jedoch nicht von Erfolg gekrönt war. Seine eindeutige Vergangenheit als Kader verschiedener extrem rechter Organisationen, die politisch von einem starken nationalen Bezug auf Spanien geprägt waren und Autonomiebestrebungen Kataloniens in der Regel ablehnend gegenüber standen, macht seine heutige Rolle als Vorsitzender einer katalanischen Partei durchaus brisant.

In einem 2002 mit versteckter Kamera gedrehten Interview erklärte Anglada, man müsse sich verstellen, um die Leute zu gewinnen. Er habe gelernt, dass er immer dann, wenn er sich den Medien zuwende, »der erste Demokrat sein müsse, den es in diesem Land gibt«. Er habe verstanden, dass weder in Vic noch in Katalonien derzeit ein Interesse daran bestehe, sich mit dem Franquismus, der spanischen Fahne oder dem Adler in Verbindung zu bringen. Anglada bekundete jedoch in dem Gespräch, das unter dem Titel »Qui es Josep Anglada« in Auszügen im Internet abrufbar ist, er trage diese Dinge »im Herzen«. Ein wichtiger Mitstreiter des PxC-Chefs ist der Neofaschist Enrique Ravello. Ravello, der in Organisationen wie der nicht mehr existierenden neonazistischen CEDADE, dem »Movimiento Social Republicano« und »Tierra y Pueblo« (Erde und Volk) aktiv war, ist heute Direktor der identitären Zeitschrift »IdentidaD« und zuständig für die internationalen Beziehungen der PxC.

Vernetzung

Ravello begleitete Anglada Ende Januar 2010 zum Wiener Korporationsball, wo sie u.a. mit Filip Dewinter (»Vlaams Belang«), dem schwedischen Multimillionär Patrik Brinkmann und Markus Beisicht (»Bürgerbewegung Pro Köln«) an einem Tisch saßen. Im Mai 2010 reiste das PxC-Duo erneut nach Wien, um eine Kooperationsvereinbarung mit der FPÖ zu unterzeichnen. Die katalanischen Rechtspopulisten erhalten Berichten zufolge logistische Unterstützung durch die FPÖ. Der valencianische Journalist Joan Cantarero geht davon aus, dass die PxC auch auf finanzielle Unterstützung durch die FPÖ und durch Brinkmann zählen kann und Anglada derzeit lediglich noch Möglichkeiten auslotet, um diese für seinen Wahlkampf nutzbar machen zu können. Die PxC ist rührig auf der Suche nach internationalen Kontakten. Anglada, der 2009 in Köln und 2010 in Gelsenkirchen zu Gast war, kündigte gegenüber der katalanischen Zeitschrift »El Triangle« an, nach dem Besuch bei der FPÖ bald nach Belgien und Italien reisen zu wollen, um sich dort mit weiteren Repräsentanten zu treffen. ■



^ Robert Fabrice

Block statt Front

Die »Identitäts«-Bewegung in Frankreich

Konkurrierend zum »Front National« (FN) wurde bereits vor sieben Jahren der »Bloc identitaire« gegründet – vor allem seine Jugendorganisationen machen derzeit von sich reden. Politisch zwingt der Bloc den FN bedingt zur Kurskorrektur.

Von Bernard Schmid

»Der Widerstand marschiert in Lyon«, hieß es am 22. Oktober 2010 in der Stadt am Zusammenfluss von Rhône und Saone. An jenem Freitag marschierte der extrem rechte Jugendverband »Jeunesses Identitaires« durch die drittgrößte Stadt Frankreichs von der Place Carnot zur Place Ampère. Rund 150 bis 200 Aktivisten kamen, glaubt man ihren Angaben, zusammen. Ihr so genannter Widerstand richtete sich aber – inmitten einer Periode von Streiks, Blockaden und Jugendprotesten – keineswegs gegen die Staatsmacht oder das Kapital. Vielmehr forderte dieser »Widerstand« der besonderen Sorte, die Staatsgewalt solle endlich »aufräumen«, und zwar mit »dem Gesocks«. Im Original hieß es »la racaille«, ein Begriff, den die extreme Rechte der 1920er und 1930er Jahre (neben anderen Bezeichnungen) regelmäßig für Einwanderer benutzte und den der damalige Innenminister Nicolas Sarkozy im Oktober 2005 auf straffällige Jugendliche in den Sozialghettos französischer Trabantenstädte münzte. Nicht nur er, inzwischen Staatspräsident geworden, benutzte ihn damals zur Benennung der subproletarischen Jugend – oft mit Migrationshintergrund – in den banlieues. Auch ein Teil von ihr bezeichnet sich übrigens selbst – provozierend und ironisch – seit längerem mitunter als caillera, unter Umkehrung der Silben, wie es im Jugendslang der banlieues sehr verbreitet ist.

Anlass des Aufmarschs der »Jeunesses Identitaires«, der »identitätsbezogenen« oder »identitätstreuen Jugend«, waren die Ausschreitungen, die drei Tage zuvor in der Innenstadt von Lyon stattgefunden hatten. Am Rande einer großen Sozialprotest-Demonstration von Gewerkschaften, OberschülerInnen und Studierenden kam es dabei zu Reibereien mit der Polizei, aber auch zu Plünderungsszenen in manchen Läden sowie zum Anzünden einzelner Autos. Daran hatten sich sowohl Jugendliche aus der »weißen« Mehrheitsgesellschaft – besonders Schülerinnen und Schüler – als auch Altersgenossen aus den am Rande von Lyon gelegenen Sozialghettos und Vorstädten mit hohem Migrantenanteil beteiligt. Teile der bürgerlichen Presse sprachen, völlig überzogen, von angeblichen »Bürgerkriegsszenen« und einer »Stadtguerilla« (sic). Dies war ganz im Sinne der konservativen Regierung, die den Fokus der öffentlichen Anmerkung auf solche Szenen zu lenken versuchte, um die Gesellschaft in ihrem Sinne zu polarisieren und vom Gegenstand des sozialen Konflikts – der geplanten »Reform« des Rentensystems – abzulenken.

Am Samstag, den 23. Oktober, marschierten, dieses Mal in Paris, 250 Anhänger der »Identitaires« – laut eigenen Angaben angeblich sogar 500 – »gegen ›la racaille‹«, »gegen ›das Gesocks‹« auf.

»Rebyne!«

Die »Jeunesses Identitaires« verfügen in Lyon über einen besonders aktiven örtlichen Verband, unter dem Namen »Rebyne!« Diese Bezeichnung steht für einen Lyoner Dialekt-Ausdruck, der so viel wie »Aufruhr, Revolte« bedeutet. Letzterer wurde historisch vor allem durch eine gleichnamige Hungerrevolte in Lyon im April 1529, La Grande Rebeyne, die sich gegen Spekulationen mit Getreidepreisen richtete, bekannt. Anlässlich der sozialen Auseinandersetzungen im Laufe des Oktober 2010 versuchte auch dieser Verband in der Öffentlichkeit mitzumischen – aber nicht auf Seiten der Protestierenden. Vielmehr versuchte er in seinem Auftreten, die öffentliche Meinung gegen die »Randalierer« aus den Tagen zuvor zu polarisieren, in Verbindung mit einer ethnisierenden Darstellung von deren »Gewalt«: Angeblich seien ganz überwiegend Jugendliche mit Migrationshintergrund daran »schuld«. Anlässlich ihres Aufmarschs am 22. Oktober verteilte die »identitätstreue Jugend« Handzettel, auf denen Fotos einer hässlichen Szene zu sehen waren, die sich mutmaßlich Ende März 2006 abgespielt hatte. Damals hatten Jugendgangs aus den banlieues SchülerInnen am Rande einer Sozialprotestdemo, die sich seinerzeit gegen die Einschränkung des Kündigungsschutzes für unter 26-Jährige richtete, angegriffen und ausgeraubt (derartige Szenen haben sich 2010 bislang nicht wiederholt). Begleitet war die Fotografie – auf dem übernommenen Ausschnitt waren überwiegend Schwarze zu sehen – von der Abbildung eines Flugzeugtickets der Fluggesellschaft »Air France«, dem Vermerk »einfacher Flug« und der Aufschrift: »Sie zünden Autos an, plündern Geschäfte, greifen unsere Mädchen an, beleidigen unser Land [...]. Schenken wir ihnen die Rückkehr nach Hause!«.

Im Laufe ihres Aufmarschs kamen den (laut eigenen Angaben) 150 bis 200 extrem rechten AktivistInnen jedoch rund 200 GegendemonstrantInnen entgegen. Die Polizei sammelte die jungen Rechtsradikalen ein, verfrachtete sie in Einsatzbusse und nahm eine Personalienfeststellung vor. Am folgenden Tag schäumten die »Identitaires« in einem Kommuniqué: »Und das Gesock kann unterdessen seine Missetaten fortsetzen!« Eine aktive Jugendgruppe unterhält die Bewegung der »Identitaires« – neben dem Raum Lyon – auch in Paris und Umland. Hier hat sie sich einen anderen programmatischen Namen gegeben: »Projet Apache«. Dieses »Apachen-Projekt« enthält in seinem Namen eine doppelte Anspielung: Einerseits auf die Idee, dass die »eingeborenen« Franzosen heute in derselben Situation seien wie die nordamerikanischen Indianer vor allem im 19. Jahrhundert: »Wenn die Einwanderung in unser Land ungebrochen anhält und uns überschwemmt, dann werden wir ausgerottet oder in Reservate gesteckt...« Jean-Marie Le Pen hatte dieselbe Idee schon in den späten 1980er Jahren als Agitpropmasche benutzt und tauchte in prächtigem Federnschmuck auf Propagandaplakaten von 1990 auf, dabei allerdings eher einen Sioux-Häuptling

denn einen Apachen darstellend. Ferner bezieht sich das »Projet Apache« auch auf den Namen einer Jugendbewegung, die im frühen 20. Jahrhundert – die Bezeichnung tauchte erstmals im Jahr 1902 auf – in ärmeren Pariser Stadtteilen anzutreffen war. Es handelte sich dabei um eine Art von Jugendbanden männlicher Jugendlicher aus den Unterklassen, die durch einige Untaten auf sich aufmerksam machten und den braven Bürger erschreckten; ein früher Vorläufer des Rockerphänomens. Allerdings entstammen die heutigen »Apachen« der rechtsradikalen »Identitaires« nicht den (sofern noch vorhandenen und nicht durch die Gentrifizierung verdrängten) Pariser Unterklassenbezirken, sondern bestehen in aller Regel aus Bürgersöhnchen aus den – eher wohlhabenden – westlichen Vororten von Paris.

Der »Bloc«

Neben den Jugendgruppen wie den »Jeunesses Identitaires« und ihren örtlichen Ablegern »Rebeyne!« oder »Projet Apache« weist dieselbe Strömung der außerparlamentarischen extremen Rechten auch eine Erwachsenenorganisation auf: der offiziell 2003 gegründeten »Bloc identitaire«. Letzterer ist die Nachfolgeorganisation der früheren ultrarechten Sammelbewegung »Unité Radicale« (UR), die um 1997/98 aus zehn Einzelgruppen entstanden war. Gemeinsam hatten deren Aktivisten, dass ihnen der – überwiegend auf Beteiligung an Wahlen ausgerichtete – »Front National« (FN) »zu schlapp« erschien.

Die »Unité Radicale« wurde am 6. August 2002 verboten, nachdem eines ihrer Mitglieder, der 25 Jahre junge Maxime Brunerie, am Nationalfeiertag – dem 14. Juli 2002 – Gewehrschüsse auf Jacques Chirac abgefeuert hatte. Dabei handelte es sich jedoch nicht um einen irgendwie gearteten politischen Putschversuch, sondern tatsächlich um die individuelle Tat eines »Durchgeknallten«. Zuvor hatte derselbe Maxime Brunerie auch, bei den Parlamentswahlen im Juni 2002, in Paris für den »Mouvement national républicain« (MNR, »Nationale Republikanische Bewegung«) – eine extreme rechte Wahlpartei und Abspaltung vom FN unter dessen früherem Chefideologen Bruno Mégret – kandidiert. Als Nachfolgeorganisation wurde, infolge des Verbots, zuerst der Jugendverband »Jeunesses Identitaires« und wenig später der »Block« offiziell ins Leben gerufen.

Name als Programm

Der Name »Bloc identitaire« ist Programm – in Abgrenzung zum »Front National«: Ein »Block« ist stärker zusammen geschweißt als eine (ideologisch in der Regel relativ heterogene) »Front«. Und »identitätsbezogen« als Adjektiv bezeichnet eine radikalere Konzeption als »national«: Während die Zugehörigkeit zur Nation sich – jedenfalls im bürgerlichen Recht – über die Staatsbürgerschaft definiert, ist die ominöse »Identität« etwas Angeborenes, »im Blut« zu Suchendes, angeblich »viel tiefer Verwurzeltes«. Das Paradebeispiel der Anhänger des »Bloc identitaire« lautet: »Eine aus (dem westafrikanischen Staat) Mali stammende Familie kann, unter derzeitigen politischen Verhältnissen, qua Einbürgerung zu ›Franzosen‹ werden. Aber ihre Mitglieder können deswegen noch lange nicht zu ›Bretonen‹, ›Elsässern‹ oder ›Auvergnaten‹ werden.« Denn dies sei nun einmal nicht ihre »Identität«.

Dennoch hat auch die Bewegung der Identitaires einen gewissen ideologischen Modernisierungsprozess durchlaufen. So lehnt sie, im (nicht erklärten, aber implizit sehr klaren) scharfen Gegensatz zu Teilen des FN, aber auch in deutlichem Unterschied zu ihrer eigenen Vorläuferorganisation »Unité Radicale«, inzwischen Antisemitismus als »Ideologie von gestern« ab. Anlässlich eines Kongresses der »identitätstreuen« Bewegung mit europaweiter Beteiligung – so waren auch Vertreter des belgisch-flämischen »Vlaams Belang«, der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) sowie der Abgeordnete der »Schweizerischen Volkspartei« Dominique Baettig angereist – am 17. und 18. Oktober 2009 in der südfranzösischen Kleinstadt Orange verkündete Bloc-Sprecher Fabrice Robert vom Podium herab, sein Verband verdamme »Antisemitismus und Antizionismus«. Die Hauptstoßrichtung müsse vielmehr gegen »den Islam«, als Hauptgegner der »europäischen Zivilisation«, geführt werden.

Da diese Hauptfeinddefinition beim FN nicht derart klar sei – in dessen Reihen tatsächlich auch Sympathien für »antiwestlich« auftretende Nationalismen und, vor allem, ein bisweilen starker antisemitischer Subtext gepflegt werden –, sucht der Bloc, die hegemoniale Position des FN auf der französischen extremen Rechten zu umgehen, indem er eigene Beziehungen zu Parteien wie »Vlaams Belang«, FPÖ oder »Lega Nord« knüpft. Auch bei der ersten und der dritten der vorgenannten Parteien ist die Konzentration auf den gegen Einwanderer und gegen den »Islam« gerichteten Rassismus, unter Vernachlässigung oder Ablehnung (sei sie vordergründig oder real) des Antisemitismus, eine strategische Richtungsentscheidung. Bei den österreichischen »Freiheitlichen« sieht es allerdings doch anders aus.

Bedingte Konkurrenz

Da der Bloc keine (Wahl-)Partei, sondern eine vorwiegend außerparlamentarisch tätige Aktivistentruppe ist, steht er weniger stark in Konkurrenz zu konservativen Kräften als der FN. Deshalb kann sich der Bloc in Einzelfällen sogar besserer Kontakte zum rechten Rand der Konservativen rühmen als der »Front National«, der diesen als Rivale gegenüber tritt. Auf der Webseite »Rebelles.info« – deren Redaktion laut eigenen Angaben an der Tagung in Orange im Oktober 2009 teilgenommen hat – mischen sich Stellungnahmen und Positionen der »Identitätstreuen« etwa eifrig mit Texten von Rechtskonservativen, Thatcheristen und prominenten konservativen Journalisten.

Im Hinblick auf das anstehende Wahljahr 2012 hat der Bloc allerdings angekündigt, er werde sich selbst »in eine politische Partei umwandeln«. Gleichzeitig bemüht sich Marine Le Pen – die mit hoher Wahrscheinlichkeit ab Januar 2011 zur Parteichefin des FN aufrücken wird – um Kontakte mit dieser Strömung. Zumal die 42-Jährige selbst sich strategisch dafür entschieden hat, »antiwestliche« und antisemitische Elemente aus dem Erscheinungsbild der Partei (offiziell) zu verbannen. Dies entspricht den Bestrebungen sowohl rechtskonservativer Kräfte als auch jenen der »Identitätstreuen«, die sich vor allem an der antisemitisch unterlegten Sozialdemagogie von Teilen des »Front National« stoßen. Marine Le Pen und Bloc-Chef Robert Fabrice haben sich im Jahr 2009 zweimal getroffen, und die wahrscheinliche künftige FN-Vorsitzende dürfte bemüht sein, die Kader des »Blocks« für eine »erneuerte« extreme Rechte auf ihrer Linie anzuwerben. ■

JF AUF BUCHMESSE



Acht Veranstaltungen mit insgesamt 16 Referenten kündigte die »Junge Freiheit« (JF) für die Frankfurter Buchmesse (06.-10. Oktober 2010) an. Unter dem Titel »JF im Gespräch« stellten sich am Messestand Autoren der Zeitung den Fragen der Redaktion und des Publikums. Die Debattenreihe auf der Buchmesse vor einem potenziellen Massenpublikum ist für die neu-rechte Zeitung derzeit die öffentlichkeitswirksamste Werbeplattform. Nennenswerte antifaschistische Proteste dagegen gab es nicht. Angekündigte Themen und Referenten der JF waren: »DDR light? Politische Tabus und gewollte Denkverbote« (Alexander von Stahl/Jost Buch), »Die Psychologie der Niederlage. Über die deutsche Mentalität« (Thorsten Hinz), »Online Medien und Internet Blog« (Felix Krautkrämer/Felix Menzel), »Kommen die Konservativen?« (Dieter Stein/Martin Lohmann), »Der Fall Sarrazin und die Meinungsfreiheit« (Erik Lehnert/Michael Paulwitz), »Staatsbankrott – Folgen für die EU-Haushalte« (Bernd-Thomas Ramb/Klaus Peter Krause/Michael Grandt), »Zukunft der Wochenpresse« (Günter Zehm/Dieter Stein), »Einheit und Freiheit als umkämpfte Werte« (Siegmar Faust/Detlef Kühn). Unterdessen schaltete die JF Anfang Oktober in den zwei größten deutschen Tageszeitungen »Süddeutsche Zeitung« und »Frankfurter Allgemeine Zeitung« großformatige Anzeigen für ihr neu gestaltetes Blatt. Den Abdruck eines Leserbriefs zahlreicher GewerkschafterInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen gegen die JF-Werbung verweigerte die »Süddeutsche« allerdings.

»Alle Chinesen müssen sterben!«

Neonazis in der Mongolei

Neonazis in der Mongolei? Allein in der Hauptstadt Ulan Bator gibt es vier bekannte neonazistische Gruppierungen. Ihre Anhänger verprügeln Chinesen auf offener Straße und scheren Frauen, die sich mit »Chinesen einlassen«, den Kopf. Sie hinterlassen ihre Botschaften in der Stadt: SS-Runen, White-Power-Symbole oder die Worte »Alle Chinesen müssen sterben!«.

Von Martin Zimmermann

Auf dem grauen Hintergrund der schlecht verputzten Hauswand heben sich die roten Schriftzüge deutlich ab. Selbst einem zufällig vorbeilaufenden Touristen müssen sie auffallen. Nicht nur, weil es in der Mongolei keine ausgeprägte Graffiti-Kultur gibt, sondern auch weil die Aussage eindeutig ist: Neben einer SS-Rune stehen die Worte »Arier« und »White-Power-Nation« – unterschrieben mit »M.Y.H«. Die Abkürzung steht für »Mongolische Nationale Einheit«. Anführer, der angeblich 200 Mann starken Gruppe ist der 23-jährige Shari Mungun-Erdene. Auf die Brust hat er sich ein Hakenkreuz tätowieren lassen und um den Hals trägt er als Kettenanhänger eine Gewehrkugel. Als selbst ernannte Bürgerwehr will die M.Y.H. gegen Ausländer, insbesondere Chinesen, vorgehen. »Was auch immer wir tun müssen, damit die hier nicht leben«, so der 23-Jährige. Deutlicher werden Mitglieder der Gruppe »Dayar Mongol« (»Die ganze Mongolei«) in einem Interview mit der mongolischen Wochenzeitung »UB Post«: »Die Chinesen sind unsere Hauptfeinde, weil sie mongolische Frauen heiraten und so unser mongolisches Blut verunreinigen. Eine kleine Nation kann nur überleben, wenn sie ihr Blut rein hält.« Das Außenministerium der USA warnt mittlerweile offiziell auf ihrer Internetseite vor der Gefahr. Seit dem Frühjahr 2010 habe die amerikanische Botschaft vermehrt fremdenfeindliche Übergriffe in Ulan Bator registriert. Asiatische Amerikaner, die für Koreaner oder Chinesen gehalten werden könnten, seien besonders gefährdet, da sie ohne Vorwarnung attackiert würden.

Gnadenloser Wahn

Wie weit die Neonazis in ihrem Rassenwahn gehen, zeigt die Tat des ehemaligen Führers der Gruppe »Blaue Mongolei«. Im Jahr 2008 ermordete er den Freund seiner Tochter, nur weil dieser in China studiert hatte und somit als Verräter galt. Die Gruppe soll, eigenen Angaben zufolge, eine Einheit im Nahkampf trainieren und über Waffen verfügen. Der Anführer einer weiteren extrem rechten Gruppe »Tsagaan Khass« (»Weißes Hakenkreuz«), der sich selbst »Großer Bruder« nennt, sagt: »Adolf Hitler ist jemand, den wir respektieren. Wir unterstützen seine Ideologie. Er hat uns beigebracht, dass wir unsere nationale Identität bewahren müssen«. Angeblich seien sie gegen »all das Töten und den Zweiten Weltkrieg«. Trotzdem tragen ihre Anhänger, wie auch die der anderen Gruppen, die Symbole des Nationalsozialismus. Sie begrüßen sich mit Hitlergruß und verehren Adolf Hitler. Einige der Neonazi-Gruppen sind offiziell als Nichtregierungsorganisationen anerkannt. Ein Status, der in der Mongolei dem »Lesbisch Schwulen Bisexuellen Transgender Center« (LGBT) über drei Jahre verweigert wurde. Stattdessen sind Homosexuelle in der Mongolei von Verfolgung, Missbrauch und Gewalt bedroht.

Gegen die »bösen« Chinesen

Neben gewalttätigen Neonazi-Gruppen sind der wachsende Nationalismus und weitverbreitete Ressentiments gegen Chinesen eine ernsthafte Gefahr im Land. So kann es einem Reisenden passieren, dass er mitten in der Einsamkeit der Wüste Gobi auf zwei Nomaden trifft, die offensichtlich gefälschte Marken-Hemden aus chinesischer Produktion tragen. Nach dem üblichen Begrüßungstee erzählen die Männer dem Gast aus dem fernen Europa, dass sie den erstbesten Chinesen, der die Grenze übertritt, geradewegs »abknallen« würden. Denn sie hassen alles was aus China kommt. Kurz darauf verschwinden die beiden dann auf ihrem Motorrad – chinesischer Bauart – hinter der nächsten Sanddüne. In einem, aus Angst vor Übergriffen, anonym veröffentlichten Brief an das Parlament wird im Jahr 2009 vor der Gefahr dieser Entwicklungen gewarnt: Die meist diskutierten Themen bei Gastarbeitern in der Mongolei seien die Erpressungen und Einschüchterungen, sowie der Missbrauch und die Gewalt gegen sie aufgrund von rassistischen Vorurteilen. Die Polizei würde entweder gar nicht eingreifen oder aber zum Nachteil der Opfer. Weiter heißt es in dem Brief, dass Rassismus gegenüber Chinesen akzeptiert und gerechtfertigt sei. Chinesen, die in der Mongolei wohnen, würden täglich in Angst leben. Eine Einschätzung, die Frank Billé, Wissenschaftler von der Universität Cambridge, teilt: »Es scheint allgemein anerkannt zu sein, dass der südliche Nachbar imperialistische Absichten hege«. Chinesen seien »böse« und wollten sich die Mongolei einverleiben.

Die Ärmsten im Visier

Seit Jahrhunderten ist die Mongolei zwischen den beiden Giganten China und Russland »eingeklemmt«. Bis 1990 war die »Mongolische Volksrepublik« ein enger Verbündeter der Sowjetunion. Heute ist sie wirtschaftlich stark abhängig





^ Mitglieder der Gruppe »Tsagaan Khass« (Weißes Hakenkreuz)

vom chinesischen Nachbarn im Süden. Das Land ist reich an Bodenschätzen, die jedoch oftmals von ausländischen Investoren abgebaut werden. Als eines der am dünnsten besiedelten Länder der Erde fehlt es der Mongolei schlicht an genügend ArbeiterInnen. Deshalb werden auf den zahlreichen Baustellen, Fabriken und Minen meist Chinesen als billige Arbeitskräfte beschäftigt. Für die einen ist der Einfluss chinesischen Kapitals im eigenen Land Grund genug mit rassistischen Ressentiments und Nationalismus zu antworten. Für die anderen dient es schlichtweg als Legitimation ihrer rassistischen Gewalt gegen Minderheiten. ■

»Keine Menschen mehr«

Von Andreas Speit

Im Gerichtssaal räumte der SS-Offizier Friedrich Engel nicht ein: »Ich hatte die Verantwortung.« Bei einem Fernsehinterview gestand der Wehrmachts-Offizier Gerhard Sommer mitnichten: »Ich habe gemordet.« Zu Hause sagten die einfachen SS- und Wehrmachtsangehörigen ebenso selten: »Wir wurden zu Verbrechern.« Einer, der Panzerwart Luis Raffeiner, gesteht nun offen: »Wir waren keine Menschen mehr.«

In seinen Erinnerungen erzählt der Wehrmachtssoldat aus Südtirol von Schlachten und Massakern an der »Ostfront«. Er berichtet von den Todeslagern für russische Kriegsgefangene und der Vernichtung der europäischen Juden. Erinnerungen, in deren Schilderung das anhaltende Verschwinden »aller moralischen Maßstäbe« überdeutlich wird. Im Juni 1941 erzählt er noch, dass nahe Nemirow die Wehrmacht Juden »wild drangsalierten [...]. Ich konnte die Situation nicht ändern [... lediglich] ein wenig Menschlichkeit zeigen«, und schildert, einem Juden, der seinen Werkzeugkoffer trug, Brot geschenkt zu haben: »Seine [...] Dankbarkeit ging mir bis an die Seele.« Keine zwei Monate später gibt er nicht mehr einem Kriegsgefangenen Brot.

Ein anderer Gefangener fällt derweil aus Hungersnot über einen Pferdekadaver her. Raffeiner denkt angewidert: »Möge Gott uns vor solch einem Schicksal bewahren.« Die Niederlage in Russland erspart ihm dies nicht. Irgendwann, irgendwo ist er wie jener, der nach Essbarem sucht, um zu überleben. Doch nicht erst beim Rückzug beginnt bei ihm die Barbarisierung durch ständiges Töten und Brandschatzen. Im März 1942 schildert er gar rechtfertigend die Erhängung von angeblichen Partisanen in Maloarchangelsk. Nun folgen sie, die Sprüche vom »Gesetz des Krieges« oder »Krieg kennt keine Gnade«. Heiligabend 1941 schreibt er, ein Dorf niedergebrannt zu haben: »Zu Hause wird der Mesner [...] die Kerzen für die Christmesse anzünden, und wir zünden [...] unschuldigen Menschen ihre Hütten an!« Mitgefühl klingt durch, das sofort unterdrückt wird: »Zeit für lange sentimentale Überlegungen gab es im Krieg ohnehin nicht.«

Im Nachwort reflektiert der Historiker Hannes Heer die geschilderten Fakten und gewählten Formulierungen. Nicht ohne zu betonen, dass dieser Krieg nicht »alle möglichen Verbrechen« auslöste, sondern er selbst als Verbrechen angelegt war. Die Aussagen Raffeiners unterscheiden sich von jenen vieler Soldaten, hebt Heer hervor, aber das »explizite Eingeständnis der eigenen Schuld« fehle. Doch Sätze weisen in diese Richtung: »Ich war schuld.«

Luis Raffeiner: »Wir waren keine Menschen mehr«. Edition Raetia: Bozen, 2010, 229 Seiten, 19,- Euro.

Nazis auf der Flucht

Von Ronny Hahn

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entkamen zahlreiche Nazi-Täter nach Übersee und entzogen sich so der Strafverfolgung. Geholfen wurde ihnen dabei von kirchlichen Kreisen, westlichen Geheimdiensten und internationalen Organisationen, wie dem Roten Kreuz, die den Flüchtigen entsprechende Reisedokumente ausstellten.

Der Historiker Gerald Steinacher rekonstruiert diese Fluchtlinien und räumt gleich noch mit dem Mythos einer Geheimorganisation überlebender SS-Veteranen auf, die angeblich professionell die Flucht organisierte. Verhaftungen und spektakuläre Enthüllungen über die Flucht von Adolf Eichmann, Josef Mengele und Klaus Barbie rückten die eigentlichen Fluchtrouten, die damit verbundenen Einzelinteressen und dahinter stehende Netzwerke in den Hintergrund. Die Wirklichkeit war komplexer als häufig dargestellt. Eine straff organisierte NS-Geheimorganisation zumindest stand nicht dahinter. Steinacher zeichnet ein Netzwerk aus Weltanschauungen, Freundschaften und Geschäftsinteressen nach, das die Flucht von NS-Tätern über Südtirol, Rom und Genua organisierte. Die meisten entkamen über italienische Häfen nach Nord- oder Südamerika, bevorzugtes Ziel war Argentinien.

Die Nachkriegssituation in Italien war unübersichtlich und gekennzeichnet von Flüchtlingsströmen. Um diese Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, die oft keine Belege ihrer Identität vorweisen konnten, kümmerte sich unter anderem das »Internationale Komitee vom Roten Kreuz« (IKRK), das Reisedokumente ausstellte, die für die Reise und den »Neuanfang« im Zielland notwendig waren. Unterstützung bekamen sie dabei von der katholischen Kirche, die den Flüchtigen Empfehlungen und neue Identitäten bescheinigte, die ungeprüft in die Reisedokumente übertragen wurden. So verwandelten sich vormals belastete Biografien in makellose Identitäten. Obwohl es Hinweise über diesen massenhaften Missbrauch der Reisedokumente des IKRK gab, wurden noch jahrelang Papiere ausgestellt.

Steinacher bietet eine Zusammenfassung aller bisherigen wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema, ergänzt diese um eigene Forschungen und stellt sie leicht verständlich dar. Damit liefert er einen hervorragenden Überblick, sein Buch ist mehr als empfehlenswert. Der Erscheinungstermin der preiswerteren Taschenbuchausgabe ist für November geplant.

Gerald Steinacher: Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen. Fischer Verlag: Frankfurt, 2010, 384 Seiten, 14,95 Euro.

NPD in Kreistagen

Von Jens Breuer

Die »kommunale Verankerung« ist das Zauberwort, mit der die NPD seit nun mehr rund zehn Jahren versucht Strukturen beziehungsweise Erfolg von unten nach oben auszubauen: erst die Kommune, dann der Landtag, schließlich der Reichstag. In Sachsen-Anhalt wird am 20. März 2011 ein neuer Landtag gewählt. Die NPD ist ambitioniert, dabei die 5-Prozent-Hürde zu überwinden. Hier, wie zuvor in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, ist das Terrain – nicht flächendeckend – durch kommunale Wahlerfolge vorbereitet. 29 Sitze hat die Partei in Sachsen-Anhalt, 15 davon in Kreistagen – im Vergleich zu Sachsen (ca. 117) und Mecklenburg-Vorpommern (ca. 55) macht sich das gering aus, allerdings ist die dortige »Masse« Ausdruck eines Wachstumsprozesses über mehrere Jahre.

Pascal Begrich und Thomas Weber haben unter der wissenschaftlichen Leitung von Roland Roth die NPD in den Kreistagen von Sachsen-Anhalt beobachtet und ihr Auftreten in den Kreistagen von Burgenland, Salzland und Harz wissenschaftlich reflektiert. Die Entscheidung für diese Gremien war bewusst, üben dort doch die wichtigsten Vertreter der NPD im Land kommunale Mandate aus. Neben Auswertung von NPD-Medien und deren Anträgen sowie den Sitzungsprotokollen und eigenen Beobachtungsprotokollen haben die Autoren Begrich und Weber Politiker demokratischer Parteien aus den Kreistagen interviewt. Entstanden ist so ein dichtes Porträt der kommunalen Aktivitäten der Partei. Gerade auch die Einordnung ihrer Ergebnisse in den sozialwissenschaftlichen Forschungsstand beziehungsweise zu Studien aus anderen Bundesländern (Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern) erhöht den Erkenntnisgewinn. Sie können bestätigen, was andere bereits festhielten: Die kommunalen Mandatsträger sind agil in den öffentlichen Sitzungen und versuchen sich, insbesondere wenn viele BesucherInnen zugegen sind, als »kritische Opposition« und »Stimme des kleinen Bürgers« zu profilieren. Auch die idealtypische Unterscheidung in drei Typen von Mandatsträgern der Partei – »die Schweiger, die Fleißigen und

die Provokateure« – finden sich in ihrer Untersuchung wieder sowie die Nutzung von Anträgen als eigene Profilierungsplattform, zum Teil auch mit dezidiert nicht kommunal-, sondern bundespolitischen Themen. Insgesamt hat die Studie einen hohen Erkenntnisgewinn, auch für Leser oder Leserinnen, die nicht aus diesem Bundesland kommen. Denn die Studie bietet eine kompakte Einführung in die kommunalpolitische Arbeit der NPD und zeigt anhand der drei Kreistage, wie sich diese konkret darstellt. Damit kann sie anderen Menschen, die sich mit der NPD im Gemeinderat, Kreistag oder Bezirksvertretung auseinander setzen müssen, wertvolle Erfahrungen und Einschätzungen vermitteln. Ganz richtig halten die Autoren in ihrem Fazit fest: »Die demokratischen Parteien und ihre Repräsentanten nehmen im Gemeinwesen eine zentrale Stellung ein. Sie sind durch ihren Einfluss auf die Ausgestaltung der kommunalen Politik Schlüsselakteure und Meinungsbildner zugleich. Der von ihnen eingeschlagene Weg der Kommunikation und Konfliktaustragung mit anderen Akteuren hat maßgeblichen Einfluss auf den Zustand der lokalen politischen Kultur. Sie sind gefordert, auftretende Probleme nicht den Rechtsextremen zur Bearbeitung zu überlassen. Denn dort, wo staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure Lücken hinterlassen, bietet sich der extremen Rechten die Chance, diese mit eigenen Angeboten zu füllen.«

Einziges Manko der Studie ist, dass die Autoren stärker die Selbststilisierung der NPD über ihre eigenen Medien hätten reflektieren können. Da die Partei in der normalen Presseberichterstattung in der Regel kaum vorkommt, nutzt sie Webpräsenz und Flugblattaktionen, um ihre Arbeit als wichtig und im Sinne der BürgerInnen zu stilisieren bei gleichzeitiger Diffamierung der demokratischen Parteien.

Pascal Begrich, Thomas Weber, Roland Roth: Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung. Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und Hochschule Magdeburg-Stendal (Hg.), Magdeburg, 2010, 100 Seiten. Bezug über: Landeszentrale für politische Bildung, Schleinufer 12, 39104 Magdeburg. Kostenloser Download unter: www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Hingucken/Menuepunkt1/6.10.npdbrosch.pdf

Männlichkeit in rechten Kreisen

Von Margarete Schlüter

In dem Sammelband »Was ein rechter Mann ist ...« wird sich, ausgehend von der kritischen Männlichkeitsforschung, mit den Konzepten von Männlichkeit von der Zeit des Nationalsozialismus bis heute innerhalb von rechts-konservativen bis extrem rechten Kreisen auseinandergesetzt.

Es wird kritisch darauf hingewiesen, dass der Kategorie Männlichkeit in der Forschung zur extremen Rechten bislang zu wenig Beachtung zugekommen sei. Als mögliche Gründe dafür werden die in Deutschland noch sehr junge kritische Männlichkeitsforschung und die besonders in Studien zur extremen Rechten herausgearbeitete, als selbstverständlich vorausgesetzte Dominanz von Männern benannt. Auch denjenigen, die sich bisher wenig mit gendertheoretischen Aspekten beschäftigt haben, ist der Band zu empfehlen, da in den verschiedenen Aufsätzen die theoretischen Überlegungen verständlich erläutert werden. So wird darauf hingewiesen, dass »Männlichkeit, männliche Identitäten und männliche Rollen keine überhistorischen Größen sind, sondern historisch vielfältig und wandelbar«. Dem folgend gebe es nicht den rechten Mann. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen die Übereinstimmungen wie auch Unterschiede von Männlichkeit aufgedeckt werden. Hierfür werden verschiedene politische Felder des rechts-konservativen bis extrem rechten Spektrums nach Beispielen männlicher Konstruktion durchsucht, Verhaltensformen in verschiedenen Bereichen analysiert und zum Schluss praxisorientierte Ansätze und Ausblicke aufgezeigt für geschlechterreflektierte Arbeit gegen die extreme Rechte – jenseits von akzeptierender Jugendarbeit.

Auffällig ist, dass die unterschiedlichen Entwürfe von Männlichkeit – abhängig von ihrem zeitlichen Kontext und der politischen Sphäre – einem scheinbar für die extreme Rechte überzeitlichen Ideal bestimmt sind: Der deutsche Mann habe zum Erhalt der sogenannten Volksgemeinschaft soldatisch und heldenhaft die Nation zu verteidigen. Damit einher geht die Verknüpfung entlang der Kategorien von »Geschlecht«, »Rasse« und »Körper«.

Insgesamt gibt der Sammelband einen guten Einstieg in die Auseinandersetzung mit Männlichkeitsentwürfen und Habitualisierungsformen des Männlichen in den verschiedenen politischen Bereichen der Rechten und stellt mögliche Ansätze zur geschlechterreflektierten Arbeit mit extrem rechts orientierten Jugendlichen zur Debatte.

Robert Claus, Esther Lehnert, Yves Müller (Hg.): »Was ein rechter Mann ist...«. Dietz Verlag: Berlin, 2010, 255 Seiten, 14,90 Euro.

DER RECHTE RAND ABO

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 15,- Euro (Inland) 19,- Euro (Ausland) 25,-/50,- Euro (Soli)

Aboverwaltung DER RECHTE RAND, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift **DER RECHTE RAND** bis auf Widerruf.
Ich habe
[ ] 15,- Euro (Inland) [ ] 19,- Euro (Ausland) [ ] 25,- Euro (Soli) [ ] 50,- Euro (Supersoli)
[ ] überwiesen [ ] als Scheck beigelegt.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Name ....

Anschrift ....

....

Unterschrift ....

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich augehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM

Verlag Der Rechte Rand GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
Der Rechte Rand, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.